

rote blätter 22

Organ des Marxistischen Studentenbundes SPARTAKUS

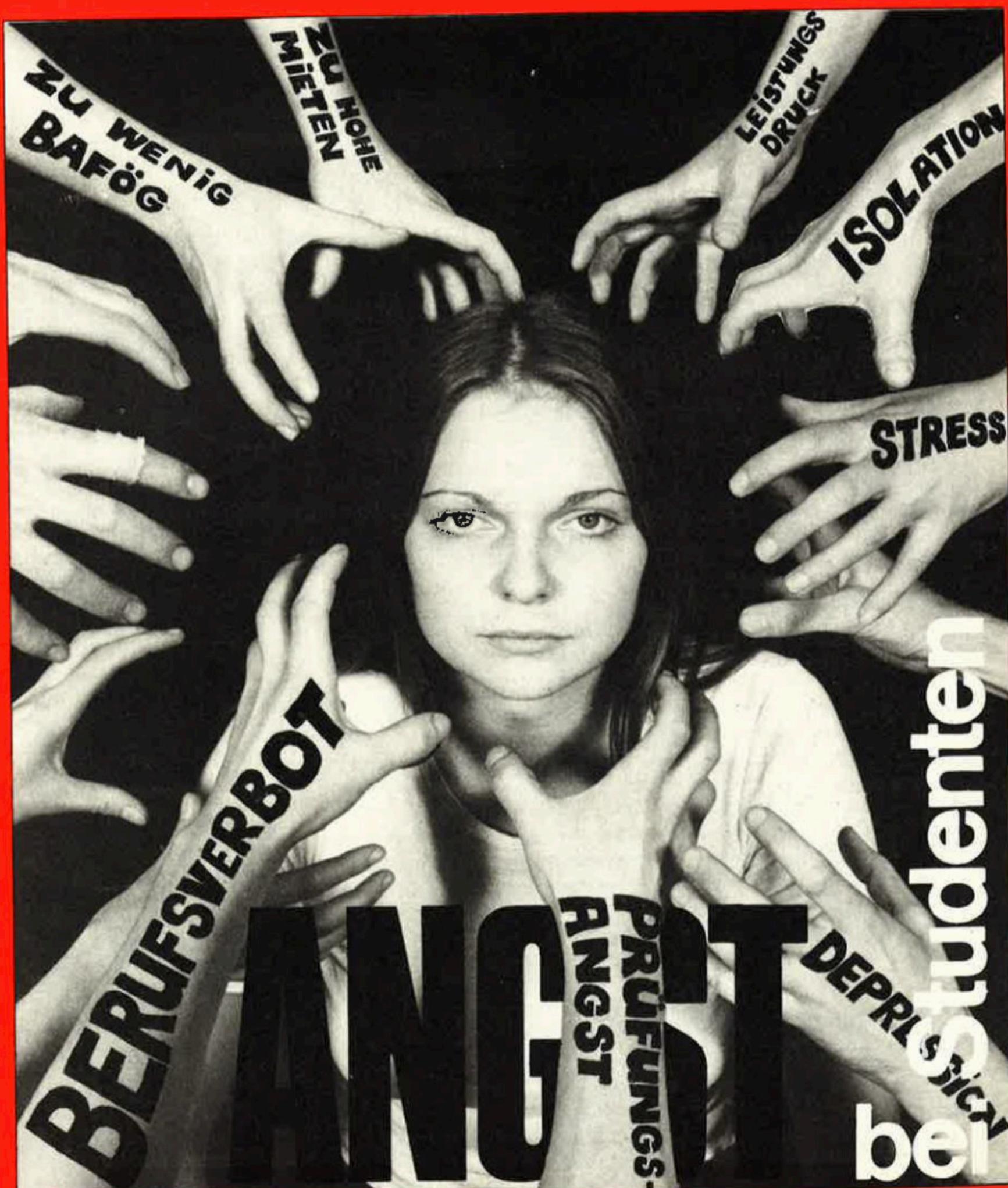
Zwischenbilanz
im Sozialkampf

H. Gautier zur
DKP-„Aktion
Preisstopp . . .“

Kuba-Report
1. Teil

Exorzist und
Weltjugend-
spiele

Urabstimmung
über verfaßte
Studenten-
schaft





Christfried Seifert
Mitglied des
Bundesvorstandes
des MSB Spartakus

Mehr Kommunisten im Rathaus!

Mehr Kommunisten ins Rathaus! Unter dieser Lösung trat die DKP in Marburg in den Kommunalwahlkampf ein. Es war die Antwort auf die eigens im hessischen Landtag verabschiedete Lex Marburg, die all denjenigen, die in Marburg mit dem zweiten Wohnsitz gemeldet waren, das Wahlrecht entzog.

Analog gängigen Bildern in den bürgerlichen Zeitungen, die eine konsequente Politik im Interesse der arbeitenden und lernenden Bevölkerung gern als intellektuelles Spinnertum diffamieren, glaubten hier die Spitzen von CDU, SPD und FDP, sich der Kommunisten entledigen zu können.

Mehr Kommunisten ins Rathaus! Diese Parole war aber nicht eine Trotzreaktion auf diese Trickserien. Dahinter stand das Vertrauen und der Optimismus in das politische Urteilsvermögen der Bürger einer Stadt und der umliegenden Gemeinden, die zwei Jahre lang mit eigenen Augen erlebten, daß die beiden kommunistischen Stadtverordneten die brennendsten kommunalpolitischen Probleme auf den Tisch packten.

„Seit Ihr da drin seid, ist es mit der Mauschelei bei denen da oben vorbei. Da erfährt man, was gespielt wird.“ Dieser Ausspruch eines sozialdemokratischen Arbeiters gibt das Ansehen der kommunistischen Abgeordneten wieder. Denn sie ließen sich nicht auf die Sachzwangargumentation der anderen ein. Sie zeigten, wo in den Einzelhaushalten Gelder für Konzernsubventionen, für die Rüstung versteckt sind, die in den Kommunen fehlen. Vielen Bürgern wurde dadurch die zentrale Bedeutung der Lösung auch für das Schicksal ihrer Stadt klar: „Wer den Monopolen nichts nimmt, kann den Marburger Bürgern nichts geben.“

Und sie entlarvten nicht nur, deckten nicht nur auf, sondern sie griffen die Probleme praktisch an und konnten so durch die Entfaltung einer breiten Protestaktion unter den Marburger Bürgern u. a. eine Gaspreiserhöhung verhindern.

In der Aktion lernten die Bürger die Bedeutung kommunistischer Abgeordneter für die Verteidigung der eigenen Inter-

essen kennen. Dadurch verlor die undemokratische 5-Prozent-Sperrklausel ihre Wirkung – eine Erfahrung, die auch für weitere hessische Gemeinden gilt.

Dieses Vertrauen in die eigene politische Kraft erwies sich als richtig. Nach einem langvorbereiteten und intensiven Wahlkampf zogen fünf Kommunisten ins Rathaus ein. 3200 Bürger – und noch nicht einmal ein Viertel davon sind Studenten – gaben der DKP ihre Stimme. Damit konnte der Stimmenanteil nicht nur auf 9,2 Prozent gesteigert werden, sondern damit überflügelte die DKP die FDP und wurde zur drittstärksten Partei, obwohl das eigentliche Stadtgebiet durch die Einbeziehung von 13 Gemeinden erheblich vergrößert wurde.

Ein Geraune ging durch den bundesdeutschen Zeitungsblätterwald. Alle möglichen Hilfskonstruktionen mußten als Interpretation herhalten, um die einfache Wahrheit zu verschleiern: Weil die Kommunisten den Beweis erbrachten, daß bei ihnen Worte und Taten übereinstimmen, daß sie eine Politik im Interesse der arbeitenden Menschen und der lernenden Jugend vertreten, deshalb konnten sie nicht mit ein paar antikommunistischen Beschimpfungen wieder aus dem Parlament katapultiert werden, deshalb gaben ihnen mehr Wähler Ihre Stimme.

Nicht die Studenten, nicht herangekarre Wähler usw. oder etwaige Tricks gaben den Ausschlag.

Wie unsinnig und blindwütig diese „Argumente“ sind, beweist die einfache Tatsache, daß die DKP auch in allen neu hinzugekommenen Wahlbezirken ebenfalls über 5 Prozent der Stimmen erhielt.

Auch die Stimmen der Studenten sind keine „geschenkten“ Stimmen, sondern wurden erkämpft. Erkämpft dadurch, daß die DKP auch die sozialen Fragen der Studenten im Stadtparlament zur Sprache brachte, daß sie gegen die Verschleuderung von Bauland im Stadtzentrum zu Spottpreisen an Kaufhauskonzerne und gegen den Bau entlegener und isolierter studentischer Wohngebiete auftrat. Gerade während des jüngsten Kampfes der Marburger Studenten gegen die Erhöhung der Sozialgebühren waren es wiederum die Kommunisten, die vom ersten Tag des Kampfes an die studentischen Forderungen unterstützten. Sie warben unter den Marburger Bürgern für Unterstützung und traten allen Bestrebungen entgegen, arbeitende Bevölkerung und Studenten gegeneinander auszuspielen.

Diese Wähler haben begriffen, daß für die Studenten nur Erfolge zu erringen sind, wenn sie sich auf die Solidarität der arbeitenden Menschen stützen können. Sie haben begriffen, daß die DKP in diesem Kampf die entscheidende einigende Kraft darstellt. Auch die kommenden Kämpfe gegen bereits angekündigte kommunale Preiserhöhungen, die arbeitende Bevölkerung und Studenten gleichermaßen betreffen, werden zeigen:

Mehr Kommunisten im Parlament heißt eine wirkungsvolle Vertretung unserer Interessen, heißt ein enges Bündnis von arbeitender Bevölkerung und Studenten, heißt demzufolge mehr Druck auf die Herrschenden zur Sicherung unserer sozialen und politischen Rechte.

Christfried Seifert

4 briefe

5 rb intern

politik aktuell

Schmidt-Besuch — Reaktion läuft Amok
Bundeswehr — Leber fortschrittlich?
Moskau — Nachlese auf Abstraktionisten
Reaktionäre — Watzke antwortet
Buder: Krise des Kapitalismus

10 rb nachrichten

13 gastkommentar

Gerd Fuchs: Über die Freiheiten des Schriftstellers

14 brd

Interview mit Hermann Gautier:
Aktion Preisstopp und Arbeitsplatzsicherung

19 hochschule

Vor der VDS-Urabstimmung
Zwischenbilanz im Sozialkampf
Berufsverbot für Heiner Blasenbrei
Preiserhöhung für Krankenversicherung
PH Köln: Schärfster Angriff . . .
VDS-BAFöG-Rallye

26 titelstory

Jens Hagen: Angst bei Studenten

31 sozialismus

Kuba-Report

36 kultur

Exorzist und Weltjugendfestspiele

39 Stefan Siegert

R. Steigerwald, Wie Dutschke Marx vor Lenin rettet

42 rb buch

Demokratische Erziehung

46 Engelmann, Das Bundesverdienstkreuz

48 Wir Spartakisten (Comic)

**Studentenmagazin
rote blätter**

**Organ des Marxistischen
Studentenbundes SPARTAKUS**

**53 Bonn
Poppelsdorfer Allee 58 a
Tel. 0 22 21 — 63 12 02/03**

**Postadresse:
MSB SPARTAKUS Bundesvorstand
53 Bonn, Postfach**

**Herausgeber:
Bundesvorstand des MSB SPARTAKUS**

**Erscheint in der
Weltkreis-Verlags-GmbH
46 Düsseldorf, Brüderweg 16
Telefon 02 31 — 57 20 10**

**Verantwortlich:
Franz Hutzfeldt**

**Gestaltung:
Friederike Görke**

**Druck und Versand:
Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH,
404 Neuss, Xantener Straße 7
Telefon 0 21 01 — 5 70 81**

**Anzeigenbüro:
Ulrich Maske
2 Hamburg 76
Buchtstraße 12 a
Telefon 0 40 — 2 29 84 83**

**Auflage: 30 000
Preis: 1 DM**

Ein Abonnement mit 8 Ausgaben kostet einschließlich Porto 8,44 DM. Bestellungen an SPARTAKUS-Bundesvorstand.

Adressenänderungen und Anfragen wegen Lieferungsschwierigkeiten bitte an den Verlag

Einzelausgaben erhältlich bei jedem Spartakisten und (gegen Voreinsendung von 1 DM + 0,70 DM Porto) beim SPARTAKUS-Bundesvorstand

Namentlich gekennzeichnete Artikel können, müssen aber nicht die Meinung der Redaktion wiedergeben

Abdruck nur mit Quellenangabe und 2 Belegexemplaren an die Redaktion

**Fotos/Karikaturen: Gernot Huber (26—30),
Stefan Siegert, U. Schmidt, B. Ostmeyer,
Meyborg (Arbeiterfotografie Hamburg),
SPARTAKUS-Gruppen**

Titel: Gernot Huber

Wir empfehlen die Beilagen der „Demokratischen Erziehung“) und des IMSF.

**Konten:
Spartakus-Bundesvorstand
Bank für Gemeinwirtschaft, Bonn 10141 440;
Postscheckamt Köln 27 11 87—503**

briefe

rb 18, S. 46: K. P. Zyweck, Entlarvende Realität kapitalistischen Strafvollzugs. Und Leserbriefe in rb 19 und rb 20.

Liebe Redaktion, ein persönliches Anliegen veranlaßt mich, Euch zu schreiben: Offensichtlich hat die Buchbesprechung von Klaus Peter Zübeck Mordsstaub aufgewirbelt. Leider gehen beide Leserbriefe völlig an der Sache vorbei. Wer, wie ich, als Vertreter der Geigenbauschule Mittenwald an der vorvorletzten vds-MV teilgenommen hat (als Gast) und die Ausführungen des Autors zur Bremer Schülerbewegung aufmerksam verfolgte, weiß, daß der Autor oft plastische, ja drastische Ausdrücke benutzt, um sein Anliegen verständlich zu machen. Bestimmt lag es ihm fern, bei dem Kommittonen Fiedler aus Frankfurt unlautere Gefühle zu wecken! Und wer von Prüderie spricht, hat wahrscheinlich die Buchbesprechung nur oberflächlich gelesen.

Nur weiter so! Herzlichst

Euer Franz Xaver Unheld,
Mittenwald

*

rote blätter 20: Erstsemestermagazin, S. 38

Bezüglich Eurer Mitteilung in den roten blättern, daß der Differenzbetrag zwischen dem BAFÖG-Höchstsatz und dem Höchstsatz nach dem Bundessozialhilfegesetz (BSHG) vom Sozialamt als Ausbildungsbteilung gezahlt wird, ergeben meine Auskünfte beim Sozialamt Wuppertal folgende Berichtigungen:

1. Diese Regelung wird im Bundesgebiet unterschiedlich gehandhabt.

2. Der Landschaftsverband Rheinland, der für die Unterstützung der Studenten im Kölner Raum nach dem BSHG zuständig ist, hat sich dieser Regelung nicht angeschlossen. Es laufen dagegen bereits Klagen. Die Entscheidungen wird der Landschaftsverband wahrscheinlich nicht veröffentlichen.

3. Der Höchstsatz nach dem BSHG beträgt nicht einheitlich 586 DM, sondern richtet sich nach dem Regelsatz, der Miete und einem weiteren Betrag.

Jeder Student sollte sich bei seinem Sozialamt erkundigen, wie diese Regelung an seinem Studienort gehandhabt wird und den roten blättern von seinen Erfahrungen berichteten.

Des weiteren werde ich den Landschaftsverband Rheinland in dieser Sache anschreiben und meinen Schriftwechsel für die roten blätter zusammenfassen.

Gerhard Hallstein,
Wuppertal

*

rb 21, Layout und Heftgestaltung

Über die rb-Aufmachung werde ich langsam böse. Was bei den ersten Nummern immer noch als Kinderkrankheit hingenommen wurde, scheint sich zum typischen rb-Erscheinungsbild verfestigen zu wollen: Schrift-Typen-Salat (was Ihr da auf dem Titelbild versammelt habt, kann sich schon sehen lassen — abgesehen davon, daß es nicht nur einfallslos, sondern auch noch unkenntlich ist). Innen ist das Heft einfach zu unruhig. Was fehlt, sind klare Gliederungen fürs ganze Magazin (die man wahrhaftig nicht durch sporadisch eingestreute Negativzeilen auf den Seitenecken erreicht) und auf den einzelnen Seiten. Großzügige Gestaltung (gutes Beispiel: S. 28/29) muß nicht nur großflächig heißen (wären zum Beispiel die kleinen Fotos auf 34/35 zu einem Block gruppiert, sähe die Seite ganz anders aus). So weit das Gemeckere. Einen vorwärtsweisenden Hinweis noch für Euren Überschriftentext und -setzer: Über Trennregeln gibt der Duden Auskunft (von wegen Faschismus, faschistische, Kommunistin u. v. a. m.). Nichts für ungut, ansonsten weiter so, die Zeitung ist sehr gut und inzwischen viel zu billig.

Heinz Mayhoff, Hamburg

*

rb 21, Soziale Lage der Studentinnen, S. 32

Den Report über die soziale Lage der Studentinnen in der BRD in rote blätter 21 habe ich sehr begrüßt. Der Artikel sprach alle wesentlichen Aspekte des Themas



„Frauendiskriminierung im Kapitalismus“ an. Trotzdem hätte ich mir in einem Studentenmagazin eine etwas andere Schwerpunktsetzung gewünscht. Meiner Ansicht nach ging der Artikel zuwenig auf aktuelle Probleme ein und auf moderne, „progressive“ Varianten der Frauendiskriminierung zugunsten der Einordnung in historische und polit-ökonomische Zusammenhänge. So wären beispielsweise unter dem Schlagwort „Weiblichkeitssideologie 74“ nicht nur die traditionellen Leitbilder zu nennen gewesen, sondern mindestens auch die neuesten Formen der ideologischen Verkleisterung weiblicher und männlicher Hirne durch die Thesen einer Esther Vilar etwa („Der dressierte Mann“). Hier soll die Bewegung für die Gleichberechtigung der Frau gestoppt werden durch eine Umkehrung der traditionellen Rollen. Unter dem Schlagtruf „Männer seht euch vor, die Frauen erstreben die

Herrschaft“ oder auch dem „Nachweis“, die Frauen übten in Wahrheit schon die gesellschaftliche Macht aus mit „sanften“ Methoden, wird zur Fixierung des gegenwärtigen Zustands aufgerufen; jede Frau, die für ihre Rechte eintritt, soll sich verdächtig machen, die Männer unterdrücken zu wollen. Kehrseite: etliche, gerade unter Studentinnen verbreitete Gruppen, deren Programmatik man „Schafft die Männer ab“ nennen könnte. Zwar ist diese Bewegung in der BRD noch nicht so stark verbreitet, jedoch bemühen sich bürgerliche Magazine nicht wenig, sie zu popularisieren. Außerdem blühen gerade im studentischen Milieu verwandte, wenn auch abgemilderte Vorstellungen. Die besondere Betonung sozialpsychologischer Probleme bei den Studenten führt zu einer Unterbewertung des organisierten Kampfes gerade für die Veränderung der menschlichen Beziehungen. Hier hätte der Artikel mehr auf „Scheinlösungen“ wie Auflösung der bürgerlichen Ehe usw. und Verhaltensänderung in Kleingruppen eingehen müssen. Viele Studentinnen werden gerade durch solche Argumente wie „in politischen Organisationen reproduziert sich die Unterdrückung der Frau“ und die antikommunistische Variante „in der DDR ist die Frau nur sozial gleichberechtigt, die psychische Unterdrückung ist geblieben“, vom Kampf in marxistischen Organisationen abgehalten. Hier gilt es verstärkt zu argumentieren, um diese Frauen, die ja immerhin die Notwendigkeit der Veränderung ihrer Situation eingesehen haben, einzubeziehen.

Verena Sommerfeld, Bonn



Einige Spartakus-Gruppen schicken uns ihre Flugblätter zu, mit denen sie für die jeweils neuen Ausgaben der roten blätter werben. Das linke stammt von der noch jungen Gruppe aus Schwäbisch Gmünd, das rechte von der

Spartakus-Gruppe an der Kunsthochschule Stuttgart. Die Initiativgruppe Schwäbisch Gmünd ist im Verkauf besonders aktiv und erfolgreich. Hier haben allein drei Genossen 50 rote blätter innerhalb von 10 Tagen verkauft.

rb intern

Der RCDS-Prozeß ist ins Stocken geraten. Auf Antrag des RCDS wurde der Prozeß auf den Februar vertagt, weil er mit dem Spartakus einen Vergleich erzielen wollte. Offenbar haben die rechten Herren ihren ersten Schwung verloren, den sie beim Erlaß ihrer einstweiligen Verfügung noch hatten. Wir kennen die Gründe:

Ihre einstweilige Verfügung, mit der das Erscheinen der roten blätter verhindert werden sollte, hat sich für den RCDS-Bundesvorstand längst als Bumerang erwiesen: Denn im Prozeß geht es um die Politik des RCDS und seiner Hintermänner. Darum hat der Spartakus auch Haimo George, den Geschäftsführer des CDU-Wirtschaftsrates, den RCDS-Bundesvorsitzenden Ulrich Schröder und Mitglieder der politischen Polizei geladen, um unsere Behauptungen zu untermauern. Diese Herren werden dann unter Eid aussagen müssen, zum Beispiel zu der Frage, ob der RCDS vom Großkapital finanziert wird und wie die Zusammenarbeit mit der politischen Polizei abläuft.

Die Liste der Zeugen wird während des Prozesses wahrscheinlich sogar noch erweitert werden. Denn die Liste der CDU/CSU-Präsidenten, die zu diesen Fragen berichten können, ist bekanntlich groß.

Währenddessen vergeht kaum ein Tag, an dem die Redaktion nicht neue Meldungen über den RCDS aus dem ganzen Bundesgebiet erhält, in denen unsere Dokumentation der Ausgabe 18 bestätigt wird. Die roten blätter werden in ihrer nächsten Ausgabe eine weitere Zusammenfassung dieser neuen Fakten bringen.

In dieser Ausgabe stellen wir den Hamburger Graphiker und Karikaturisten Stefan Siegert vor. Wir wollen auch in Zukunft in lockerer Reihenfolge fortschrittliche junge Künstler vorstellen. Dazu brauchen wir auch die Vorschläge der Leser. Schickt sie uns.

Ein Titelblatt der roten blätter ist zum erstenmal in einem Buch verewigt worden. In dem bei Rowohlt erschienenen Taschenbuch „Politische Karikatur in der BRD“ wurde das Titelblatt der Ausgabe 19 auf der Seite 152 veröffentlicht.

In der Ausgabe 21 veröffentlichten wir eine Auseinandersetzung mit Zwerenz' Abschied vom Kommunismus. Wir haben Gerhard Zwerenz angeboten, in den roten blättern dazu Stellung zu nehmen. Er hat zugesagt, dies in einer der nächsten Ausgaben zu tun.

horizont

die sozialistische Wochenzeitung
für internationale Politik und
Wirtschaft aus der DDR



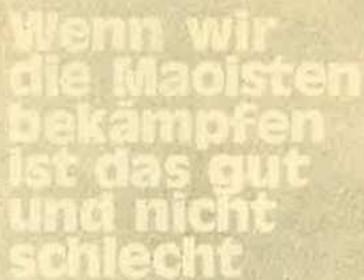
„horizont“ erscheint im Berliner Verlag, Berlin, Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik. Bitte Probexemplar anfordern. Senden Sie den Kupon an den Berliner Verlag, DDR - 1059 Berlin, Karl-Liebknecht-Straße 29. Wünschen Sie ein Abonnement (Jahresabonnement DM 62,- zzgl. Versandkosten), senden Sie den Kupon an Brücke-Verlag GmbH, 4 Düsseldorf, Ackerstraße 3.

Mit „horizont“ bietet sich Ihnen eine wichtige Informationsquelle, die es ermöglicht, internationale Zusammenhänge besser zu erkennen und einzuschätzen. „horizont“ bringt für Sie jede Woche auf 32 Seiten Exklusivberichte hervorragender Autoren aus aller Welt. Interviews, Porträts und Memoiren international bekannter Persönlichkeiten, Analysen des Weltgeschehens und der Weltwirtschaft, Interessantes aus aller Kontinenten.

horizont

gibt Informationen, die Sie brauchen!

Ich möchte „horizont“ im Abonnement beziehen.
 Ich bitte um Zusage eines kostengünstigen Probexemplars. (Zutreffendes ankreuzen).
Name, Vorname:
Postleitzahl, Wohnort:
Straße, Hausnummer:



Ich bestelle ... Exemplare der Broschüre „Werde Mitglied“ zum Preis von 0,30 DM und 0,70 DM Porto.

Ich bestelle ... Exemplare des Studentenaktionsprogramms zum Preis von 0,50 DM und 1 DM Porto.

Ich bestelle ... Exemplare der Broschüre „Wenn wir die Maoisten bekämpfen...“ zum Preis von 1 DM und 1 DM Porto.

Bestellungen gegen Voreinsendung oder Überweisung auf das Konto Postscheckamt Köln 27 11 87-503.

An den
MSB Spartakus, Bundesvorstand
53 Bonn, Postfach

Bundeswehr

Leber fortschrittlich?

Die Überraschung war gelungen. In den ersten Oktobertagen lüftete Verteidigungsminister Leber seinen Plan zur Neuregelung der Wehrpflicht: Das Anerkennungsverfahren für Kriegsdienstverweigerer soll zum 1. 1. 1976 abgeschafft werden. Gibt damit Le-



Lebers Plan: Coup zur Aufrüstung und Kampfkraftverstärkung der Bundeswehr.



Unterzeichner der Studie „Soldat '74“ auf einer Pressekonferenz in Bonn.

ber dem Druck der fortschrittlichen Jugendverbände nach, die sich schon seit Jahren für diese Abschaffung eingesetzt haben? Oder ist es nur ein langvorbereiteter Coup, um auf diesem Weg Aufrüstung und Kampfkraft der Bundeswehr zu verstärken? Was steckt wirklich hinter Lebers Schachzügen?

Was sich zuerst als „Geschenk des Himmels“ anmutet, entpuppt sich nach genauerer Untersuchung als taktischer Spielzug. Denn Grundlage für Lebers Pläne war die Feststellung, daß in den nächsten Jahren durch besonders geburtenstarke Jahrgänge nur zwei Drittel der Wehrpflichtigen

eingezogen werden können. Angesichts dieser Tatsache mußte man sich im Verteidigungsministerium ernsthafte Gedanken machen, was man mit dem übrigen Drittel anstellt. Natürlich alles unter dem Gesichtspunkt „Wehrgerechtigkeit“. Und daß das nicht nur ein Schlagwort ist, haben die Proteste der Jugend gezeigt, als man vor zwei Jahren das Problem mit einer Wehrsteuer für Nichteinberufene aus dem Wege räumen wollte.

Unter zunehmendem Druck der Öffentlichkeit hielt es Leber nun für notwendig, den Forderungen der Jugend- und Kriegsdienstverweigererverbände entgegenzukommen und setzte sich für eine Abschaffung des Prüfungsverfahrens ein. Doch nicht ohne Haken: So müßten sich auch weiterhin alle bereits einberufenen oder dienenden Wehrpflichtigen einem Prüfungsverfahren unterziehen. Zwei Trümpfe will Leber ebenfalls nicht aus der Hand geben: Sollte die Zahl der Wehrdienstverweigerer überhandnehmen und die Sollstärke der Bundeswehr nicht mehr erreicht werden, so wird kurzerhand für alle Wehrpflichtigen wieder das Prüfungsverfahren in Kraft treten...

Außerdem soll der Zivildienst von 16 auf 18 Monate erhöht werden – als Abschreckung für Unschlüssige.

Aber Verteidigungsminister Leber ist zuversichtlich. In den letzten Jahren ist die Zahl der Zeit- und Berufssoldaten ständig angestiegen. Kein Wunder: Lehrstellenabbau und Jugendarbeitslosigkeit passen gut in das Konzept der Bundeswehr, die ihren Zeitsoldaten von einer fachgebundenen Berufsausbildung bis zum Studium an den bundeswehreigenen Hochschulen alles bieten kann. 100 000 DM Abfindung nach 12 Jahren und ein Durchschnittsgehalt von 1300 DM netto sind dazu kein Pappenstiel.

Noch etwas verspricht man sich im Verteidigungsministerium von dieser Neuregelung: sie soll „zur weiteren Verbesserung des Betriebsklimas in der Truppe beitragen“. So drückte es der Generalinspekteur der Bundeswehr, Admiral Zimmermann, aus. Die Bundeswehr soll sich zu einer innerlich gefestigten Armee entwickeln.

Die steigenden Aktivitäten demokratischer Soldaten waren den



Herren im Verteidigungsministerium schon lange ein Dorn im Auge.

„Unbequeme“ Wehrpflichtige vom Schlag der „Arbeitskreise Demokratischer Soldaten“ und „Soldat 74“ sollen durch die „Auslesewirkung“ von vornherein ausscheiden. So wie in einer geplanten 12monatigen Verfügbereitschaft sieht Leber auch hier „eine dringend erforderliche Erhöhung der Kampfkraft“.

„Der Verteidigungsminister riskiert nicht um einen Millimeter die Verteidigungsbereitschaft der Bundeswehr“, meint Leber über sich selbst und schlägt damit alle Abrüstungsaussichten in den Wind.

Trotz „grundlegenden Übereinstimmungen“ mit Lebers neuen Plänen will die CDU/CSU an der alten Form festhalten. Sie spekuliert auf den „Erziehungsprozeß“, den junge Menschen beim Bund mitmachen.

Wie sagte ein Industrieller zum ehemaligen Bundeskanzler Kiesinger: „Aber eines, Herr Bundeskanzler, muß ich Ihnen sagen: Die jungen Arbeiter, die aus der Bundeswehr zurückkehren, die sind in Ordnung. Das sind prächtige Kerle und viele von ihnen haben sich in dieser Zeit völlig gewandelt.“ Solche Leute brauchen die Unternehmer.

Kein Wunder, daß die CDU mit dieser bewährten Methode nicht brechen will. Aber weder der CDU/CSU noch Verteidigungsminister Leber wird es gelingen, die Friedenskräfte in unserem Lande „matt“ zu setzen.

Lebers taktische Pläne sind eine Bestätigung, daß der antimilitaristische Kampf der Jugend innerhalb und außerhalb der Kasernen einen wunden Nerv getroffen hat. Gemeinsam muß die Jugend ihre Bemühungen verstärken, damit der Nerv nicht versilbert, sondern gezogen wird.



Schmidt-Besuch

Reaktion läuft Amok

„Orientteppich anstelle des roten Läufers“ — die FAZ tat sich offensichtlich schwer, mehr als diesen kabarettistischen Klatsch als Indiz zu liefern für die Richtigkeit ihrer Forderungen zum Besuch von Bundeskanzler Schmidt in Moskau: „Verhandlungen aus der Position der Stärke“ und notfalls „ohne Ergebnisse zurückkehren“.

Schmidt kehrte mit Ergebnissen zurück:

Neben Vertragsabschlüssen über neue Milliardenaufträge — das 3. Röhren-Erdgas-Abkommen mit einer Laufzeit bis zum Jahr 2000: insgesamt 200 Mrd. cbm Gas gegen nun 3,7 Mill. t Großrohre (1,5 Mrd. DM); 9000 Lkws liefert KHD 1975/76 in die Sowjetunion (1,1 Mrd. DM); Kernkraftwerk gegen Stromlieferungen... — wurde ein zehnjähriges „Abkommen über

die weitere Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit“ unterzeichnet. Mit ihm wird sich die wirtschaftliche Kooperation — seit 1971 verdreifacht und allein von Januar bis Juli 1974 um 102 Prozent (Import) bzw. 41 Prozent (Export) gestiegen — auf höherem Niveau und verstärkt weiterentwickeln.

„Gaukeli“, geifert die FAZ (und die Maoisten können erleichtert aufatmen). „Hilfreicher Ausgleich von Fehlern und Versäumnissen der Planwirtschaft“ (FAZ), „Finanzierung der sowjetischen Aufbrüstung“ (Biedenkopf), Abhängigkeit von Moskau (Carstens) ... Die Reaktion läuft Amok gegen diese Wirtschaftsbeziehungen: ob-

Kontakte, um so leichter wird es. Steht nicht die „Beklemmung“, die die FAZ „fühlt, wenn von den ungeheuren Möglichkeiten und Jahrzehntelangen Fristen der Zusammenarbeit mit den Russen die Rede ist“, in frappantem Gegensatz zur eben noch postulierten „Position der Stärke“?

Tatsächlich ist der Anflug von historischem Pessimismus seitens des Großkapitals berechtigt:

Brachten es doch die im Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe zusammengeschlossenen sozialistischen Staaten mit ihren planwirtschaftlichen „Fehlern und Versäumnissen“ von 17,8 Prozent der



Schmidt kehrte mit Ergebnissen zurück.

wohl sie ein Beitrag zur gesicherten Energieversorgung, zu sichereren und neuen Arbeitsplätzen sind (+ 1000 bei KHD) (sabotiert werden also die sozialen Interessen der Arbeiterklasse und der Bevölkerung — das hat Tradition); obwohl die im „Ostgeschäft“ engagierten Monopole nicht unerheblich profitieren (aber da gibt's eben welche, die machen aus „Ölkrise“ und Rüstung noch mehr); eben weil, so Brezhnev in seiner Tischrede zu Schmidt, „bekanntlich eine Verbindung zwischen Wirtschaft und Politik besteht). Je umfangreicher und gedeihlicher die wirtschaftliche Zusammenarbeit wird, um so größer wird das gegenseitige Vertrauen, um so fester und vielseitiger werden die politischen

Weltindustrieproduktion 1950 auf 33,3 Prozent 1972 (und damit auf eine 7,9fache Steigerung, während die entwickelten kapitalistischen Länder ihren Stand von 1950 in derselben Zeit um das Dreifache steigerten).

Während der neueste ökonomische Bericht der UN-Wirtschaftskommission für Europa (ECE) bei industrieller Produktion und Handel der sozialistischen Länder „schneller als geplant“ konstatiert, in der Sowjetunion z. B. Industrieproduktion, Nationaleinkommen und Realeinkommen der Bevölkerung jährlich um mehr als 6 Prozent, 5,5 Prozent bzw. 5 Prozent steigen — bei stabilen Preisen — und vor etwa 50 Jahren der letzte Arbeitslose registriert wurde, fordert Schmidt

hierzulande zwei- bis dreijährigen Lohnverzicht, steigt die Arbeitslosigkeit über 3 Prozent. Der ECE-Bericht zu den kapitalistischen Ländern Europas: Preissteigerungen von durchschnittlich 12,2 Prozent im Vergleich zu 1973, „die Reallöhne sind gesunken“, erwartete Wachstumsrate für 1974 unter 1 Prozent...

In der Gemeinsamen Erklärung über den Besuch von Schmidt und Genscher heißt es zu den aktuellen und grundsätzlichen politischen Fragen:

— der Moskauer Vertrag, „zuverlässige Grundlage für die weitere Verbesserung der Beziehungen“, „wird kontinuierlich ins Leben umgesetzt werden“;

— beide Seiten wollen alles tun für die Festigung der internationalen Entspannung und Zusammenarbeit;

— Bekräftigung der gemeinsamen Erklärung vom Mai 1973 zum Viermächteabkommen;

— baldiger und erfolgreicher Abschluß der europäischen Sicherheitskonferenz (KSZE);

— konstruktiver Beitrag zu den Wiener Abrüstungsverhandlungen;

— für das Ziel der allgemeinen und vollständigen Abrüstung;

— Verwirklichung der UNO-Resolutionen zum Nahen Osten (Räumung der von Israel besetzten Gebiete) und Sicherung der legitimen Rechte des palästinensischen Volkes.

Reaktionäre

Watzke antwortet

In der Ausgabe 21 der roten blätter berichteten wir (S. 6 f.), daß führende Mitglieder der reaktionären Bonner Studentengruppe „Liberale Aktion“ in Telefongesprächen zugegeben haben, daß — wie auch beim RCDS — ihre neue Masche von der studentischen Interessenvertretung, die sie demagogisch für sich beanspruchen, nur dazu dient, die Studenten gefügig zu machen, um besser die Politik der Herrschenden in unserem Lande durchsetzen zu können. Wolfgang Watzke ging auf diese Berichte in einem offenen Brief ein und erklärte unter andrem:

„Zum erstenmal in nunmehr zwei Jahren Studentenpolitik wende ich mich in dieser Form an die studentische Öffentlichkeit, insbesondere an meine Wähler.

MSB/SHB sowie der von ihnen getragene ASTA landeten einen



Wolfgang Watzke

gelungenen Gag, indem sie unter falschem Namen bei mir anriefen. Die schadenfreudigen Lacher haben sie sicher und mit Recht auf ihrer Seite.

Gegen diese Tonbänder und die Verbreitung ihres Inhaltes habe ich gem. § 298 StGB Strafanzeige erstattet und eine einstweilige Verfügung erwirkt, die das weitere Verbreiten der Tonbänder und ihres Inhalts unter Strafe (Streitwert 5000,— DM) stellt.

Wenn auch auf den ersten Blick MSB/SHB im Vorteil sind, so stimmt es doch bedenklich, wenn statt politischer Argumente auf einmal spitzeldienstliche Taschenspielertricks angewendet werden.

Wie die Studenten derartige Methoden beurteilen, wird die Zukunft erweisen, wenn die erste Schadenfreude einer nüchternen Betrachtung gewichen ist.

In Veranstaltungen werde ich mich auch in Zukunft den Diskussionen stellen und mit gleicher Konsequenz wie bisher meine hochschulpolitischen Mandate wahrnehmen. Ich hoffe, daß mir insbesondere meine Wähler nach wie vor in persönlichen Gesprächen mit Kritik und Anregungen zur Seite stehen."

Watzke hat mit dieser Erklärung faktisch alle Behauptungen bestätigt, über die wir auch in der letzten Ausgabe der roten blätter berichtet hatten.

Moskau

Nachlese auf „Abstraktionisten“

Während in Chile täglich Menschen ermordet wurden, während israelische Kampfflugzeuge palästinensische Flüchtlingslager bombardierten, während Thieu in Vietnam Dörfer und Schulen in befreiten Gebieten bombardieren ließ, bewegte die bürgerliche Presse fast 14 Tage lang ein Ereignis in Moskau.

Nach sorgfältigen Absprachen mit westlichen Korrespondenten hatten einige sowjetische „Künstler“ eine Ausstellung in einer Grünanlage geplant, in der gerade Bäume und Sträucher gepflanzt wurden. Weit und Frankfurter Rundschau entdeckten Wasserwerfer, die Zuschauer verjagt hätten, die Süddeutsche Zeitung mußte wenig später zugeben, daß es sich lediglich um Sprengwagen der Städtischen Betriebe gehandelt hatte, eingesetzt zur Straßenreinigung in Moskau.

Eine Woche später schon fand die Ausstellung nach Absprache mit der Stadtverwaltung auf einem angemessenen Platz statt, der nicht gerade frisch bepflanzt wurde. Boris Koroljow von APN berichtet in einer kleinen Nachlese von dieser Ausstellung:

Vier Stunden beobachteten auf einer riesigen Wiese im Ismailowo-Park etwa dreitausend Moskauer einige Dutzend Kuriositäten des „Abstraktionismus“. Das Urteil des Publikums war recht unterschiedlich und reichte von „bemerkenswert“, „komisch“ und „sonderbar“ bis zu „unverständlich“ und „unannchmbar“.

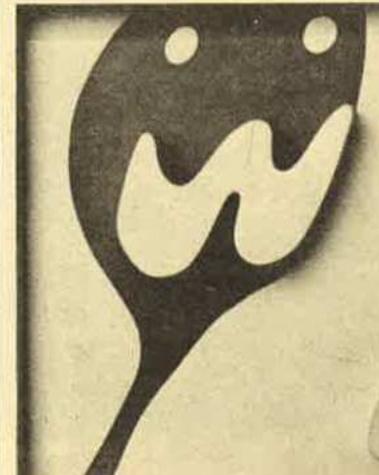
Zwischen den Bildern und dem Publikum gab es keine Schranken. Die Maler durften mit Recht der Meinung sein, daß niemand sich diesen „Meisterwerken“ nähern würde, um sie käuflich zu erwerben.

Einiges Interesse erweckten lediglich die Arbeiten von Wladislaw Shdan „Ophelia“, „In der Abenddämmerung“ und „Dorfriedhof“. Man fragte sich, was er eigentlich bei den „Abstraktionisten“ sucht. Erfolg konnte nur Lidia Georgijewa buchen, Absolventin der kunstgewerblichen Fakultät der

Moskauer Hochschule für Textilindustrie. Besonders gelang ihr „Der Schnee“, ein Gemälde, das in der Art der französischen Pointillisten ausgeführt ist und Moskau unter einem Schneeschleier greifbar nahe rückt.

Die Moskauer „Abstraktionisten“ auf der sonnenbestrahlten Wiese des Ismailowo-Parks zeigten, daß sie selbst hinter dem Anfang unseres Jahrhunderts zurückbleiben, als man Marcel Jancos Gemälde „Ball in Zürich“ oder Arthur Segals „Hafen in der Sonne“ sah. Hans Arp klebte vor 54 Jahren seine Holzklotzchen mit viel mehr Gefühl und Verständnis für die Gesetze der Komposition auf seine Leinwände. Selbst Marcel Duchamp, der 1913 ein Veloziped-Rad als Kunstwerk aufs Podest stellte, war größer und bedeutender als all seine Epigonen und die ganze „Abstraktionisten“-Nachhut im Ismailowo-Park. Das Fahrrad war damals immerhin ein Sinnbild des Fortschritts.

Einige Besucher waren in der Ausdrucksweise ihres Urteils nicht besonders wählerisch. Aber die Situation entlud sich schließlich in einem befreienden Gelächter: Die Moskauer nahmen die ganze Absurdität einfach nicht ernst. Ein kleiner Junge an der Hand seines Vaters erinnerte unbefangen an Andersens Märchen von des Königs neuen Kleidern.



Hans Arp klebte vor 54 Jahren seine Holzklotzchen mit viel mehr Gefühl und Verständnis ...

Es war keine Ausstellung, sondern eher ein Jahrmarkt der Eitelkeit. Die Maler priesen marktschreierisch ihre Ware. Sie machten kein Hehl daraus, daß sie in der Woche zuvor, als sie eine Grünanlage, in der gerade Bäume und Sträucher gepflanzt wurden, mit ihren Bildern besetzten, einen Skandal gesucht hatten.

Ein Skandal, über den auch die Presse im Westen berichtete, schien ihnen die beste Werbung. Die beabsichtigte Wirkung blieb jedoch aus. Deshalb waren am Ende nicht nur ein paar tausend Zuschauer, sondern auch die Maler selbst enttäuscht.

November-Zitate

Die in Deutschland eingerissene Schlaraffenland-Philosophie, immer noch mehr haben zu wollen und immer noch mehr, noch eine neue Schule, weil die jetzige ja schon 40 Jahre alt sei, und womöglich jeder einen Kinderspielplatz vor der eigenen Haustür — diese Philosophie zu bekämpfen, das wäre eine Aufgabe, die jeder für sich erkennen und wahrnehmen sollte. Damit wäre uns allen geholfen.

Ich finde, auch junge Leute sollten sehen und erfahren, daß das Geld verdient werden muß, bevor es ausgegeben werden kann. Ich bin sogar der Meinung, daß nicht nur Schüler, sondern auch Studenten in stärkerer Weise neben ihrem Studium selbst einen Teil ihres Lebensunterhalts verdienen müßten. Das ist meine Überzeugung. Ich finde es nicht gut, wenn nun auch die jungen Leute schon meinen, alles müsse vom Staat kommen. Jeder sollte frühzeitig erkennen lernen, daß es im Leben auch auf die eigene Leistung ankommt.

Helmut Schmidt

Die Radikalenerang — und radikal ist da immer nur linksradikal — wird geschürt, gleichzeitig in großen Tönen von Europa und europäischer Einigung gesprochen. Wie soll die denn aussehen, mit einer großen KP in Frankreich, mit einer noch größeren in Italien, mit einer KP in Griechenland und Portugal, soll es überall europäische Kommunisten geben, nur nicht in der Bundesrepublik? Wie stellt man sich das vor? Was stellt sich der Vorsitzende der CDU vor, wenn er in der Volksrepublik China u. a. Marx und Engels mit einem patriotischen gewissen Stolz als deutsche Denker reklamiert und den jungen Deutschen in seinem eigenen Land ans Feil will, die den großen Vorteil haben, diese beiden Denker nicht in englischer, französischer, chinesischer oder russischer Übersetzung lesen zu müssen, sondern in der Sprache, in der die geschrieben haben: deutsch.

Heinrich Böll, konkret 2

Denn niemand kann sich der Einsicht verschließen, daß die starke Zunahme der Arbeitslosigkeit Ausdruck der Tatsache ist, daß viele Arbeitsplätze im Gefolge der jahrelangen Verharmlosung der Inflation inzwischen zu teuer geworden sind. Das ist der harte Kern hinter den Worten über „strukturpolitische und konjunkturpolitische Schwächen“.

Die Welt, 8. 11.

Krise des Kapitalismus

Seit dem Jahre 1950 gibt es in der Bundesrepublik Deutschland in jedem Jahr eine Tarifbewegung. Der jährliche Rhythmus ergibt sich aus den meistens für eine Laufdauer von 12 Monaten abgeschlossenen Tarifverträgen zwischen den Unternehmerverbänden und den Gewerkschaften. Im Mittelpunkt der jährlichen Tarifbewegung steht naturgemäß der Kampf um die Anhebung der Löhne und Gehälter. Es wäre aber verfehlt, eine schematische Trennung bzw. Gegenüberstellung von Lohnpolitik und gewerkschaftliche Interessenvertretung für weitere soziale Belange vorzunehmen. Da die Auseinandersetzung um die Erhöhung der Arbeitseinkommen vorrangig ist, vergeht kaum ein Tag, an dem die gewerkschaftliche Lohnpolitik nicht von der Bundesregierung, von den Unternehmerverbänden und von der dem kapitalistischen System verbundenen Presse angegriffen und diffamiert wird.

Die Unternehmer nehmen seit eh und je Lohnerhöhungen zum Vorwand für neue Preiserhöhungen. Die Regierungen kapitalistischer Staaten verneinen die Berechtigung von Lohnforderungen, weil sie angeblich „maßlos“ sind und „das Preisniveau untergraben“. Die Regierung Schmidt/Genscher kommt mit dem ebenso alten wie unbegründeten Argument, die Lohnforderungen der Gewerkschaften beeinträchtigten die Entwicklung der Volkswirtschaft negativ und „gefährdeten die Arbeitsplätze“.

Diese Argumente bleiben natürlich nicht ohne Wirkung, da viele Bundesbürger mit den volkswirtschaftlichen Zusammenhängen nicht vertraut sind und weil in den Schulen und Lehranstalten kaum etwas zur Aufhellung dieser Zusammenhänge gelehrt wird. Dort, wo Unkenntnis darüber herrscht, wer die Preise wirklich treibt, wer die Währung gefährdet und die Arbeitsplätze wegrationaliert, stoßen wir auf die irrite Ansicht, daß selbstverständlich alles teurer werden muß, wenn die Löhne jedes Jahr steigen.

Angesichts dieses Irrglaubens erhalten Aktionen für Aufklärung der Bevölkerung über die



**von
Manfred
Buder**

Ursachen des Preisanstiegs, über den Mißbrauch wirtschaftlicher Macht durch die Monopole im antimonopolistischen Kampf einen besonderen Stellenwert. Das trifft auch für die von der Deutschen Kommunistischen Partei bundesweit initiierten Aktion „Preisstop und Arbeitsplatzsicherung“ zu.

Daß Bundeskanzler Schmidt und auch der DGB-Vorsitzende H. O. Vetter sich gegen einen Preisstop aussprachen, spricht

Manfred Buder ist
Wirtschaftsredakteur der UZ

ebenso wenig gegen die Notwendigkeit und Möglichkeit eines Preisstopps wie die negativen Erfahrungen, welche die Arbeiterklasse in anderen kapitalistischen Ländern mit staatlich angeordneten Preisstopps gemacht hat. Es genügt eben nicht, öffentlich gegen die Teuerung zu predigen und Gesetze zu erlassen, man muß etwas gegen die Verursacher der inflationistischen Preisentwicklung tun und den Erfolg des Preisstopps durch eine demokratische Kontrolle sichern. Diese Kontrolle muß jenen Organisationen und Instanzen übertragen werden, die ein elementares Interesse daran haben, den Lebensstandard der arbeitenden Menschen zu erhalten und zu verbessern. Diese Aufgabe haben sich die Gewerkschaften gestellt. Diese Aufgabe ist auch im staatsmonopolistischen Kapitalismus nicht illusionär und unlösbar, wenngleich sie nur begrenzt zu verwirklichen ist.

Dabei ist die Erhaltung des Reallohnes für die Arbeiter, Angestellten und Beamten die erste Stufe gewerkschaftlicher Lohnpolitik. Wenn die Preise steigen, ist die Erhöhung des Nominallohns nötig, um das Realeinkommen zu halten. Auch volkswirtschaftliche Gründe verlangen, daß auf dem Konsumgütersektor eine ausreichend starke Nachfrage erhalten wird. Wenn die Verbraucher kein Geld haben, können sie auch nichts kaufen. Ein bewußt eingeschränkter Konsum, herbeigeführt durch Geldabschöpfung mittels der Steuerpolitik des Staates, durch inflationäre Preisentwicklung und/oder durch Enthaltsamkeit bei den Löhnen, übt nachteilige Auswirkungen auf die Produktion, auf die Arbeitsplätze, Arbeitszeit und Arbeitseinkommen aus. Die derzeitige Wirtschaftsentwicklung in der Bundesrepublik beweist es. Die so entstandene verminderte Absatzmöglichkeit auf dem Inlandsmarkt kann nur vorübergehend durch einen höheren Export wettgemacht werden.

Die zweite Stufe gewerkschaftlicher Lohnpolitik muß es sein, den Lebensstandard der Lohn- und Gehaltsempfänger nicht nur zu erhalten, sondern zu erhöhen. Das ist möglich, wenn den arbeitenden Menschen ein Anteil an ihrer ständig steigenden Ertragskraft gesichert wird. Die in den Tarifrunden erkämpften Lohnerhöhungen müssen die Höhe der zurückliegenden Preissteigerungen überschreiten, und zwar um den Prozentsatz der Steigerung der Arbeitsproduktivität. Auch dann wäre noch kein Anlaß für weitere Preissteigerungen gegeben. Dem steht das Bemühen der Unternehmer entgegen, ihre Profite

durch die möglichst geringen Lohnabschlüsse zu erhöhen und das Ergebnis erhöhter Arbeitsproduktivität voll in ihre Taschen fließen zu lassen. Das Anwachsen der Arbeitsproduktivität ist aber in erster Linie eine Folge zunehmender Arbeitsintensität, verschärfter Arbeitsbedingungen und erhöhter Anforderungen an die arbeitenden Menschen. Trotzdem ist diese Entwicklung den Arbeitern und Angestellten nur teilweise zugute gekommen. Das wirtschaftswissenschaftliche Institut WSI stellte fest, daß die Lohnentwicklung in der Bundesrepublik im Durchschnitt der westdeutschen Industrie um ein volles Jahr nachhinkt.

In den Tarifauseinandersetzungen werden zwar gemeinsam die Löhne festgesetzt, aber die Unternehmer verstehen es, den Lohn- und Gehaltsempfängern das Recht auf Beteiligung an der Arbeitsproduktivität streitig zu machen. Dieses Recht haben sie aber nicht nur, weil sie individuell durch höhere Leistungen die Grundlage dafür schaffen, sondern generell.

Die dritte und historisch immer drängender werdende Stufe gewerkschaftlicher Lohnpolitik ist die Veränderung der Verteilungsquote des Bruttonsozialprodukts. Noch immer sind Vermögen und Einkommen ungerecht verteilt. Die Reichen — sagen wir die Besitzer der Produktionsmittel — bekommen auch von dem jährlichen Vermögenszuwachs immer noch den größten Teil. Hier liegt die entscheidende Frage darin, ob über die gewerkschaftliche Lohn- und Tarifpolitik eine Korrektur möglich ist. Ich meine, hier wird die gewerkschaftliche Lohnpolitik überfordert. Eine Einkommensumverteilung ist ohne flankierende Maßnahmen (Steuerpolitik, Investitionssteuerung, Preisregulativ usw.) nicht im Bereich ihrer Möglichkeiten. Solange die Unternehmer die Möglichkeit haben, die Preise zu nehmen, die der Markt hergibt, erhöhte Gewinne als Folge nicht weitergegebener Kostensenkungen einzustreichen und den Lohnanteil zu drücken, werden sie sich jährlich ein immer größeres Stück von dem neuen gesellschaftlichen Reichtum sichern.

Aus diesem Grunde kann die Lohnpolitik der Gewerkschaften nur eine Komponente ihrer Aufgaben sein. Will die Gewerkschaft ihren Auftrag verwirklichen: Interessenwahrnehmung derjenigen, die nicht im Besitz der Produktionsmittel sind und auf den Verkauf ihrer Arbeitskraft angewiesen sind, dann muß sie sich gesellschaftspolitischen Aufgaben zuwenden, die die Machtverhältnisse in diesem Lande ändern.

nachrichten

BHG in Kraft getreten

Der 1. 10. 1974 war für die bayrischen Studenten in zweifacher Hinsicht ein bedeutsames Datum: 125 Jahre verfaßte Studentenschaft sind der CSU anscheinend zuviel. Nach dem Willen des bayerischen Kultusministeriums sollten nun mit dem am 1. 10. in Kraft getretenen Bayerischen Hochschulgesetz (BHG) die Organe der verfaßten Studentenschaft liquidiert werden. Zum anderen war am 1. 10. die Auszahlung der erkämpften BAFöG-Erhöhung auf 500 DM fällig. Nach Angaben des Studentenwerks müssen jedoch zwei Drittel der Münchner BAFöG-Empfänger bis Semesterende auf die Auszahlung dieser Erhöhung warten. Welche Verschärfung der sozialen Situation vieler Studenten das darstellt, kann man etwa daran ermessen, daß während der Semesterferien täglich etwa 80 Kommilitonen ab 5 Uhr morgens vor der Jobvermittlung im Studentenwerk Schlange standen, davon jedoch maximal 2 bis 3 Prozent einen Arbeitsplatz vermittelt bekommen konnten. Gerade an diesem Problem wird deutlich, wie notwendig die Studenten starke Interessensvertretungsorgane brauchen. In dieser Situation kapitulierten die Roten Zellen. Pünktlich zum 1. 10. hatte die AK-Fraktion die AStA-Räume kampflos geräumt und sich in die innere Emigration zurückgezogen. Dabei hatten sich im Sommersemester 1974 15 000 Münchner Studenten für den Erhalt von Asten und Fachschaften in einer Urabstimmung ausgesprochen. Dieses Votum war für den MSB Spartakus Auftrag, gerade am 1. 10. verstärkt die Forderungen der Studenten und das Interesse der arbeitenden Bevölkerung an einer demokratischen Hochschulreform zum Ausdruck zu bringen. Vor der Uni-Mensa diskutierten die Genossen mit den Kommilitonen und machten klar, daß es jetzt darauf ankommt, nicht zu resignieren, sondern trotz BHG wieder Fachschaftsvertretungen und einen funktionsfähigen AStA zu wählen.

len, damit die Studenten gerade unter den Bedingungen von Regelsstudienzeiten, Prüfungsverschärfungen und Ordnungsrecht schlagkräftige Kampfinstrumente zur Durchsetzung ihrer fachlichen, sozialen und politischen Interessen haben. Großes Aufsehen erregte dabei unter den Studenten die Verleihung eines Ordens an Kultusminister Maier für seine Verdienste um den Abbau demokratischer Rechte und für die Mißachtung des Willens Tausender bayerischer Studenten.

Cleichzeitig wurde eine Umfrageaktion zur sozialen Lage der Münchner Studenten durchgeführt. Jeder Student, der seinen ausgefüllten Fragebogen am MSB-Büchertisch zurückgab, unterstützte die Forderungen nach sofortiger Auszahlung der BAFöG-Erhöhung sowie nach 600 DM BAFöG noch in diesem Jahr und Anhebung des Elternfreibetrags auf 1200 DM. Den Kampf um diese Forderungen und um den Erhalt der verfaßten Studentenschaften werden wir im Wintersemester mit allen Kräften fortführen. Mit einem starken MSB Spartakus können die Studenten im Kampf um ihre sozialen und politischen Interessen Erfolge erringen.



Regensburg: AStA aktiv – trotz BHG!

Mitte Oktober wurden von den Regensburger Milchwerken die Milchpreise pro 0,25 l Milch von 23,5 Pf. auf 27,5 Pf. erhöht, worauf das Studentenwerk Regensburg den Milchpreis in Mensa und Cafeteria von 30 Pf. auf 35 Pf. heraufsetzte. Diese Preissteigerung im studentischen Sozialbereich war, wie aus Gesprächen mit dem Geschäftsführer des Studentenwerks zu entnehmen war, der Auftakt zu weiteren Preissteigerungen im Bereich des Studentenwerks. In Bälde sollen die Bierpreise steigen (Fürst Thurn und Taxis hat an der Universität das alleinige Bierausschankrecht — 0,25 l Bier kosten derzeit noch 0,45 DM!), die Essenspreise, die wesentlich über den bundesrepublikanischen Durchschnittsmensapreisen liegen, werden nicht beibehalten werden können, die Studentenwerksbeiträge sollen erhöht werden, wenn sich das Bayerische Finanzministerium durchsetzt, um das Doppelte der bisherigen Beiträge. Berücksichtigt man die weiter kontinuierlich zunehmenden Preissteigerungen, wie sie in Regensburg insbesondere bei Strom-, Heizöl- und Büchern

preisen neben der allgemeinen Steigerung der Lebenshaltungskosten auftreten, so wird die materielle Absicherung des Studiums für immer mehr Studenten immer ernsthafter in Frage gestellt.

In dieser Situation sah es der AStA der Universität als eine vorrangige Pflicht und Aufgabe an, die Studentenschaft in Regensburg sowie die Öffentlichkeit über die sich verschärfenden Verschlechterungen im studentischen Sozialbereich zu informieren. Der AStA kam dieser Aufgabe nach, obwohl laut reaktionärem BHG seit 1. 10. 1974 AStA und Fachschaften überhaupt nicht mehr existieren sollten.

Unsere Forderungen soll mit Unterschriftenlisten Nachdruck verliehen werden. Während dieser Aufklärungsaktion des AStA wurden neben einem Milchverkauf zum Einkaufspreis, Unterschriften zu unseren Forderungen gesammelt. Insgesamt unterschrieben in 9 Stunden über 700 Studenten, Assistenten und Professoren, sowie Angestellte des Studentenwerks.

Mit diesen Forderungen und der Unterstützung durch 700 Unterschriften werden der Rektor der Universität und die akademischen Gremien der Universität konfrontiert und um Unterstützung gebeten, werden die Regensburger Landtagsabgeordneten um ihre Stellung gefragt, werden die studentischen Vertreter im Verwaltungsrat der Studentenwerke auftreten, werden Gewerkschaften und Betriebsräte um Solidarität angegangen.

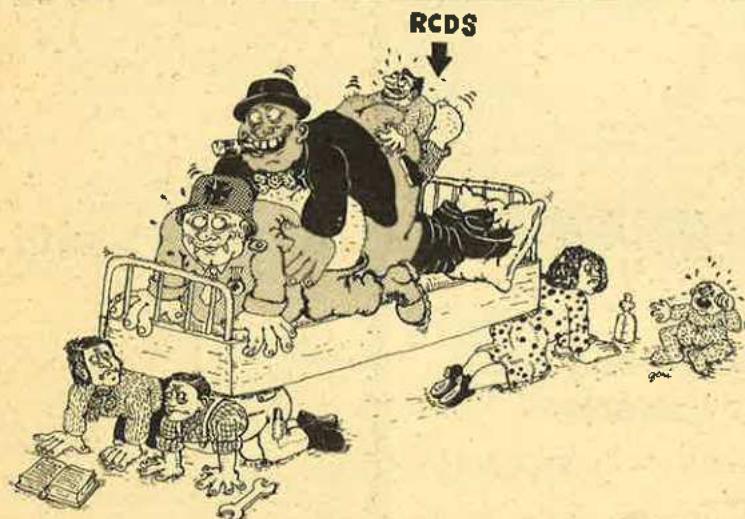
RCDS und Rektor

Kaum war das Semester angefangen, starteten RCDS und Rektorat der Uni Münster einen gemeinsamen Angriff auf den AStA. Im Zuge einer von RCDS Mitgliedern veranlaßten Rechtsaufsichtsbeschwerde gegen eine Sondernummer der AStA-Zeitung zur Chile-Solidarität behielt der Rektor 2500 DM der von den Studenten gezahlten Gelder ein. Diese Angriffe haben Tradition: verboten werden soll die Solidarität mit Chile, mit streikenden Arbeitern und Angestellten im öffentlichen Dienst, gemeinsame Infos mit dem DGB. Der Grund ist bekannt: „Widerrechtliche“ Wahrnehmung des allgemeinpolitischen Mandats. In einer Stellungnahme des MSB heißt es: „Ziel dieses empörenden Eingriffs in die autonomen, demokratischen Rechte des AStA: Die Erringung von Erfolgen, die Erkämpfung tatsächlicher Verbesserungen der Lage der Studenten zu verhindern.“

dern! Isoliert in der Hochschule, nur auf uns selbst gestellt, ohne das Bündnis mit der arbeitenden Bevölkerung endet unser Kampf im gesellschaftlichen Absatz. Und nichts anderes will die Reaktion: CDU und RCDS, die nicht wollen, daß ihren Geldgebern in den Konzernzentralen auch nur ein Haar gekrümmmt wird.“ Mittlerweile liegen dem ASTA Solidaritätserklärungen vor. Erschienen ist eine gemeinsame Erklärung mit dem DGB.

RCDS verhindert Tauschzentrale des vds

stoppen. Die Tauschzentrale steht in Frage. Die ganze Ungeheuerlichkeit dieser Aktion des RCDS wird klar, wenn er in unverschämter Weise den ASTA zugleich auffordert, die — von Konzernen finanzierte — RCDS-Tauschzentrale zu unterstützen.



Zum Aufbau einer zentralen Studienplatztauschzentrale hatte das SP der Uni Münster beschlossen, dem vds einen einmaligen Kredit von 20 000 DM zur Verfügung zu stellen. Es dauerte denn auch nicht lange, bis dem ASTA ein Schreiben des Rektors auf den Tisch flatterte, daß von dem RCDS-Mitglied Kosmider Rechtsaufsichtsersuchen gestellt worden sei. Der ASTA, der bereits einen Tag vorher die Überweisung veranlaßt hatte, betonte die Rechtmäßigkeit und Notwendigkeit seines Handelns.

Doch noch am gleichen Abend forderte der Rektor in einem 2. Schreiben den ASTA auf, unverzüglich zu veranlassen, daß das Geld vom vds zurückgefordert werde, da ein öffentliches Interesse bestehe, daß verhindert werde, daß Mittel der Studentenschaft für unerlaubte Zwecke missbraucht werden. RCDS und Rektor stützen sich auf ein Verwaltungsgerichtsurteil, nach dem dem ASTA untersagt ist, Zuwendungen an den vds zu tätigen. Der ASTA war gezwungen, die Überweisung zu

Auch hier wird wieder deutlich: Der RCDS schrekt vor keinem Mittel zurück, um die Interessen seines Verbandes und die der Großkonzerne durchzusetzen.

Mauerbau in Kassel

Mit einem symbolischen Mauerbau vor allen Eingängen der Kasseler Gesamthochschule empfing der MSB Spartakus 1000 Erstsemester und alle anderen Kommilitonen zu Beginn des Wintersemesters 74/75. Die spektakuläre Aktion sollte mit dazu beitragen, den Studenten ihre soziale Lage bewußt zu machen und die Erstsemester mit der katastrophalen Situation der GHK zu konfrontieren. Zahlreiche Diskussionen wurden über die Forderungen des MSB zum BAFÖG, über die Erfolgsbedingungen des Sozialkampfes, über die Verweigerung der Se-



mestergebührenerhöhung geführt. Auch in Kassel droht allen Studenten eine Verschlechterung der Studien- und Lebensbedingungen: die Sozialgebühren sollen um 10 DM auf 95 DM steigen, die Mensapreise steigen von 1,50 DM auf 1,70 DM, für 1000 Erstsemester wurden keine neuen Wohnheimplätze geschaffen, der NC wurde verschärft, in der Lehrerausbildung pro Fach durchschnittlich 50 Studienanfänger aufgenommen. Entgegen aller bürgerlichen Propaganda hat der NC die Studiensituation nicht verbessert! Außerdem droht ein Berufungsstopp für mehrere Jahre.

Mit dem Mauerbau machten viele Studenten das erste mal Bekanntschaft mit dem MSB. Interesse, sich weiterhin mit den Forderungen der Spartakisten auseinanderzusetzen, bestand auf alle Fälle: die Materialien des Verbandes wurden gut verkauft, so z. B. das Hochschulaktionsprogramm.

Auch kleine Gruppen initiativ

Dieser Bericht soll zeigen, daß auch kleinste MSB-Gruppen in der Lage sind, erfolgreiche Aktionen zu initiieren, die auf breite Resonanz in der Bevölkerung stoßen.

Unsere Initiativgruppe in Schwäb. Gmünd ist noch sehr klein. Um eine Solidaritätswoche durchzuführen, nahmen wir Kontakt zu allen fortschrittlichen Kräften unseres Ortes auf und gründeten am 6. 9. 1974 ein Chile-Komitee, in dem zwei pro-

gressive Geistliche, mehrere Gewerkschaftsmitglieder, DKP, MSB, Komitee zur Erhaltung der Demokratie in Griechenland, SPD-Mitglieder und organisierte Jugendliche mitarbeiten.

Als erstes druckten wir Flugblätter mit den Stellungnahmen chilenischer Geistlicher, die den Terror in Chile anprangerten, und verteilten sie vor zwei Gmünder Kirchen. Der katholische Kaplan, der im Chile-Komitee mitarbeitet, wies während seiner Predigt auf die am chilenischen Volk verübten Verbrechen hin, so daß die Kirchgänger schon vorbereitet waren und unsere Flugblätter meist mit großem Interesse abnahmen. Der evangelische Geistliche unterstützte unsere Aktion, indem er ein Chile-Plakat und eine Ankündigung unserer Veranstaltungen in seiner Kirche aufhing. Weiterhin verteilten wir andere Flugblätter vor dem größten Gmünder Betrieb, vor Schulen und in der Stadt, wo wir gleichzeitig einen Info-Stand mit Büchern, Schallplatten und Unterschriftenlisten aufstellten. Immer wieder wiesen wir auf unsere nächsten Veranstaltungen, einen Dia-Vortrag und einen Chile-Basar, hin.

Da wir uns vergeblich um einen Chile-Film bemüht hatten, fotografierte ein Genosse einer anderen MSB-Gruppe für uns Bilder aus dem Chile-Schwarzbuch ab, stellte die Dias chronologisch zusammen, kommentierte sie mit Hilfe eines Tonbandes und untermauerte den Vortrag mit chilenischer Musik. Für diesen Dia-Vortrag hatten wir einen Raum



Chile Kalender 1975

Die Gruppe Werkstatt Hamburg und das Antikapitalistische Solidaritätskomitee Frankfurt (ASK) geben einen Grafik-Kalender '75 heraus. Der Kalender umfaßt 12 Grafik- sowie 12 Textseiten.

Format: 31,5 x 45,5 cm, Preis: 15,- DM. Der Reinerlös (20000 DM, wenn die Auflage von 4000 Ex. verkauft wird) fließt der Chile Solidarität zu.

Bestellungen an:
GRUPPE WERKSTATT HAMBURG
c/o G. Jeske, 2 HH 53, Franzosenkoppel 32

mit 40 Plätzen bestellt, doch es kamen etwa 90 Interessierte, nicht zuletzt aufgrund unserer aktiven Pressekampagne.

Nach dem für alle sehr beeindruckenden Vortrag gaben verschiedene Organisationen und Persönlichkeiten Stellungnahmen ab, wie wir es während der Vorbereitung der Chile-Aktion angeregt hatten. Der ev. Pfarrer Dr. Tolk betonte, Chile habe erneut gezeigt, daß „Faschismus und Kapitalismus nahe Verwandte sind“ und weiter „wenn wir uns mehr als nur empören wollen über die Vorgänge wie in Chile, dann müssen wir dafür Sorge tragen, daß unsere Wirtschaftsunternehmen in dieser Weise nicht mehr verfahren können“. Unsere MSB-Vertreterin wies in ihrer Erklärung auf die unheilvolle Verbindung ökonomischer und politischer Macht in den Händen von Konzernen und Banken hin und betonte die Notwendigkeit einer umfassenden antifaschistischen und antiimperialistischen Solidarität, in der der MSB Spartakus von Beginn an seinen Platz hat. Eine Stellungnahme für die Ortsverwaltung der IG Metall gab deren Geschäftsführer Maihofer ab. Er forderte die Bundesregierung auf, alles in ihrer Kraft Stehende zu unternehmen, „um auf die Wiederherstellung der Menschenrechte, die freie Betätigung freier Gewerkschaften, die Wiederzulassung politischer Parteien und den Verzicht auf verlogene politische Prozesse hinzuwirken“. Weitere Stellungnahmen gaben Amnesty International und ein Sozialdemokrat ab.

Zwei Tage später fand unser Chile-Basar statt, wozu wir die Bevölkerung aufgerufen hatten, ausrangierte Gegenstände zu spenden. Mitglieder des Chile-Komitees und Freunde hatten insgesamt 11 Kuchen gebacken, die einen regen Absatz fanden. Eine Genossin einer anderen MSB-Gruppe spendete Blumensträuße zum Verkauf.

Die Resonanz auf unsere Aktion überraschte uns selbst: Ergebnis des Basars und der Sammlung während des Dia-Abends waren fast 700 DM Spende. Für 362,— DM wurden Bücher verkauft. Und das alles im zweitstärksten Wahlkreis der CDU im Bundesgebiet!!

vds zum BHG

Zum Inkrafttreten des Bayrischen Hochschulgesetzes erklärte der vds:

In zahlreichen örtlichen und überregionalen Demonstrationen und Aktionen, an denen sich mehrere ztausend Studenten beteiligten und die in drei zentralen Demonstrationen mit jeweils ca. 20 000 Teilnehmern gipfelten, haben die bayrischen Studenten ihre entschiedene Ablehnung des von Kultusminister Maier vorgelegten Entwurfs für ein bayrisches Hochschulgesetz manifestiert.

Der vds sieht im Ergebnis der Urabstimmungen der bayrischen Studenten einen Auftrag für ASTEN, Studentenparlamente und Fachschaften nach dem 1. 10. im Amt zu bleiben und auf der Grundlage dieses Votums zu einem bestimmten Zeitpunkt Neuwahlen zu den Organen der



verfaßten Studentenschaft auf der Grundlage der bestehenden Satzungen durchzuführen. Der vds lehnt das BHG ab und verurteilt den Versuch des bayrischen Kultusministeriums, mit Hilfe der Bildung von Sprecher-



räten die verfaßte Studentenschaft zu zerschlagen und lehnt deshalb den Sprecherrat als Eratz für die verfaßten Organe ab.

Der VDS wird alles in seinen Kräften Stehende dazu beitreten, die bayrischen ASTEN und Fachschaften in ihrem Kampf für die Erhaltung und für die gesetzliche Wiedereinführung der verfaßten Studentenschaft in Bayern zu unterstützen.

SDAJ und MSB in Havanna

Am 24. 9. 1974 fand in Havanna ein freundschaftliches Gespräch zwischen dem Sekretariat des Kommunistischen Jugendverbandes Kuba (Union de Jóvenes Comunistas — UJC) und Vertretern der Bundesvorstände von SDAJ und MSB Spartakus statt. Alle drei Organisationen sind Mitgliedsverbände des Weltbundes der demokratischen Jugend (WBDJ).

Bei dem erstmaligen Zusammentreffen dieser marxistischen Bruderorganisationen begrüßten alle Beteiligten, daß sie trotz der großen räumlichen Distanz ihrer Länder voneinander, durch die marxistische Ideologie, das sozialistisch-kommunistische Ziel und den gemeinsamen antiimperialistischen Kampf aufs engste verbunden seien.

Während SDAJ und MSB ausführlich über den gegenwärtigen Stand der Klassenkämpfe in der BRD berichteten, informierte der Vertreter des Sekretariats der UJC über die Aufgaben seines Verbandes.

Anschließend erörterten die Verbände den weiteren Ausbau und die Festigung ihrer Beziehungen.

Sie vereinbarten, sich kontinuierlich über ihre Arbeit zu infor-

mieren. Der MSB Spartakus lud eine Delegation der UJC zu seinem nächsten Bundeskongreß ein.

SDAJ und MSB Spartakus begrüßten die Kandidatur Havannas für die Ausrichtung der nächsten Weltfestspiele. Sie betonten, daß das 11. Festival auf Kuba den vollen Bankrott der imperialistischen Blockadepolitik bedeuten würde und eine gewaltige Ausstrahlungskraft auf die Jugend der ganzen Welt haben würde.

4. Bundesvorstandstagung

Am 16. und 17. November führte der Bundesvorstand in Bonn seine 4. Tagung durch. Das Referat wird in dieser Ausgabe der roten blätter (Sonderteil) veröffentlicht.

Der Bundesvorstand verabschiedete die Genossen Karl Heinz Heinemann und Gunther Richey, die neue Aufgaben übernehmen, beziehungsweise studieren. Er wählte Christiane Reimann ins Sekretariat des Bundesvorstandes.

In einer Erklärung protestierte der Bundesvorstand entschieden gegen das Berufsverbot für Heiner Blasenbrey und forderte alle Studenten zur Solidarität auf.

Aus dem Studienbetrieb

Unter dieser Parole fordern die roten blätter alle Leser auf, in kurzen Meldungen über die Situation an ihren Universitätsorten zu berichten: Über verschärften Prüfungsdruck! Über unsinnige Prüfungsfragen! Überfüllte Seminare, die das Studieren unmöglich machen. Dabei geht es nicht so sehr um die großen Ereignisse, vielmehr um die kleinen Widrigkeiten im täglichen Studienbetrieb!

gast kommentar

Dies sei ein freies Land, und was sich hier abspielt, habe freie Marktwirtschaft zu heißen. Die das schreiben lassen, sind so frei, sich unterdessen eine Zeitung nach der anderen, eine Druckerei nach der anderen, einen Verlag nach dem anderen unter den Nagel zu reißen. Denn hier herrsche Presse- und Meinungsfreiheit. Schreiben kann man also alles. Die Frage ist nur, wo es veröffentlichten.

Dem gegenüber steht die Freiheit des Schriftstellers, sich auch einen Konzern zu kaufen. Oder die Freiheit zu verhungern. Oder auf den Bau zu gehen.

Die Freiheitshelden in den Cheftagen belieben nämlich wieder einmal, die ohnehin schon zusammengestrichenen Verlagsprogramme abermals zusammenzustreichen; entweder ersatzlos wie bei Fischer (Athenäum) oder um 50 Prozent wie bei Rowohlt (Das Neue Buch) oder Luchterhand (Sammlung Luchterhand). Programmkürzungen werden in allen Verlagen vorgenommen, auch im Funk (Einschränkung der Wortsendungen, Platz für die Produkte der Schallplattenindustrie) und natürlich in Zeitungen und im Fernsehen. „Verschlankung“ nennen das die Fetsäcke.

Nicht zufällig trifft es jene Reihen und Programme, die mit Fleiß als anstrengend denunziert wurden, als unpopulär, hochgestochen, kurzum, als wenig gewinntäglich, jene Reihen aus Prosa, Essays, Gedichten und Dokumentationen, jene Mixturen aus Neuerscheinungen und Wiederauflagen von Klassikern, mit deren Hilfe sich die bürgerliche oder auch nicht mehr bürgerliche Intelligenz dieses Landes untereinander austauscht, Neues ausprobiert, das Denken und Schreiben lernt.

Daß diese Denk- und Schreibversuche als hochgestochen und unpopulär gelten, kann die für die Kürzungen Verantwortlichen nach der Art, wie sie diese Reihen und Programme behandeln, nicht wundern. Sie haben seit langem den Lesern das Denken, Lesen und Schreiben mies gemacht. Und tatsächlich wundert sich auch niemand. Die Unwirtschaftlichkeit dieser Reihen und Programme wird sogar mit einer gewissen Befriedigung konstatiert. Sie waren zu links. Ihr Mißerfolg wurde planmäßig organisiert;



von Gerd Fuchs Über die Frei- heiten eines Schrift- stellers

jetzt kann man sagen, man habe nichts anderem als wirtschaftlicher Vernunft gehorcht. In Wirklichkeit muß es heißen: Ausdehnung des Lehr-, Schreib- und Theorieverbots, das marxistische Lehrer schon lange haben, auf die übrige fortschrittliche Intelligenz.

Besonders hart trifft das jene, die das vermeintlich Entbehrlichste herstellen, Romane, Erzählungen, Gedichte, Stücke, die Bühnentexte. Wieder einmal ist ihnen ihre Überflüssigkeit bezeichnet worden. Doch zeigen ihnen die verbesserten Sichtverhältnisse in Richtung sozialistische Länder, daß dies nicht überall so ist, daß das nur im freien Westen so ist, daß das mit jener Freiheit zusammenhängt, die mal in Korea, mal in Westberlin, mal in Vietnam, mal in Chile zu schützen war, einer Freiheit, die Millionen Schützlinge das Leben, ihnen, den Schriftstellern, die Existenz kostet.

Mit einem guten Manuskript dazustehen, das niemand haben will, und gleichzeitig die traumhaften Auflagen und Arbeitsbedingungen zu sehen, die Kollegen in den sozialistischen Ländern bekommen: das fördert zweifellos den politischen Realismus. Aber auch den literarischen.

Beides hängt zusammen. Die alte Forderung der Verlagsbosse, Auflagen zu machen, klingt den Schriftstellern inzwischen ganz anders in den Ohren, das halten sie für keine Schande mehr. Wenn sie an ihre Leser denken, dann sehen sie bereits nicht mehr einen Architekten im Schaukelstuhl vor sich oder eine Fachärztin für Röntgen-Diagnostik, sondern einen Kfz-Mechaniker oder eine Karstadt-Verkäuferin. Ihnen, den Leuten aus dem Volk, fühlen sich in ihrer Not immer mehr Schriftsteller auf eine neue Art verbunden, ihnen wollen sie auf einmal wieder etwas sagen, allerdings etwas sehr anderen, als die Promoter der Malpass oder Simmel meinen, daß sie sagen sollten. Die große, die Diskussion beherrschende Frage ist allerdings, wie man das macht. Für die Sensibilisten der zurückliegenden Saisons erwies sich das Volk als nicht sensibel genug. Das Volk hatte und hat, stur und unbeirrbar, einen Sensus einzig für realistische und realistisch geschriebene Bücher.

Was aber ist realistische Literatur, fragt jetzt Heinrich Vormweg, immer noch in die Betrachtung des Totenschädelns Emil Staligers versunken.

Es ist nicht unbillig anzunehmen, daß sich die Welt für Gabriele Henkel anders darstellt als für den Arbeiter, der ihr die Colliers erschuf. Für die Beschreibung der Welt der Gabriele Henkel hat Gabriele Henkel Peter Handke. In dessen Büchern ist, wie auf den Bildern, die sich Gabriele Henkel aufhängen läßt, wenig zu

erkennen. Das muß so sein. Die Tatsache, daß Tausende für das Nadelgeld einer einzigen Schufu müssen, darf darin nicht vorkommen. Sie ist für die Nadelgeldbezieher und Coupon-Schneider genauso geheimhaltungsbedürftig wie Ihre Bankkonten, Steuerschulden, Notstandspläne oder Anti-Streik-Manöver.

In dem neuesten (Unternehmer-) Stück von Peter Handke kann man einmal mehr sehen, wie sich dieses Geheimhaltungsbedürfnis in Peter Handkes Kopf im besonderen und in Unternehmerköpfen im allgemeinen umsetzt: als Unfähigkeit herauszukommen, was Wirklichkeit ist. Zweifel herrschen, ob es sie überhaupt gibt.

Anders bei Arbeitern. Sie müssen das Theater schließlich finanzieren. Wenn sie unverbesserliche Realisten sind, dann deshalb, weil sie täglich Realität produzieren, am Fließband, an der Drehbank, auf dem Bau.

Eine Literatur, eine Kunst, die diesen fundamentalen Punkt begrißen hat, ist realistisch, was immer sie sich an stilistischen Neuheiten auch einfallen lassen mag. Realismus in Literatur und Kunst ist deshalb nicht eine Literatur- und Kunstströmung unter anderen, sie ist die Weise, wie sich die Arbeitenden die von ihnen produzierte Realität ästhetisch aneignen, ist die Weise, wie sich die Arbeiterklasse die Wirklichkeit ästhetisch aneignet.

Daß sie sich den von ihr produzierten Reichtum materiell wie ästhetisch nur so weit aneignen darf, wie die herrschende Klasse glaubt, daß es gut für sie ist, also derart, daß es gerade dafür reicht, die nächste Schicht abzureißen, das ist eine Erfahrung, die immer mehr westdeutsche Schriftsteller am eigenen Leib zu machen beginnen. Sie, meist Kleinbürger von Herkunft, entdecken, daß sich ihre materiellen wie ideologischen Interessen prinzipiell nicht mehr von denen der Arbeiterklasse unterscheiden. Wäre das anders, sie könnten allerdings keinen Grund dafür angeben, warum sie sich mit ihrem Verband in der IG Druck und Papier organisiert haben, warum sie realistisch schreiben sollten. Wie lange sie sich noch über Wasser halten können, hängt dabei durchaus nicht von der Gnade einiger Konzernherren ab. Auch den Schriftstellern, den einstmalen Privilegierten, geht es inzwischen wie den Arbeitern: sie bekommen nur das, was sie sich erkämpfen. Ohne die Arbeiter als Bundesgenossen sieht es allerdings schlecht aus für sie in diesem Kampf.

Gerd Fuchs, geboren 1932, Studium der Germanistik und Anglistik, Redakteur bei „Welt“ und „Spiegel“. Heute freiberuflicher Schriftsteller in Hamburg. Zuletzt von ihm erschienen: „Behringer und die lange Wut“, autoren edition, 1973, 294 S., 18 DM (Besprechung in rb 16).

Aktion Preis-

Die 5. Tagung des Parteivorstandes der Deutschen Kommunistischen Partei rief die Bevölkerung zu einer „Aktion Preisstopp und Arbeitsplatzsicherung“. Mit einer bundesweiten Aktion ohne Beispiel will die DKP um einen Preisstopp kämpfen, um demokratische Preiskontrolle und um die Sicherung von Arbeitsplätzen durch die Stärkung der Massenkaufkraft. Über diese Fragen sprach Franz Hutzfeldt für die roten blätter mit dem stellvertretenden Vorsitzenden der DKP, Hermann Gautier.

rote blätter:

Genosse Hermann: Seit der 5. Tagung des Parteivorstandes Mitte Oktober propagierte die DKP die Aktion Preisstopp und Arbeitsplatzsicherung. Was ist das Neue an dieser Aktion? Sticht sie ab von der herkömmlichen Öffentlichkeitsarbeit der DKP, von Flugblattverteilung, Informationsstand und Zeitungsverkauf?

Hermann Gautier:

Natürlich, denn es geht nicht nur darum, die arbeitende Bevölkerung aufzuklären über die Ursachen der Preistreiberei und die Schuldigen an dieser Preisexplosion, sondern es geht darum, die arbeitende Bevölkerung in unserem Lande davon zu überzeugen, daß man selbst etwas tun muß, daß man aktiv werden muß, daß man in der Aktion die Schuldigen an dieser Entwicklung bekämpfen muß, daß man Druck ausüben muß auf die Herrschenden in unserem Lande, auf die Parlamente, auf die Regierenden in Bonn — aber auch in den Ländern, in den Städten und Gemeinden — mit einem Wort, daß die arbeitende Bevölkerung von uns zur Selbsttätigkeit im Kampf gegen die unerhörten Preistreibereien aufgefordert wird und daß wir eine möglichst umfassende Bewegung in der ganzen Bundesrepublik entwickeln.

Natürlich heißt das nicht, daß wir uns bisher nicht diesen Fragen zugewandt haben. Die DKP hat sich seit ihrer Existenz immer als eine aktive Interessenvertreterin für die arbeitende Bevölkerung erwiesen, sowohl für den Kampf um ihre täglichen Interessen, das heißt, um die Sicherung ihres Lebensstandards, um die Lösung der Probleme der Bildung, der Ausbildung, um die Fragen der demokratischen Rechte für die arbeitende Bevölkerung — aber auch um die Fragen der Zukunft. Wir sind die einzige sozialistische Partei in der Bundesrepublik und wir verschweigen nicht, daß wir

nach wie vor für gesellschaftliche Veränderungen in der Bundesrepublik eintreten, weil nur in einer neuen Gesellschaftsordnung, im Sozialismus, die Probleme für die arbeitende Bevölkerung endgültig gelöst werden können.

Ich möchte noch eine dritte Sache sagen: Unsere Partei hat sich in der Vergangenheit als eine erfolgreiche Kraft im Kampf um viele Interessen der arbeitenden Menschen erwiesen.

Jetzt kommt es darauf an — und das ist der Sinn dieser Aktion — daß wir uns in dieser Situation gerade den Fragen zuwenden, die die arbeitende Bevölkerung am meisten berühren. Das ist die inflationäre Entwicklung. Das ist die unerhörte Preistreiberei der Monopole und Konzerne. Das ist die wachsende Unsicherheit der Arbeitsplätze für die arbeitenden Menschen.

Wie wollen wir das machen?

rote blätter:

Du betonst, daß diese „Aktion Preisstopp und Arbeitsplatzsicherung“ ausgerichtet sein soll auf die Durchführung von Aktionen, daß ihr konkret Druck ausüben wollt auf die Herrschenden. Kannst du einmal an einem konkreten Beispiel entwickeln, wie diese „Aktion Preisstopp und Arbeitsplatzsicherung“ ganz konkret vor Ort, in einem Betrieb, in der Stadt verläuft?

Hermann Gautier:

Wir haben vor allem im Ruhrgebiet mit einer Reihe von Aktionen begonnen. Unsere Partei hat in Bottrop eine große Aktion durchgeführt mit dem Verkauf von Eiern, Kartoffeln und anderen Nahrungsmitteln, und zwar



Hermann Gautier (beim rb-Gespräch mit Franz Hutzfeldt): „... es wäre gar nicht so schlecht, wenn sich mit dem Namen der DKP der Gedanke verbinden würde: „Jetzt kommen die Preisstopper!““

als eine Demonstration dafür, daß Preise Wirklichkeit werden könnten, die den Bedürfnissen der arbeitenden Bevölkerung entsprechen, wenn man die Profite der Monopole beschneiden würde. Es ging in dieser Aktion nicht so sehr um den Verkauf der Nahrungsmittel selbst, sondern es ging darum, deutlich zu machen, wo die Verursacher der Preistreiberei in der Bundesrepublik sitzen. In dieser Aktion hat es zunächst von Seiten der Lebensmittelkonzerne große Proteste gegeben. Karstadt hat einen großen Protest angemeldet und wollte eine Klage gegen die DKP anstrengen. Inzwischen hat sich folgendes herausgestellt: Der Karstadt-Konzern hat anerkennen müssen, daß man gegen die DKP keine Klage einleiten kann, obwohl wir davor keine Furcht gehabt hätten, denn wir hätten vor Gericht nachweisen können, daß die Profite verantwortlich sind für die Preistreiberei in unserem Lande. Jetzt mußte der Karstadt-Konzern in Bottrop beispielweise die Eier-Preise um

6 Pfennig senken, und die Bevölkerung in Bottrop sagt: Das ist zurückzuführen auf die Aktivität der Deutschen Kommunistischen Partei.

Ich glaube, das ist ein Beispiel dafür, wie wir konkret vor Ort gegen die großen Konzerne den Kampf führen und wie wir auch Erfolge erreichen können.

rote blätter:

Wie haben sich denn die kleinen Händler verhalten?

Hermann Gautier:

Die kleinen und mittelständischen Unternehmen in Bottrop waren natürlich zunächst etwas unsicher, weil sie glaubten, daß diese Aktion sich auch gegen sie richten würde. Aber inzwischen haben sie erkannt, daß das nicht gegen sie gerichtet ist, weil sie ja im Grunde auch von den großen Monopolen ausbeutet werden. Sie machen ja nicht die Profite, sondern sie müssen ja die Großhandelsspannen, die unerhörten Steuerbelastungen, die auf ihnen liegen, diese Belastungen wieder

stopp und Arbeitsplatz- sicherung



rb-Gespräch mit Hermann Gautier, dem stellvertretenden Parteivorsitzenden der DKP

abwälzen auf die Verbraucherpreise und deshalb spüren sie auch — und das hat sich in Bottrop ganz besonders jetzt herausgestellt — daß ihnen diese Aktionen letztlich nützen, sie mit diesen Aktionen sympathisieren und sie vielleicht auch in absehbarer Zeit mit uns gemeinsam gegen die großen Konzerne, gegen ihre Profitsucht den Kampf aufnehmen werden.

rote blätter:

Diese Aktion in Bottrop ist in erster Linie von Mitgliedern der DKP getragen? Wird die DKP Möglichkeiten schaffen, daß sich politisch noch nicht festgelegte, interessierte oder auch ganz einfach empörte Bürger an den Aktionen der DKP beteiligen können?

Hermann Gautier:

Wir wollen, daß sich in den Städten und Gemeinden, in den Ländern — in der gesamten Bundesrepublik — Bürgerinitiativen entwickeln, in denen Kommunisten,

Sozialdemokraten, Christen, in denen Arbeiter, Angestellte, Beamte, Mittelständler und Bauern zusammenarbeiten, um gemeinsam den Kampf gegen die Preistreiberei in unserem Lande, für demokratische Kontrolle zu führen. Wir verstehen unter demokratischer Kontrolle, daß sich die Gewerkschaften, daß sich die Verbraucherorganisationen, daß sich die Organisationen der arbeitenden Bevölkerung an einer solchen Kontrolle, an einer solchen de-

suchen und wir glauben auch, daß uns das in den nächsten Wochen und Monaten gelingen wird.

Ich will ein Beispiel anführen: Wenn man die Entwicklung der Erzeugerpreise und der Verbraucherpreise gegenüberstellt, beispielsweise in bezug auf Nahrungsmittel, dann sind die Erzeugerpreise für die Bauern heute niedriger als vor Jahren, aber die Verbraucherpreise sind in den letzten Jahren unerhört angestiegen. Das zeigt schon, daß nicht die Bauern die Verursacher der Preistreiberei für die Verbraucherpreise sind, sondern daß es die Monopole und der Großhandel sind, die die Verbraucherpreise in die Höhe treiben. Deshalb werden wir auch nach Mitteln und Wegen suchen, um die Bauern und den Mittelstand und alle die, die vom Monopolkapital ausgeplündert werden, gemeinsam mit den Arbeitern und Angestellten, gemeinsam mit unserer Partei in unsere Aktion einzuführen.

Preisstopp im Kapitalismus durchsetzbar?

mokratischen Kontrolle der Preise beteiligen. Insofern werden wir also alle Schichten, die vom Monopolkapital ausgebeutet sind, an dieser Aktion zu beteiligen ver-

rote blätter:

In diesem Zusammenhang wird immer wieder die Frage gestellt, ob das Ziel, das sich die DKP hier gesetzt hat, überhaupt realistisch ist. Kann man einen Preisstopp im Kapitalismus überhaupt durchsetzen? Kann man also die Gefahren, die für das Volk aus der Krise erwachsen, überhaupt abwehren?

Hermann Gautier:

Ja, wir halten diesen Kampf für Preisstopp durch demokratische Kontrolle für realistisch. Natürlich kann man den Preisstopp und die Durchsetzung einer demokratischen Kontrolle nicht von den Herrschenden in unserem Lande erwarten. Wir sind weit von der Illusion entfernt zu glauben, daß man durch einfache Agitation, durch Verkündung von Forderungen allein die Herrschenden und Regierenden in unserem Lande zwingen könnte, ein Gesetz — beispielsweise über den Preisstopp — zu erlassen, oder die

Preise zu stoppen oder gar zu senken. Wir wissen, daß dies nur möglich ist, wenn es eine breite demokratische Bewegung in unserem Volk und wenn es vielfältige Aktionen gibt, von der Unterschriftensammlung bis hin zu Demonstrationen vor den Konzern-Zentralen und vor den Parlamenten, wenn es Initiativen an die Stadträte, an die Landtage, an den Bundestag geben wird, so daß die Herrschenden in unserem Lande auf allen Ebenen von der Bevölkerung im außerparlamentarischen Kampf unter Druck gesetzt werden. Natürlich wissen wir, daß die Probleme in diesem Lande nicht endgültig durch eine solche Aktion gelöst werden können. Selbstverständlich ist und bleibt das Profitstreben der Herrschenden unseres Landes das Entwicklungsgesetz dieser Gesellschaftsordnung. Darum werden wir auch weiter in dieser Aktion darum ringen, der arbeitenden Bevölkerung deutlich zu machen, daß wir eine neue Gesellschaftsordnung brauchen. Aber jetzt geht es im Augenblick darum, diese unmittelbaren Forderungen durchzusetzen, weil wir davon ausgehen, daß die Menschen in unserem Lande wollen, daß die Lasten dieses Systems nicht auf die Schultern der arbeitenden Menschen abgewälzt werden.

rote blätter:
Nun betont gerade das Referat der 5. Parteivorstandstagung, daß wir zur Zeit nicht nur eine zyklische Überproduktionskrise in wichtigen Industriezweigen erleben, sondern vielmehr eine Verschärfung der allgemeinen Krise des Kapitalismus. Ist die DKP jetzt mit ihrer Aktion jetzt sozusagen an das Krankenbett des Kapitalismus getreten, um ihn wieder zu sanieren?

DKP am Krankenbett des Kapitals?

Nein, wir sind natürlich nicht ans Krankenbett des Kapitalismus getreten, um den Kapitalismus zu sanieren. Wir bekämpfen diesen Kapitalismus nach wie vor als eine Gesellschaftsordnung, die der Mehrheit unserer Bevölke-



VW-Chef Leiding plant VW-Fabriken in den USA. Hermann Gautier dazu: „In den ersten 6 Monaten 74 verwandten die Konzerne allein 5 Milliarden für den Kapitalexport.“ Das beweist: Die Mittel für Investitionen sind da!

rung — den Arbeitern, Angestellten, Beamten, der werktätigen Bevölkerung — feindlich ist. Und darum werden wir darum ringen, daß diese Gesellschaftsordnung durch eine bessere ersetzt wird. Aber wir wollen nicht warten, bis diese Gesellschaftsordnung durchgesetzt ist. Wir können die Arbeiter und Angestellten, wir können die werktätigen Menschen unseres Landes nicht auf einen fernen Tag vertrösten. Es geht darum, daß man hier und heute etwas tut, um das Leben der arbeitenden Menschen zu verbessern, um die größten Sorgen, die sie gegenwärtig haben, abzuwehren. Und die größten Sorgen, die die Bevölkerung unseres Landes gegenwärtig hat, ist die unerhörte Freistreberei, das ist die Unsicherheit der Arbeitsplätze.

rote blätter:
Das Referat der 5. Parteivorstandstagung entwickelt, daß ein Hebel für die Sicherung der Arbeitsplätze eine aktive Lohnpolitik ist. Nun behaupten bürgerliche Ökonomen immer wieder, daß weitere Lohnheröhungen die Arbeitsplätze gefährden, weil dann der Wirtschaft die Investitionsmittel fehlen, die zur Belebung der Wirtschaft und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze notwendig sind.

Hermann Gautier:
Ja, das ist das alte Argument der Herrschenden, daß angeblich in unserem Land die Löhne die Preise treiben.

Wenn man heute mit dem Argument kommt, die Unternehmen müßten größere Gewinne machen, um zu investieren, dann glaube ich, muß man einmal auf zwei Dinge verweisen: Erstens, in den Bereichen, in denen gegenwärtig die größten Krisenerschei-



DKP
STOPPT PREISE!
Nahrungsmittel zu Erzeugerpreisen!
wir verkaufen:
10 frische Eier

Nahrungsmittel zu Erzeugerpriisen.
Wir verkaufen: 10 frische Eier.

**Nahrungsmittel
Wir verkaufen**



**Zum Eigner Markt
in Bottrop**

**Mit diesen Flugblättern warb die
DKP Bottrop für ihre Aktion.**



nungen stattfinden, d. h. bei-spielsweise bei der Automobil-industrie und beim Bau, sieht es doch so aus: dort werden laufend Arbeiter entlassen, dort sind die Arbeitsplätze am meisten gefährdet. Wenn man also dort die Arbeitsplätze sichern will, dann liegt es doch nicht daran, daß man zuwenig investiert, sondern es liegen ja Produktionsmittel brach. Die Produktionsmittel, die Kapazitäten dieser Industriezweige sind ja gar nicht ausge-

Mit einer einstweiligen Verfügung versuchte der Thyssen-Aufsichtsratsvorsitzende Sohl, die Verbreitung dieses DKP-Plakates zu verhindern. In veränderter Form ist der Steckbrief als Poster für 3,- DM zu beziehen bei: DKP Ruhr-Westfalen, 43 Essen, Hoffnungstraße 18.



Links: Die DKP-Ratsmitglieder Heinz Cymek (Bildmitte links) und Clemens Kraienhorst (rechts) beim Eierverkauf in Bottrop.



Junge Arbeitslose gehören heute zum Bild der Arbeitsämter.

nutzt. Man redet beispielsweise gegenwärtig davon, daß in der Bauindustrie eine Strukturveränderung notwendig sei. Das heißt, man muß das Bauwesen einschränken. Obwohl wir es in der Bundesrepublik damit zu tun haben, daß es an allen Ecken und Enden, sowohl im Wohnungsbau als auch im Schul-, Kindergarten- und Krankenhausbau usw. große Lücken gibt. Aber, das Problem besteht doch darin, daß man auf Kosten der Profite die Preise senken muß, und nicht auf Kosten der Löhne. Denn ein entscheidendes Merkmal für die gegenwärtige Situation besteht doch darin: Die Krise in der Bundesrepublik, die Unsicherheit der Arbeitsplätze röhrt ja vor allem her aus der verringerten Inlandsnachfrage. Das heißt, wenn man in der Bundesrepublik etwas verändern will, dann muß die Nach-

frage der arbeitenden Bevölkerung höher sein, dann muß das Masseneinkommen erhöht werden, dann müssen die Arbeiter mehr kaufen können. Dann kann man in den Industriezweigen, die heute vor allem unter dieser kapitalistischen Krise zu leiden haben, die Probleme mindestens mildern, ohne sie ganz zu lösen. Und ein zweites Argument: Es wird davon geredet, daß die Gewinne der Unternehmer steigen müßten, damit sie investieren könnten.

Ich will nur einmal eine Sache anführen, die sehr interessant ist: Wenn man davon redet, daß die Unternehmer mehr Gewinne machen müßten, um mehr investieren zu können, dann darf man mal daran erinnern, daß die Konzerne in den ersten sechs Monaten des Jahres 1974 allein 5 Milliarden DM für den Kapitalexport verwandten. Das heißt, sie investieren ja, nur nicht in der Bundesrepublik, sondern in solchen Ländern, wo die Löhne der Arbeiter niedrig und billig sind und die Profite der Unternehmer noch gewaltiger und größer werden.

Und die Ursache unbefriedigender Tarifergebnisse?

Das heißt, wenn die Unternehmer investieren wollen, dann brauchen sie keine höheren Gewinne, sondern dann müssen sie die Gewinne, die sie machen, nicht in den Ländern anlegen, wo sie billig arbeiten und höhere Profite machen, sondern dann müssen sie die Gewinne in der Bundesrepublik anlegen, um hier die Probleme wieder in Ordnung zu bringen.

Das ist im Grunde genommen schon ein Beweis dafür, daß es hinten und vorne nicht stimmt, wenn man behauptet, die Löhne treiben die Preise oder die Löhne machen die Arbeitsplätze unsicher. Die Unsicherheit der Arbeitsplätze und die Preistreiberei haben ganz offensichtlich ihre Ursache in der Profitmacherei der Konzerne — und das ist ja der Wesensgehalt der Gesellschafts-

ordnung, mit der wir es zu tun haben.

rote blätter:

Wie muß man in diesem Zusammenhang die Ergebnisse der letzten Tarifrunde einschätzen?

Hermann Gautier:

Die Tatsache, daß die Stahlindustrie in diesem Jahr so unerhörte Profite gemacht hat, die Tatsache daß die Produktionsergebnisse der Stahlindustrie mit weniger Arbeitern viel höher sind als in den vergangenen Jahren, zeigt, daß die großen Stahlkonzerne unerhörte Gewinne gemacht haben. Es liegt ja auf der Hand, wenn man mit 10 Prozent weniger Arbeitern 10 Prozent mehr Produktion erzielt, daß der Lohnkostenanteil an den allgemeinen Kosten nicht steigt, sondern sinkt, pro Produkt das man herstellt. Und das ist in der Tat typisch für die ganze Gesellschaftsordnung. Denn es ist ganz klar, durch die Rationalisierungsmethoden braucht man weniger Arbeiter, man erzeugt mehr, und trotzdem steigen die Preise. Das heißt, sie steigen nicht etwa, weil die Lohnkosten teurer werden, sondern die Lohnkosten werden niedriger und trotzdem werden die Preise in der Stahlindustrie um 25 Prozent erhöht.

Das heißt, die Unternehmer können aus den Gewinnen, die sie gemacht haben, die von den Stahlarbeitern geforderten 14 Prozent Lohnerhöhung zahlen. Jetzt ist das Lohnabkommen abgeschlossen worden, und nach unserer Auffassung ist dieses Lohnabkommen völlig unzureichend.

Das zweite, was man hierzu sagen muß, ist, daß durch diese unzureichende Lohnerhöhung nicht etwa die Reallöhne erhöht werden, sondern wenn man die Preistreiberei, wenn man die auf die arbeitende Bevölkerung zukommenden weiteren Belastungen im nächsten Jahr berücksichtigt, die Massenkaufkraft nicht gehoben, sondern weiter gesenkt wird, und damit auch die Arbeitsplätze in weiten Bereichen unsicherer werden. Ich darf nur daran erinnern, daß ja bereits angekündigt wurde, daß im nächsten Jahr beispielsweise die Sozialversicherungsbeiträge erhöht werden, in den Gemeinden und Städten — überall wird die Erhöhung der Preise für den öffentlichen Nahverkehr, für Strom, Gas, Wasser, Müllabfuhr usw. vorbereitet, so daß man sich heute schon ausrechnen kann, daß die Belastungen für die arbeitende Bevölkerung immer höher werden.

In diesem Zusammenhang ist es auch nützlich, noch einmal darauf hinzuweisen, daß das Argument, die Arbeiter hätten durch die Steuerreform einige Vorteile erreicht, nicht stimmt. Wir haben bei der Steuerreform damals erklärt, daß zwar in dieser Reform geringe Vorteile für die Arbeiter und Angestellten und für andere arbeitende Bevölkerungsschichten



TAGESZEITUNG

Ich bestelle die
UZ — UNSERE ZEIT —
als TAGESZEITUNG
für mindestens 3 Monate
(Abonnementpreis:
monatlich DM 7,-)

Plambeck & Co
Druck und Verlag GmbH
— Vertriebsabteilung —
404 Neuss/Rhld., Kantener Straße 7
Telefon 02101 / 57081 — 88

enthalten sind, aber diese Vorteile werden durch die Preistreiberei, durch Tarif- und Gebührenerhöhungen, die im nächsten Jahr anstehen, mehr als rückgängig gemacht. Die Belastungen werden also weiter steigen, auch wenn bei der Steuerreform hier oder dort geringe Vorteile für die Arbeiter herausgekommen sind. Deshalb halten wir solche Lohnabschlüsse, wie jetzt in der Stahlindustrie, für völlig unzureichend und auch nicht den Möglichkeiten angemessen, weil die Unternehmer in Wirklichkeit solch hohe Gewinne gemacht haben, daß aus diesen Gewinnen höhere Löhne gezahlt werden können.

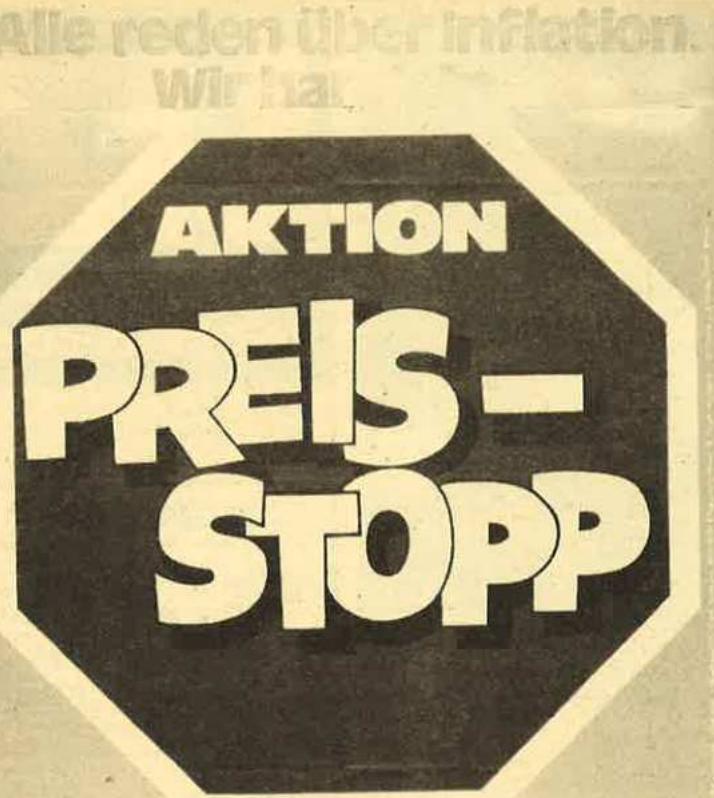
Das heißt, Lohnerhöhungen müssen nicht dazu führen, daß die Preise erhöht werden, sondern die Unternehmer können aus ihren Profiten die von den Arbeitern mit Recht geforderten Lohnerhöhungen zahlen.

rote blätter:

Trotz dieser enormen Profite im Stahlbereich ist ja, wie du selber sagst, das Ergebnis sehr unbefriedigend. Wo liegen dafür die Ursachen?

Hermann Gautier:

Ich glaube, die Hauptursache liegt darin, daß die Forderungen der Arbeiter der Stahlindustrie und vielleicht morgen oder übermorgen



Kaufkraft raus!
Profite runter!
Preiskontrolle!

Die Aktion Preisstopp der DKP ist keine Aktion, die nur von Parteimitgliedern getragen wird. Hermann Gautier: „Wir wollen, daß sich in den Städten und Gemeinden Bürgerinitiativen entwickeln, in denen Kommunisten, Sozialdemokraten, Christen, in denen Arbeiter, Angestellte, Beamte, Mittelständler und Bauern zusammenarbeiten...“

gen auch in anderen Industriezweigen deshalb nicht durchgesetzt oder nicht voll durchgesetzt werden, weil ein Teil der Gewerkschaftsführung offensichtlich, trotz gegenteiliger Erklärungen, sich an die von der Konzertierten Aktion ausgegebenen Lohnleitlinien hält. Wir haben deutlich gemacht, daß die Gewerkschaften sich nicht an diese Konzertierte Aktion binden dürfen und es hat ja auf den Gewerkschaftstagen der letzten Monate, sowohl auf dem Verbandstag der IG Metall, auf dem Verbandstag von IG Druck und Papier als auch auf den anderen Verbandstagen sehr viele Diskussionen über die Frage gegeben, ob die Gewerkschaften überhaupt noch an der Konzertierten Aktion teilnehmen sollen. Es ist außergewöhnlich bedauerlich, daß trotz gegenteiliger Erklärungen von Vetter und anderen Gewerkschaftsführern, daß sie sich nicht an die von der Konzertierten Aktion ausgegebenen Lohnleitlinien halten würden, in der Tat doch herauskommt, daß sie sich diesen Lohnleitlinien unterord-

nen. Das hängt offensichtlich damit zusammen, daß eine Reihe von Gewerkschaftsführern glaubt, man müsse die gegenwärtige Regierungskoalition aus SPD und FDP unterstützen, um sie gegen den Angriff der rechten Kräfte zu verteidigen. Wir halten das für falsch.

Man kann den Angriffen der Rechtskräfte, der CDU/CSU, nur entgegentreten, wenn man die berechtigten Forderungen der arbeitenden Bevölkerung erfüllt. Das gilt auch für die Erhöhung der Reallöhne. Deshalb müssen die Forderungen der Arbeiter und Angestellten nach Lohnerhöhungen durchgesetzt werden, die deutlich über 10 Prozent liegen. Jede Lohnerhöhung darunter führt nicht zur Erhöhung, sondern zur weiteren Senkung der Reallöhne. Und damit wird die Lage der arbeitenden Bevölkerung weiter verschlechtert.

rote blätter:

Die DKP hat den Entwurf eines Preisstopp-Gesetzes vorgelegt. Wie wird damit gearbeitet werden? Und wie soll er in die Parlamente gebracht werden?

Hermann Gautier:

Wir wollen selbstverständlich dieses Preisstopp-Gesetz in die Parlamente, vor allem in den Bundestag einbringen. Aber da wir keine parlamentarische Fraktion im Bundestag haben, können wir es nur über andere Fraktionen einbringen. Und das wird voraussetzen, daß wir eine breite Bewegung der arbeitenden Bevölkerung in der Bundesrepublik bekommen. Wir stellen uns die Sache so vor, daß wir für die Verabschiedung eines solchen Gesetzes breite Aktionen von der Unterschriftensammlung über kleine und größere Schilder-Demonstrationen, über Foren, über Diskussionsveranstaltungen usw. die Bevölkerung mobilisieren, und wir hoffen, daß es Vertreter der Sozialdemokratischen Partei, vielleicht auch der Freien Demokratischen Partei geben wird, Abgeordnete in den Landtagen und vielleicht auch im Bundestag, die dann mit dem Druck aus der Bevölkerung, mit Tausenden und Abertausenden von Unterschriften versehen, einen solchen Gesetzentwurf evtl. auch ihrer Fraktion zur Diskussion vorlegen werden. Wir wollen — mit einem Wort gesagt — keine Illusionen wecken damit, daß ein solches Preisstopp-Gesetz sich sozusagen im Selbstauf im Bundestag durchsetzen könnte, sondern wir wollen es benutzen als ein Mittel für eine große Massenaktion.

Kampf um Frieden und Demokratie in der nächsten Zeit eine geringere Bedeutung beimessen. Wir werden weiter darum ringen, daß die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa bald erfolgreich abgeschlossen, daß die Verträge der Bundesrepublik mit den sozialistischen Staaten mit Leben erfüllt werden. Die Verbesserung der wirtschaftlichen Beziehungen, der Abschluß von Wirtschaftsverträgen, wie er jetzt zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik erfolgt ist, steht auch im unmittelbaren Zusammenhang mit der Aktion Preisstopp und Arbeitsplatzsicherung. Der Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen zum stabilen sozialistischen Markt wird dazu beitragen, daß in einigen Bereichen der Industrie Arbeitsplätze sicher gemacht werden können.

rote blätter:

Erhofft sich die DKP von ihrer Aktion Preisstopp auch bessere Ergebnisse in den Landtags- und den Bundestagswahlen?

Hermann Gautier:

Selbstverständlich glauben wir, daß diese Aktion, die auf die Sicherung unmittelbarer Interessen der arbeitenden Bevölkerung gerichtet ist, auch dazu beiträgt, daß das Bewußtsein in der Bevölkerung wächst, daß man die DKP nicht nur im außerparlamentarischen Raum braucht.

Wir sind davon überzeugt, daß sich mehr und mehr durchsetzen wird, daß auch Kommunisten in die Parlamente der Bundesrepublik — von den Gemeinden über die Länder bis in den Bundestag hineingehören, um die Interessen der arbeitenden Bevölkerung zu vertreten. Die Tatsache, daß in solchen Städten wie Marburg, wo jetzt die DKP mit 9 Prozent der Stimmen bei der Gemeinderatswahl im Parlament vertreten ist, beweist ja, daß dort, wo Kommunisten bereits im Parlament arbeiten, auch deutlich wird, welche Bedeutung sie für die Interessen der Arbeiter und Angestellten, der werktätigen Bevölkerung überhaupt, haben. Sonst wäre es ja nicht zu verstehen, daß dort die Stimmenzahl fast verdoppelt werden konnte. Das wird sich auch in vielen anderen Städten und Gemeinden erweisen. In Hessen hat es sich ja auch an anderen Stellen gezeigt. Wir sind davon überzeugt, daß die ganze Aktion Preisstopp und Arbeitsplatzsicherung auch das Bewußtsein der Bevölkerung stärken wird, daß man für die parlamentarische Stärkung der DKP ebenso kämpfen muß, wie für die Stärkung der DKP insgesamt. Denn wir gehen nach wie vor davon aus, alles in unserem Land hängt davon ab, daß man eine starke DKP braucht.

rote blätter:

Genosse Gautier, wir danken dir für das Gespräch.

Wie bringt man 700 000 Studenten, die mit ihrer sozialen Lage und der Studienmisere unzufrieden sind, zum Schweigen? Mit dieser Frage schlagen sich die Herrschenden seit einigen Jahren herum. Genau seit dem Zeitpunkt, wo es den fortschrittenlichen Studenten gelungen ist, rechte Mehrheiten in Studentenparlamenten zu brechen und linke ASten zu wählen.

Seit die ASten darangehen, den demokratischen Massenkampf für die eigenen Interessen zu organisieren, seit sie diesen Kampf in das Bündnis mit der Arbeiterbewegung unseres Landes führen, kreisen die Gedanken der Bundes- und Landesregierungen um die Frage, wie diese Entwicklung zu stoppen sei. Ihre Sorge ist nicht unberechtigt, denn die ASten, der vds richten diesen Kampf mit den Gewerkschaften zunehmend auf den gemeinsamen Gegner, die Großkonzerne und die konzernförmige Regierungspolitik aus. Es ist also Klassenpolitik, wenn jetzt die Interessenorgane (ASten und Fachschaften) wie in Bayern zerschlagen, oder wie in den anderen Bundesländern zumindest politisch kastriert werden sollen. Aus den ASten sollen, wenn überhaupt, lammfromme Nachbeter der Regierungspolitik werden.

Man schafft sich Hilfstruppen: Vor Jahren noch organisierte der RCDS mit dem alten vds Feiern zum 17. Juni, mißbrauchte er ASten und vds als antikommunistische Kalte-Kriegs-Sprachrohre. Kein Wunder, daß damals die Geldquellen der Bundesregierung für den vds noch reichlich flossen. Damals war von Verbot des allgemein-politischen Mandats für ASten

und vds noch keine Rede. Der selbe RCDS, der jetzt nur noch in wenigen ASten vertreten ist, betreibt auch heute das Geschäft der herrschenden Klasse, indem er alles versucht, den ASten heute durch Gerichtsurteile das Recht zu gesellschaftspolitischen Stellungnahmen zu nehmen und den vds finanziell totzuklagen. Die Herrschenden haben es immer verstanden, die Justiz einzusetzen, um ihre Klassenpolitik abzusichern. Auch heute können uns „objektive“ Gerichtsurteile nicht darüber hinwegtäuschen, daß es um Klassenfragen geht.

Für die Herrschenden ist es ein unerträglicher Zustand, daß die Studenten ihren Interessenkampf immer stärker ausrichten gegen den gemeinsamen Gegner von Arbeitern und Studenten, die Profithäle in den Konzernetagen und eine Regierungspolitik, die von Arbeitern und Studenten Konsumverzicht fordert und gleichzeitig den Konzernen Milliarden in den maroden Hintern stopft. Helmut Schmidt kann uns nicht weismachen, daß man der Krise begegnet, indem man die wahre Krisenursache verschärft, nämlich der hemmungslosen Profitsucht des Kapitals neues Futter gibt. Die Alternative heißt nicht: Lohnverzicht und Investitionsspritzen oder Inflation, sondern Hebung der Massenkaufkraft, das heißt Preisstopp und Profitheschniedigung oder Krisenverschärfung und Trauminflationsraten.

Für uns gibt es nicht die Gleichung von Minister Rohde: Mehr Geld für Unis und Studenten = höhere Belastung für den steuerzahllenden Arbeiter. Für uns heißt die Gleichung: Die Priori-

täten in Bundes- und Landeshaushalten ändern (Kürzung des Kriegsets, Streichung der Milliarden für die Faschistenfreunde der Konrad-Adenauer-Stiftung) = kein NO, ausreichend Geld für Studenten und Entlastung der Arbeiterfamilien.

Wir wollen unsere Lage ändern; dazu brauchen wir starke ASten, einen starken vds, denn allein und vereinzelt bewegen wir keinen Deut. Hätten wir die 80 DM mehr BAFÖG erkämpft, wenn nicht der vds und die ASten die große Sternmarschbewegung im Januar organisiert hätten? Und wir brauchen das politische Mandat unserer Interessenvertretungsorgane. Klar, daß hier die Herrschenden am lautesten schreien, daß sie über Gerichtsurteile, Geldentzug, Maulkorb-Hausordnungen und Gesetze das Recht liquidieren wollen. Denn ohne das Recht, die Inflationsmacher beim Namen zu nennen, ohne das Recht, unsere antimonopolistischen Finanzierungsfordernisse mit den Arbeitern auf den Tisch zu legen, ohne das Recht aufzuzeigen, daß es das gleiche korrupte imperialistische System ist, das Chiles Boden mit dem Blut der Arbeiter tränkt und bei uns die Arbeiter und Studenten immer mehr auspreßt, für Demokraten Berufsverbote verhängt, ohne dies Recht hätten die Herrschenden längst gewonnen. Nur mit dem Recht zu hochschulpolitischen Stellungnahmen könnten wir keines unserer Probleme lösen. Denn die Studienmisere und die soziale Demontage haben gesellschaftliche Ursachen, die Macht des Großkapitals. Und nur im Bündnis mit den Arbeitern gegen diese gesellschaftlichen Ursachen kann die Arbeit

der ASten und des vds erfolgreich sein. Ein rein hochschulpolitisches Mandat würde die Grundlage unserer erfolgreichen Politik untergraben. Kein Arbeiter würde unsere berechtigten Forderungen verstehen, die Regierung könnte uns wirklich gegen die Arbeiter ausspielen, wie sie es heute schon überall versucht, wir würden nichts mehr durchsetzen. Dem sehen wir nicht tatenlos zu: vds und svi haben beschlossen, eine bundesweite Urabstimmung aller Studenten der BRD zu organisieren für die Verfaßte Studentenschaft mit allen ihren Rechten, besonders dem politischen Mandat, damit wir unsere Interessen gemeinsam mit den Arbeitern und ihren Gewerkschaften durchsetzen können, und nicht in die gesellschaftliche Isolation geraten. Zugleich stimmen wir ab über einen einheitlichen, starken demokratischen Dachverband, in dem alle Studenten der BRD organisiert sind und lernen damit aus der Erfahrung der Arbeiterbewegung, daß gegen die organisierte Macht der Großkonzerne nur eine einheitliche antimonopolistische Interessenvertretung Erfolg erringen kann. Diese Urabstimmung muß die Herrschenden mit der einheitlichen Front aller Studenten, der Mehrheit der Hochschullehrer und der Gewerkschaften, die sich eindeutig für die Verfaßte Studentenschaft mit allen Rechten ausgesprochen haben, konfrontieren. Für den RCDS, die SLH und die anderen rechten Studentengruppen steht die Gretchenfrage: Für oder gegen eigenständige Organe mit dem Recht zu gesellschaftspolitischen Stellungnahmen, für oder gegen die Interessen der Studenten. Wir werden die Pläne der Herrschenden durchkreuzen können, wenn wir jetzt die ASten, den vds durch unsere eigene organisierte Mitarbeit für die Durchsetzung der brennendsten sozialen und politischen Forderungen wirklich stark machen. Denn das wollen die Bosse und ihre Regierungen ja gerade verhindern: Daß die Studenten ihre Geschicklichkeit in die Hand nehmen, daß wir durch unser organisiertes Handeln unsere Interessenorgane stark machen, daß wir durch unseren gemeinsamen Kampf mit den Gewerkschaften reale Erfolge gegen die geballte Konzernmacht und die politische Reaktion erzielen. Wenn wir das erreichen, wird der Versuch, 700 000 Studenten zum Schweigen zu bringen, damit enden, daß 700 000 Studenten und die Gewerkschaften die Totengräber der Verfaßten Studentenschaft zum Schweigen bringen.

Vor der Urabstimmung über verfaßte Studentenschaft

von Andreas Mölich

Andreas Mölich, Mitglied des Sekretariates des Bundesvorstandes

Zwischenbilanz

„Wir sind von Kopf bis Fuß auf mehr BAFÖG eingestellt, auch die Studenten brauchen Geld, und zwar ganz fix!

Wir müssen da was machen, der Rau, der stellt sich stur, wir vermasseln ihm die Tour, sonst tut sich gar nichts.“

Mit Variationen im Namen des Kultusministers könnte dieses Lied vom NRW-Sternmarsch in der ganzen Bundesrepublik gesungen werden. Überall in unserem Land führen die Studenten zu Beginn dieses Wintersemesters Sozialkämpfe, weil ihre Lage einfach nicht mehr tragbar ist. Angesichts der Betroffenheit der Studenten von der Preistreiberei der großen Monopole, den unzureichenden BAFÖG-Sätzen, der 80-Prozent-Kürzung der Ferienjobs, der Reduzierung der BAFÖG-Empfänger sind die je konkreten Anlässe zum Sozialkampf an den verschiedenen Hochschulen nur noch der Tropfen, der das Faß studentischen Unmuts zum Überlaufen bringt.

In NRW begann das neue Studentenwerksgesetz, das nach dem sog. Kostendeckungsprinzip ausgerichtet ist, im Sommersemester bereits seine Auswirkungen zu zeitigen. Wohnheimmieter machten Sprünge von 50 Prozent in die Höhe, Kindergartenplätze fielen dem Rotstift zum Opfer, Mensaessenspreise zogen an... In einer Urabstimmung sprachen sich über 90 Prozent der beteiligten Studenten für eine Verweigerung der erhöhten Sozialgebühren aus. In Marburg bildete ebenfalls die Erhöhung der Sozialgebühren den auslösenden Faktor der Verweigerungsbewegung. Die Erhöhung um über 20 DM war hier besonders prekär, als es sich um die Rücknahme der Erfolge, die die Studenten im Sommersemester 1973 erzielt hatten, handelte.

Einschnitte im Kampf der Marburger Studenten waren:

• Der ASTA sammelte die schriftlichen Rückmeldungen der verweigernden Studenten und über gab sie dem Präsidenten. Fast 4000 Studenten verweigerten die erhöhten Sozialgebühren!

— Der Präsident ging mit äußerster Härte gegen die verweigerten Studenten vor: Ihnen wurden keine Krankenscheine ausgestellt, keine Immatrikulationsbescheinigungen, gezielte Falschmeldungen über die angebliche Exmatrikulation der 4000 wurden von der Unispitze verbreitet.

• Die Studenten berichten auf Vollversammlungen über die Kampfesschritte. Mit einer eindrucksvollen Demonstration, rollenden Streiken an den Fachbereichen, Flugblattaktionen in der Bevölkerung, Aktionen zur Gewinnung der Solidarität der Erstsemester, Aktionsberatungen an den Fachberichten stärkten sie

ihre Front. Die inzwischen bereits traditionsreiche vom ASTA herausgegebene „Streikpresse“ wirkte als Organisator im Kampf der Marburger Studenten.

• Aufgrund der wildentschlossenen Haltung der Landesregierung, in Marburg keinen Zentimeter vor den Studenten mehr zurückzuweichen, beschloß die Studentenvollversammlung am 30. 10. den Abbruch der Verweigerung, um mit anderen Mitteln den Kampf gegen die Verschlechterung der sozialen Lage und um die Erhöhung von BAFÖG auf 600 DM, des Elternfreibetrags auf 1200 DM zu führen.

• In dem geschlossenen und einmütigen Abbruch der Verweigerung zeigte sich der gestiegene Realismus der Marburger Studenten in der Einschätzung der Erfolgsbedingungen. Massenaktionen zur Durchsetzung der alten Beitragshöhe gab es auch dieses Mal; eine Überschätzung der eigenen Kräfte und eine dementsprechende Enttäuschung beim Ausbleib des unmittelbaren Erfolges wie im Sommersemester 1973 gab es nicht.

In NRW beteiligten sich die Studenten, die sich für eine Verweigerung ausgesprochen hatten, zum großen Teil auch an der tatsächlichen Verweigerung. Die Bewegung konnte allerdings über die Semesterferien nicht verbreitert werden. Darüber hinaus machte eine mangelnde Organisierung der verweigernden Studenten zu Beginn des Wintersemesters den Abbruch der Verweigerung notwendig. Jetzt kam es darauf an, in Überwindung der Schwächen der Verweigerungsbewegung sie gleichzeitig unter Berücksichtigung örtlicher Brennpunkte der Auseinandersetzung fortzuführen.

Erste Erfahrungen aus den Sozialkämpfen in NRW und Marburg



10 000 Studenten beteiligten sich am Sternmarsch am 7. 11. 1974.

Wie das gelang, zeigt der Sternmarsch der 10 000 NRW-Studenten am 7. 11.

Fragen wir, was den Sozialkämpfen gemeinsam war und welche Schlüssefolgerungen wir für die Fortsetzung des Sozial- und vor allem BAFÖG-Kampfes zu ziehen haben:

Erstens: Die Bereitschaft der Studenten, um ihre sozialen Belange zu kämpfen, muß sich durchsetzen gegen eine massive und konzentrierte Kampagne der herrschenden Klasse zur Einschüchterung der Studenten.

Fast an allen Orten sollte die Rückmeldung schriftlich und in den Semesterferien erfolgen, damit die Studenten in ihrer Entscheidung, ob sie nun verweigern oder nicht, möglichst bei ihren Eltern, abgeschnitten vom Stand

der Verweigerungsbewegung und von der Solidarität der Kommilitonen angetroffen werden.

Von vornherein sollte den Studenten mit der Drohung der Exmatrikulation und in NRW sogar mit der Drohung des BAFÖG-Entzuges der Mut zum Kämpfen genommen werden. In NRW erreichten die Studenten mit der Rücknahme der BAFÖG-Entzugsdrohung im Verlauf ihres Kampfes einen wichtigen Teilerfolg.

In Marburg wurden von der Unispitze Flugblätter verteilt und eine Kampagne in der Öffentlichkeit gestartet, in der behauptet wurde, die verweigernden Studenten seien bereits exmatrikuliert — und das zu einem Zeitpunkt, als die Rückmeldefristen noch nicht abgelaufen waren! Den verweigernden Studenten



von Christiane Reymann

wurden keine Krankenscheine ausgestellt, was wohl eines der massivsten Mittel zur Aufweichung der Kampffront darstellte.

Besonderes Schwergewicht legte die herrschende Klasse darauf, die Studenten von der werktätigen Bevölkerung zu isolieren. Mitten im Sozialkampf erklärte Ministerpräsident Osswald vor einer Belegschaftsversammlung von Hoechst in Frankfurt: „Wenn die Studenten glauben, sie können sich auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung sanieren, dann muß der Staat Flagge zeigen.“ Oder NRW-Wissenschaftsminister Rau, den Eindruck des Sternmarsches der 10 000 noch in den Knochen: „Den immer höherer werdenden Forderungen der Studenten an den Staat muß im Interesse der steuerzahlenden Bürger jetzt Einhalt geboten werden.“ Das Bündnis mit der arbeitenden Bevölkerung aber ist der Nerv des Sozialkampfes gerade in einer Situation, in der die Werktätigen zwar die Belastungen durch Inflation, Preistreiberei und Arbeitsplatzunsicherheit besonders hart spüren, aber aufgrund des massiven materiellen und ideologischen Drucks selbst nicht in großem Maßstab um ihre sozialen Interessen kämpft.

Unter diesen Bedingungen muß um das Bündnis mit der arbeitenden Bevölkerung beharrlicher gerungen werden, und das bedeutet auch, daß wir die Studenten an die Probleme der arbeitenden Bevölkerung heranführen, die Studenten für die Unterstützung der Forderungen nach Preisstopp und Sicherung der Arbeitsplätze

Christiane Reymann wurde auf der 4. Tagung des Spartakus-Bundesvorstandes Mitte November in das Sekretariat des Bundesvorstandes gewählt.

gewinnen. Daß auf diesem Wege gute Erfolge möglich sind, zeigen die Erfahrungen aus NRW und Marburg. Die Landesastenkonferenz in NRW beispielsweise verabschiedete eine Solidaritätsadresse für die von Entlassung bedrohten Kollegen der Essener Eisenhüttenwerke. Diese Solidarität war für den Betriebsrat der Essener Eisenhüttenwerke wiederum Anlaß, sich bereit zu erklären, auf der abschließenden Kundgebung nach dem Sternmarsch zu sprechen und einen Studentenvertreter „aufzufordern, auf der nächsten Belegschaftsversammlung über den Kampf der Studenten zu berichten.“

Eine wichtige Unterstützung für die Marburger Studenten war das aktive Auftreten der Kommunisten für die Interessen der Studenten im Rathaus und in der Stadt. Weil die DKP die einzige Partei war, die an der Seite der Marburger Studenten stand, unterstützten viele Studenten die DKP im Wahlkampf und trugen zu dem sensationellen Wahlerfolg der DKP in Marburg bei. Eine starke kommunistische Partei, Kommunisten im Rathaus sind eine konkrete Unterstützung des Kampfes der Studenten. Auch diese Frage darf im Ringen um das Bündnis mit der Arbeiterklasse nicht außer acht gelassen werden.

Zweitens muß sich die Kampfbereitschaft der Studenten durchsetzen gegen die Abriegelungsversuche rechter und sektiererischer Studentengruppen. Im guten Glauben, einem jungen CDU-Mitglied aus Bielefeld einige heiße Tips zur Irreführung der Studenten zu geben, entwickelte LA-Mann Watzke aus Bonn in einem Telefoninterview die Strategie der Rechten: „Also wir haben folgenden Standpunkt eingenommen: Die Erhöhung ist schlecht, haben wir abgelehnt: Jetzt ist die Erhöhung da. Jetzt kann man natürlich nicht einfach hingehen und sagen, ich zahl nicht... Dann sollte man vielleicht die Diskussion verlagern.“ Oder der SLH-AStA-Köln: Die 600-DM-Forderung sei „in einer Zeit, in der der Bundeskanzler die Bevölkerung auffordere, den Gürtel enger zu schnallen“, illusorisch. Die Argumentation, mit der die KHG in NRW den Sternmarsch nach dem Abbruch der Verweigerungskampagne ablehnt, unterscheidet sich nicht vom Vor-

herigen: „Wir halten den gegenwärtigen Zeitpunkt für einen Sternmarsch für ungünstig, weil die Bewegung gegen das Studienwerksgesetz vorläufig mit einer Niederlage geendet hat, was kein Grund ist, die Niederlage noch durch einen Sternmarsch zu dokumentieren.“

Die Kapitalexogenen Marburgs drücken sich da etwas distinguerter aus. Sie lehnten den Verweigerungskampf als Ausdruck „bürgerlich bornierten Geldinteresses“ ab.

Um deshalb die offenkundig in den Urabstimmungsergebnissen dokumentierte Kampfbereitschaft der Studenten wirklich in Kampf umzusetzen, ist eine gründliche Auseinandersetzung mit den Fragen der Studenten nach den Erfolgsaussichten des Kampfes, mit den Fragen nach Richtung und Ziel notwendig.

In diesem Zusammenhang hat es sich **drittens** bewährt, im Sozialkampf unmittelbare Zwischenschritte, deren Erfüllung den Kampf um die aufgestellten Forderungen wesentlich verbessert, zu formulieren. In Marburg beispielsweise schrieb der Verlauf des Kampfes selbst diese unmittelbaren Tageslösungen vor: Zuerst mußte sich konzentriert werden auf die Aushändigung vorläufiger Studienbescheinigungen, damit den Studenten aus ihrer Zwischenstellung zwischen immatrikuliert und nicht-immatrikuliert keine Nachteile erwachsen. Eine beachtliche Anzahl von Dekanen erklärte sich bereit, diese vorläufigen Studienbescheinigungen auszustellen. Dann mußte um Krankenscheine gekämpft werden, damit die kranken Kommilitonen nicht handfest zur Aufgabe der Verweigerung gezwungen würden. Der Kampf um vorläufige Immatrikulationsbescheinigungen und Krankenscheine wiederum festigte die Reihe der Studenten und erweiterte die Bündnisfront. Große Teile des FB Medizin unterstützten die Forderung nach sofortiger Aushändigung der Krankenscheine. 60 Ärzte erklärten sich bereit, auch ohne Krankenschein Studenten zu behandeln. In NRW stellte die Forderung nach Ausszahlung von BAFÖG trotz Verweigerung eine solche Zwischenforderung dar, die dazu hilft, die Kräfte auf das hier und heute Wichtigste zu konzentrieren und abrechenbar die Kampfbedingungen zu verbessern.

Viertens kann die Kampfbereitschaft der Studenten nur in Kampf umgesetzt werden, wenn es einen Ort gibt, an dem ihre Fragen diskutiert und ihre Initiativen aufgenommen werden, wenn wir die Bewegung organisieren. Die Schwächen, die in der Arbeit der Fachschaftsaktivitäten und vor allem unserer Sektionen noch in dieser Hinsicht bestehen, haben sich hemmend auf den Kampf der Studenten in NRW und auch in

Marburg ausgewirkt. Auch der MSB ist seiner Aufgabe, in den Fachschaftsaktionen eine organisierte und gleichzeitig ideenreiche Politik zu entwickeln, nicht immer gerecht geworden. Deshalb geht eine wichtige Erfahrung aus den Sozialkämpfen in das Referat der 4. Bundesvorstandssitzung ein: Die Stärkung der MSB, mitgliedermäßig und in seiner Massenverankerung durch die Arbeit der Sektionen ist eine unabdingbare Voraussetzung, um Erfolge zu erringen, ist auch die Voraussetzung dafür, daß die Fachschaften als Organe des Kampfes der Studenten die Studenten zusammenfassen und zur Eigeninitiative führen können.

Fünftens zeigen die Erfahrungen des Sozialkampfes, daß auf diesem Wege Erfolge möglich sind, Erfolge in der Stabilisierung des Masseneinflusses des MSB, Erfolge in der Einlösung der von den Studenten aufgestellten Forderungen. Es ist ein Erfolg, wenn in Bielefeld die verweigernden Studenten immatrikuliert wurden; es ist ein Erfolg, wenn ebenfalls in Bielefeld die drastische Erhöhung der Mensa-Essenspreise zurückgenommen werden mußte; es ist ein Erfolg, wenn in Wuppertal sogar die Essenspreise zurückgenommen wurden.

Gleichfalls aber ist es ein Resultat des Kampfes, wenn wir in Marburg feststellen können, daß das politische Verständnis der Studenten spürbar gewachsen ist, wenn die Diskussion nach dem Abbruch der Verweigerung um die Weiterführung des Kampfes um 600 DM BAFÖG und 1200 DM Elternfreibetrag in die Planung konkreter Kampfschritte mündet und nicht im resignativen Räsonnieren über die sich verschlechternden Kampfbedingungen perspektivlos ausläuft. Es entspricht der Erfahrung ihres Kampfes, daß die Studenten den Wahlsieg der DKP als eine Stärkung ihrer Positionen für weitere Auseinandersetzungen empfinden und daß sie bereit sind, jetzt zusammen mit dem Kampf um die Erhöhung von BAFÖG das Mietproblem und das Problem der kommunalen Tarife anzupacken, um der Verschlechterung ihrer sozialen Situation entgegenzutreten.



PH Köln: Wer ist Herr im Haus?

Bisher schärfster Angriff auf demokratische Rechte der Studenten

Zu Beginn dieses Semesters wurde an der PH Köln der bisher schärfste Angriff auf die demokratischen Rechte der Studenten gestartet. Unter dem vordergründigen Motto „Aktion saubere PH“ ließ der gerade neu gewählte Dekan in einer Nacht- und Nebel-Aktion sämtliche Anschlagflächen und Info-Bretter des AStA, der Fachschaften, der politischen Hochschulgruppen sowie der GEW entfernen. Wandzeitungen von AStA, MSB und SHB mit Informationen zum Sozialkampf wurden auf Anordnung ebenfalls sofort entfernt. Auf Anfrage des von MSB und SHB getragenen AStA wurde diesem mitgeteilt, Informationen dürften in Zukunft nur noch im Keller (!) aufgehängt werden. Jede vom AStA angebotene Zusammenarbeit wurde mit Hinweis auf das Hausrecht des Dekans abgelehnt. Hier konnte also nur noch der geschlossene Widerstand der Studenten Abhilfe schaffen.

AStA, alle Fachschaften und politische Hochschulgruppen — natürlich mit Ausnahme des RCDS — beschlossen deshalb, durch massive Studien- und Sozialberatung in der ersten Semesterwoche, durch Aufstellen von Info- und Büchertischen und massive Plakatierung das Verbot des Dekans praktisch zu durchbrechen. Die Einbeziehung vieler neuimmatrikulierten Studenten, die auf diese Weise anschaulich von der Notwendigkeit ungehinderten Informationstätigkeits überzeugt werden konnten, verhinderte, daß der Dekan trotz Drohung mit der Polizei und Erstattung von Anzeigen wegen Hausfriedensbruch seine Ziele durchsetzen konnte.

Auf diesen ersten Erfolg aber reagierte der Dekan noch massiver. Er läßt rückwirkend ab 1. 10. eine sog. „Gebäudenutzungsordnung“ (GNO). Wesentliche Kernpunkte dieser GNO waren:

- politische Veranstaltungen mit sog. „hochschulfremden“ Themen sind verboten;
- die Benutzung von Räumen der IIS durch Fachschaften und politische Hochschulgruppen wird von der Leistung einer Kautions- und einer Gebühr abhängig gemacht;
- Flugblätter müssen vor Verteilung dem Dekan vorgelegt werden;
- Anschläge müssen vom Dekan genehmigt werden und dürfen nur im Keller aufgehängt werden;
- der Inhalt von Filmen muß vorab zusammengefaßt dem Dekan mitgeteilt werden;
- Der Gebrauch von Megaphonen ist untersagt;
- Bücher- und Info-Tische sind verboten;
- Verstöße werden mit ordnungs-, straf- und hochschulrechtlichen Maßnahmen geahndet.

Spätestens mit der Veröffentlichung dieser GNO wurde vielen Studenten klar, daß es sich hier nicht um eine isolierte Maßnahme eines ordnungsliebenden Saubermannes handelte, sondern um einen gezielten Angriff der Herrschenden auf die demokratischen Rechte der Studenten. In einer konzentrierten Aktion von Kultusministerium und Hochschulleitung sollen mit diesem Law-and-Order-Katalog durch politische Zensur die Wirkungsmöglichkeiten der Organe der VS und der fortschrittlichen politischen HS-Gruppen eingeschränkt werden. Und dieser Angriff kommt nicht von ungefähr zu einem Zeitpunkt, wo immer mehr Studenten den Kampf für ihre berechtigten politischen und sozialen Interessen aufgenommen haben. Dazu brauchen sie jedoch die uneingeschränkte Informationsfreiheit.

Über 1000 in kurzer Zeit gesammelter Unterschriften zeigten die Empörung der Studenten. Auf einer von über 100 Studenten besuchten Sitzung der Abteilungskonferenz schließen sich einige Dozenten, alle Mittelbauvertreter den Forderungen der Studenten an (ausgenommen die RCDS-Vertreter). Durch Rundfunk- und Zeitungsinterviews wurde inzwischen die Öffentlichkeit über die Maßnahmen des Dekans informiert. Auf der mit 1500 Teilnehmern größten PH-Vollversammlung kann der AStA als Ergebnis seiner Bündnisarbeit über 20 Solidaritätsadressen verlesen.

Nicht enden wollte der Applaus der Studenten, als ein Gewerkschaftsvertreter auf die Parallelen zum Herr-im-Hause-Standpunkt der Unternehmer hinwies und die Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes von Arbeitern und Studenten betonte. Bei nur zwei Gegenstimmen forderten die Studenten den Dekan zur Zurücknahme der GNO sowie der Strafanzeigen auf. Auf Beschuß der VV wurden anschließend mehrere Aktionstage durchgeführt, wobei in diesen Aktionen der Kampf gegen die GNO nicht abstrakt geführt wurde, sondern im Zusammenhang mit den aktuellen, vor allem den sozialen Problemen der Studenten.

Auf einer weiteren VV mit über 1000 Teilnehmern konnten die Studenten die ersten Erfolge verbuchen. Der Dekan hatte die Anzeigen zurückgezogen und bislang die GNO noch nicht anzuwenden gewagt.

Außerdem verurteilten die Studenten bei wenigen Gegenstimmen das Verhalten des RCDS, der in jeder Weise dem gemeinsamen Kampf der Studenten durch sein Verhalten geschadet hat.

Aber noch war die GNO nicht vom Tisch. Auf Antrag von MSB, SHB und AStA stellten die Studenten dem Dekan ein Ultimatum, welchem durch einen eintägigen Warnstreik gegebenenfalls Nachdruck verliehen werden sollte.

Klaus Winckes

Beruf Heine

So stimmte auch der Personalrat anfangs der Entlassung nicht zu. In seinem Beschuß vom 24. Oktober heißt es: „Es haben dem Personalrat die Stellungnahme des Herrn Blasenbrei und die Satzung sowie die Grundsatzklärung des MSB Spartakus vorgelegen. Aus diesen Unterlagen vermag der Personalrat eine Verfassungsfeindlichkeit nicht zu entnehmen. Er kann deshalb der Entlassung nicht zustimmen.“

Alarmiert durch diesen Beschuß der Angestelltenvertretung fuhr die baden-württembergische Landesregierung ein schweres Geschütz auf. Nur wenige Tage nach seinem Beschuß wurde der Personalrat zu einer Besprechung zitiert. Ministerialrat Dr. Leonhart vom Innenministerium, Oberregierungsrat Dr. Schieting und Regierungsdirektor Dr. Tischer wirkten auf den Personalrat ein.

Und fünf Tage nach seiner ersten Entscheidung — am 29. 10. 1974 — revidierte der Personalrat seine Entscheidung. Unter Verweis auf die Beratung mit den Vertretern des Ministeriums stimmte der Personalrat der Entlassung zu, weil Heiner Blasenbrei einer Organisation angehöre, die verfassungsfeindliche Ziele verfolge, auch wenn Blasenbrei „idealistische Grundhaltung berücksichtigt“ werde. Man kann die Mittel nur erahnen, mit denen die baden-württembergische Landesregierung den Personalrat bewegt hat, seine Entscheidung nach einem einzigen Gespräch so grundlegend zu verändern.

Der Widerruf der Solidaritätsklärung mit Heiner Blasenbrei zeigt zum wiederholten Male deutlich, wie die Berufsverbotspraxis eine Atmosphäre der Ängstlichkeit, Unerlichkeit und Denunziation erzeugt. Aus Furcht vor Repressalien ziehen es Kollegen von Betroffenen vor, entgegen ihrer persönlichen Überzeugung zu

fsverbot für er Blasenbrei

Heiner Blasenbrei, Mitglied des Spartakus-Bundesvorstandes, hat seit Anfang November Berufsverbot. Seit Anfang 1974 arbeitete Heiner Blasenbrei als Wasserbauingenieur beim Wasserwirtschaftsamt in Stuttgart. Seine fachlichen Qualitäten waren unbestritten. Bei den Kollegen war er beliebt und angesehen.



Heiner Blasenbrei.

Die roten blätter fordern alle Leser auf, in kurzen Schreiben und Telegrammen gegen das Berufsverbot für Heiner Blasenbrei zu protestieren. Und zwar beim

Innenminister von Baden-Württemberg
7 Stuttgart 1
Dorotheenstraße

Und die Kopien und Solidaritätserklärungen an Heiner Blasenbrei zu schicken. Seine Adresse:

7 Stuttgart 1
Forststr. 208.

schweigen und eine offene Parteinahme für die Betroffenen zu unterlassen.

Denn auch nur einen Beweis vorzulegen für die behauptete Verfassungsfeindlichkeit des MSB Spartakus, dazu war die baden-württembergische Landesregierung nicht in der Lage. Sie handelte nach dem Prinzip: Die Beweislast liegt beim Beschuldigten und nicht etwa bei dem, der die Beschuldigung erhebt.

Dieses Prinzip ist bei der Berufsverbotspraxis schon längst Gewohnheit geworden. Daß dabei von Landesregierungen der Bundesrepublik grundlegende Prinzipien des Menschenrechtes und des Grundgesetzes über den Haufen geworfen würden, schert die Herrschenden unseres Landes wenig, wenn es darum geht, Kommunisten, engagierte Demokraten und fortschrittliche Sozialdemokraten zu verfolgen.

Als Thomas Neumann in einem solchen Gespräch den Hamburger Senator für Wissenschaft und Kunst, den 2. Bürgermeister von Hamburg, Herrn Biallas, wiederholt aufforderte, doch endlich einmal einen konkreten Nachweis auf den Tisch zu legen, daß er — Neumann — Verfassungsbruch begangen habe, gab der Senator die vielsagende Antwort: Es sei ihm nicht möglich, diesen Nachweis zu bringen; wenn Neumann jedoch einen Verfassungsbruch begangen hätte, säße er auch nicht hier, sondern im Gefängnis.

Auch dieser Fall macht die unglaubliche Praxis der Regierungen deutlich. Selbst die Tatsache, daß die Behörde sich außerstande sieht,

einem Bewerber Verfassungsbruch nachzuweisen, hilft ihm nicht viel. Die Zweifel an seiner Verfassungstreue werden aufrechterhalten. Der zur Gewohnheit gewordene Rechtsbruch wuchert weiter: Die Anhörungen, die den Berufsverboten einen gewissen Rechtsstaatscharakter verleihen sollten, ähneln einer mittelalterlichen Inquisition: Der Bewerber wird nach seiner Meinung zum Verfassungsschutz, nach der Verteilung von Flugblättern für die Ostverträge, ja, selbst nach der Zugehörigkeit zur Gewerkschaft befragt. Ein aktives demokratisches Engagement, das Eintreten für die im Grundgesetz verankerten Grundrechte, reicht heute bereits, um bei den Einstellungsbehörden Zweifel an der Verfassungstreue zu wecken. Daß es den Verfassungsschützern in den Regierungen unseres Landes dabei nicht um den Schutz der Verfassung geht, sondern allein um den Erhalt der kapitalistischen Ordnung, demonstrieren sie selber, wenn sie die Verfassung nach ihrem Gustos auslegen und verändern, wenn Baden-Württembergs Ministerpräsident Filbinger in der Verfassungsdebatte im Februar 1974 von der „Garantie unserer verfassungsmäßigen Wirtschaftsordnung“ spricht. Mit dieser Gleichsetzung von Grundgesetz und kapitalistischem Wirtschaftssystem soll es möglich gemacht werden, jeden Ansatz einer kritischen Auseinandersetzung mit der Verfassungswirklichkeit der BRD als „verfassungsfeindlich“ zu diffamieren.

Doch das erweist sich als Bumerang: Denn in einer Situation wachsender sozialer Not bei Studenten, einer Situation, in der eine steigende Zahl von Studenten gegen diese soziale Notlage protestiert und aktiv wird, erweist sich eine Politik als immer unglaublich dämmrig, die ein solches Engagement als ver-

fassungsfeindlich diffamiert und die die aktivsten Vertreter studentischer Interessen als „Radikale“ aus dem öffentlichen Dienst ausschließen will.

Und dieser Bumerang hat nicht nur nationale, er hat längst internationale Kraft. Ein Blick über die Grenzen unseres Landes genügt, um den Anachronismus der Berufsverbote gegen Kommunisten und Demokraten zu demonstrieren. Frankreich, Italien oder jetzt auch Portugal, in all diesen Ländern sind Kommunisten als Richter, Lehrer und Staatsbeamte tätig. Niemand würde und könnte es wagen, sie wegen ihrer Mitgliedschaft in der kommunistischen Partei, wegen ihres gewerkschaftlichen

Und auch in unserem Lande wird es mit dem Anwachsen der demokratischen Bewegung, mit der Stärkung der Kommunisten und Marxisten den Herrschenden immer schwerer fallen, diesen Anachronismus aufrechtzuerhalten. Darum fordert die gegenwärtige Berufsverbotspraxis geradezu zur Mitgliedschaft in DKP und Spartakus auf. Denn eine wirksamere Waffe als den Eintritt in Spartakus und DKP gibt es nicht.

Schon längst ist man im Ausland auf die Berufsverbote aufmerksam geworden. Denn die Völker Europas haben ihre Erfahrungen mit dem faschistischen Deutschland nicht vergessen. So hat selbst der Wirtschafts- und Sozialrat der UNO die Bundesregierung aufgefordert, eine Stellungnahme zur Praxis der Berufsverbote abzugeben. Bis jetzt blieb sie unbeantwortet. Die bürgerliche Presse war peinlich berührt und verschwieg es fast vollständig. Die Verurteilung der Berufsverbote durch die Weltöffentlichkeit bleibt aber immer nur Rückenwind für unseren Kampf in der Bundesrepublik. Wir leisten ihn durch Aktionen für unsere sozialen und politischen Interessen. Wir leisten ihn dadurch, daß wir weitere Studenten für Aktionen gegen Berufsverbote gewinnen. Wir leisten ihn, indem wir den MSB Spartakus durch den Eintritt neuer Studenten stärken.

1. Dezember-Woche

vds organisiert BAFÖG-Rallye durch die BRD

In der ersten Dezemberwoche organisiert der VDS eine bundesweite Protestrallye gegen die ständigen sozialen Verschlechterungen. 600 DM Höchstsatz und 1200 DM Elternfreibetrag noch in diesem Jahr, das ist die zentrale Forderung, deren Erfüllung die Studenten seit Beginn dieses Semesters überall in der BRD immer lauter und unüberhörbarer verlangen. Steigende Wohnheimmieten und Mensapreise, allgemeine Inflation und fehlende Arbeitsmöglichkeiten haben tiefe Löcher in die spärlichen Finanzen der Kommilitonen gerissen.

In diesen Tagen also werden 800 ASTA- und Fachschaftsvertreter, Mitstreiter in BAFÖG-Komitees und Sozial-AGs nach Bonn fahren und den Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Helmut Rohde, mit der sozialen Misere und mit den Forderungen der Studenten konfrontieren. Von den äußersten Ecken und Enden der BRD (z. B. aus Kiel, Hamburg, Konstanz, München) werden Busse losfahren und am ersten Tag der Rallye an andere Hochschulorte fahren. Dort werden sie gemeinsam mit Studenten vom Ort kleinere Veranstaltungen, Kundgebungen oder Aktionen zu den brennendsten sozialen Problemen an dieser Hochschule durchführen. Sie werden die Gelegenheit nutzen, um darzustellen, was an ihren eigenen Hochschulen geschieht: Überall in der BRD wird gegen soziale Verschlechterung und für höheres BAFÖG gekämpft. Streikende Wohnheimbewohner, gegen Mensapreiserhöhungen ankämpfende Studenten und alle BAFÖG-Geschädigten, die sich damit nicht mehr abfinden wollen, werden erfahren, daß sie nicht isoliert sind und nicht nur in ihrer Stadt gekämpft wird. Am 2. Tag der BAFÖG-Rallye werden die Busse von den Ausgangsorten und weitere Busse aus den Städten, die als erste Station

dienten, an 8 zentrale Hochschulorte fahren: Duisburg, Hannover, Frankfurt, Münster, Köln, Marburg, Mainz und Heidelberg. In diesen Städten wird der VDS gemeinsam mit ansässigen Fachschaften und ASTen große, zentrale Veranstaltungen oder Aktionen durchführen. Zum einen sollen dadurch die Bewegungen zu den konkreten sozialen Problemen, mit denen die Studenten es dort zu tun haben, unterstützt werden. Zum anderen werden die Vertreter von VDS, ASTen und BAFÖG-Komitees aus der ganzen BRD deutlich machen, daß allen die Forderung nach der Erhöhung der BAFÖG-Richtsätze gemeinsam ist. So wird z. B. in Hannover eine Delegation aus Vertretern des VDS und der aus dem ganzen Norden eintreffenden Studenten zum Kultusminister gehen, weil Mieterhöhungen für Studentenwohnheime in ganz Niedersachsen angedroht bzw. z. T. schon vollzogen worden sind. Derweil ziehen die anderen Teilnehmer der Protestrallye gemeinsam mit ortsansässigen Studenten in die Stadt und informieren die Bevölkerung, mit Straßentheater, Sketchen, Songgruppen, Info-Tischen und vor allem natürlich „auch“ in vielen einzelnen Gesprächen über ihre Forderungen und Absichten. Um Verständnis

und Sympathie bei der Bevölkerung, um eine breitere Unterstützung der Arbeiter und Angestellten für die berechtigten Forderungen der Studenten wird es dabei gehen.

Am dritten Tag der Rallye schließlich werden alle ca. 18 Busse in Bonn eintreffen. Die poppig und auffallend gestalteten „BAFÖG-Busse“ fahren gemeinsam durch die Innenstadt von Bonn bis zum Marktplatz. Dort werden die Kommilitonen auf die Bonner Studenten treffen, die sie mit etwas Eßbarem empfangen werden. Nach einer Kundgebung, auf der Rohde noch einmal nachdrücklich aufgefordert wird, sich der Diskussion mit den Studenten zu stellen, werden alle durch Bonn demonstrieren. In der gleichen Zeit marschiert eine Delegation zu Rohde, um ihn zu der für den frühen Abend vorgesehenen Großveranstaltung des VDS abzuholen.

Als Abschluß des Tages werden der VDS und der Bonner ASTA eine Riesenfete mit Kulturprogramm veranstalten.

Die Rallye wird demonstrieren: Bundes- und Landesregierungen stehen einer breiten Front unzufriedener und auf weitere Aktionen drängender Studenten gegenüber. Sie werden unsere Forderungen nicht mehr einfach übergehen können.

Damit allein aber werden wir noch nicht mehr BAFÖG haben, keine Wohnheimmiete und keine erhöhten Mensapreise heruntergedrückt haben. Wir werden einen wichtigen Schritt zur Veränderung des Kräfteverhältnisses getan haben, indem wir mehr Studenten für unsere Forderungen und für die aktive Teilnahme an unseren Aktionen gewonnen ha-

ben, indem wir breitere Unterstützung unter der Bevölkerung erkämpft haben, und nicht zuletzt, indem der MSB Spartakus in der Aktion durch neue Genossen gestärkt wurde, denn jedes gewonnene Mitglied ist einer mehr, der kontinuierlich und zäh für die Durchsetzung unserer gemeinsamen Interessen kämpft. Solche Verschiebungen des Kräfteverhältnisses zu unseren Gunsten sind letztlich entscheidende Voraussetzung für die endgültige Durchsetzung unserer Forderungen.

Es kommt daher darauf an, daß wir den an vielen Orten schon erfolgreichen Kampf gegen Erhöhungen von Wohnheimmieten oder Mensapreisen auch und gerade nach der Rallye weiterführen. Diese und viele andere unsoziale Maßnahmen der Regierungen, mit denen uns Stück für Stück mehr Geld aus der Tasche gezogen wird, brennen uns auch weiterhin auf den Nägeln. Wenn wir an diesen Punkten nachgeben, werden die Herrschenden immer unverfrorener ihr Sparprogramm für das Bildungswesen auf unseren Rücken abwälzen.

Entschlossenheit und Ausdauer aber, die wir im Kampf erlernen, die Entwicklung und Festigung des Bündnisses mit den Gewerkschaften und natürlich jeder kleinen, greifbaren Erfolg, den wir erringen, machen uns stärker und machen es den Regierungen in Bund und Land damit schwerer oder gar unmöglich, neue soziale Verschlechterungen durchzusetzen. Und nur so schaffen wir auch die Voraussetzungen, die nötig sind, um die Erhöhung des BAFÖG-Höchstsatzes auf 600 DM und des Elternfreibetrages auf 1200 DM durchzusetzen.

Bundesregierung plant neue Preiserhöhung für Krankenversicherung der Studenten

180,- DM pro Se- mester

Für 1975 plant die Bundesregierung ein Gesetz zur studentischen Krankenversicherung, durch das den Studenten mindestens 180 DM im Semester, das sind 30 DM im Monat, Versicherungsgebühren aufgebürdet werden sollen! Dies wird auch die Studenten treffen, die jetzt schon in einer gesetzlichen Krankenversicherung sind. Für die etwa 400 000 betroffenen Studenten (der Rest soll über Familienhilfe und private Versicherungen Befreiungsmöglichkeit erhalten) bedeutet das eine Erhöhung von 10 bis 13 DM pro Monat oder 60 bis 78 DM pro Semester, wenn man von den gegenwärtigen Beiträgen bei studentischen und gesetzlichen Krankenversicherungen von etwa 17 bis 20 DM im Monat ausgeht.

Für 1975 plant die Bundesregierung ein Gesetz zur studentischen Krankenversicherung, durch das den Studenten mindestens 180 DM im Semester, das sind 30 DM im Monat, Versicherungsgebühren aufgebürdet werden sollen! Dies wird auch die Studenten treffen, die jetzt schon in einer gesetzlichen Krankenversicherung sind. Für die etwa 400 000 betroffenen Studenten (der Rest soll über Familienhilfe und private Versicherungen Befreiungsmöglichkeit erhalten) bedeutet das eine Erhöhung von 10 bis 13 DM pro Monat oder 60 bis 78 DM pro Semester, wenn man von den gegenwärtigen Beiträgen bei studentischen und gesetzlichen Krankenversicherungen von etwa 17 bis 20 DM im Monat ausgeht.

Für die Zehntausende von Studenten, die in ganz Hessen und an einigen anderen Universitäten in den örtlichen SKVs versichert sind und gegenwärtig im Semester zwischen 14 und 73 DM dafür zahlen, bedeutet das eine Erhöhung von 107 bis 166 DM im Semester! „3 Prozent von 420 DM monatlich, also 75 DM pro Semester, wie der VDS es fordert, sind völlig unrealistisch“, sagte der verantwortliche Mann im Ministerium für Bildung und Wissenschaft, Herr Hempel, bei dem hochschulpolitischen Gespräch des Ministeriums mit den Studentenverbänden. „Die Bundesregierung stellt 60 Mio. DM 1975 als Zuschuß zur Krankenversicherung für die Studenten zur Verfügung, das ist

ein Zuschuß von 15 DM pro Student im Monat. Wenn man von dem kostendeckenden Satz von 45 DM pro Monat ausgeht, bleiben für den Studenten 30 DM im Monat zu zahlen. Alles was darunter ist, ist politisch umstritten.“ Ja, politisch umstritten, aber nur um noch etwas Augenwischerei zu betreiben. Denn die mindestens 30 DM sind beschlossene Sache: Die Bundesregierung wird für das Jahr 1975 nach eigener Aussage auf keinen Fall mehr als 60 Mio. DM zur Verfügung stellen. Wer nun rechnen kann, wird feststellen, daß bei ca. 400 000 davon betroffenen Studenten für 12 Mona-

ausschneiden und einsenden an: Berliner EXTRA-Dienst,
1 Berlin 31, Pfalzburger Str. 20

Ich abonneiere den „Berliner EXTRA-Dienst“ für
○ ein halbes Jahr (1.1.75 - 30.6.75) zum Vorzugspreis
von DM 50,-
○ das Jahr 1975 zum Vorzugspreis von DM 96,-
und zahle den Betrag bis zum 31.12.74 auf das Konto
Verlag und Druck GmbH, 1 Berlin 31/PSA Berlin-West
BS21-108. Ich erhalte dafür den ED bis zum 31.12.74
kostenlos.

Name
Anschrift
Unterschrift

der Bestellung an umsonst – bis zum Ende dieses
Jahres.

Wir können das machen, weil wir bei sofortiger
Zahlung selber Geld sparen – bei unseren Rech-
nungen, nämlich Skonto und Zinsen. Diese Erspar-
nis geben wir weiter.

Das ist ein faires Angebot. EXTRA-Dienst ist es ge-
wöhnt, mit ökonomischen Fakten zu argumentie-
ren. Mit Werbeschmäus überzeugen wir unsere (künf-
tigen) Leser sowieso nicht. Wer das Angebot akze-
ptiert, der braucht nur den Bestellzettel auszufüllen
und ihm uns zu schicken.

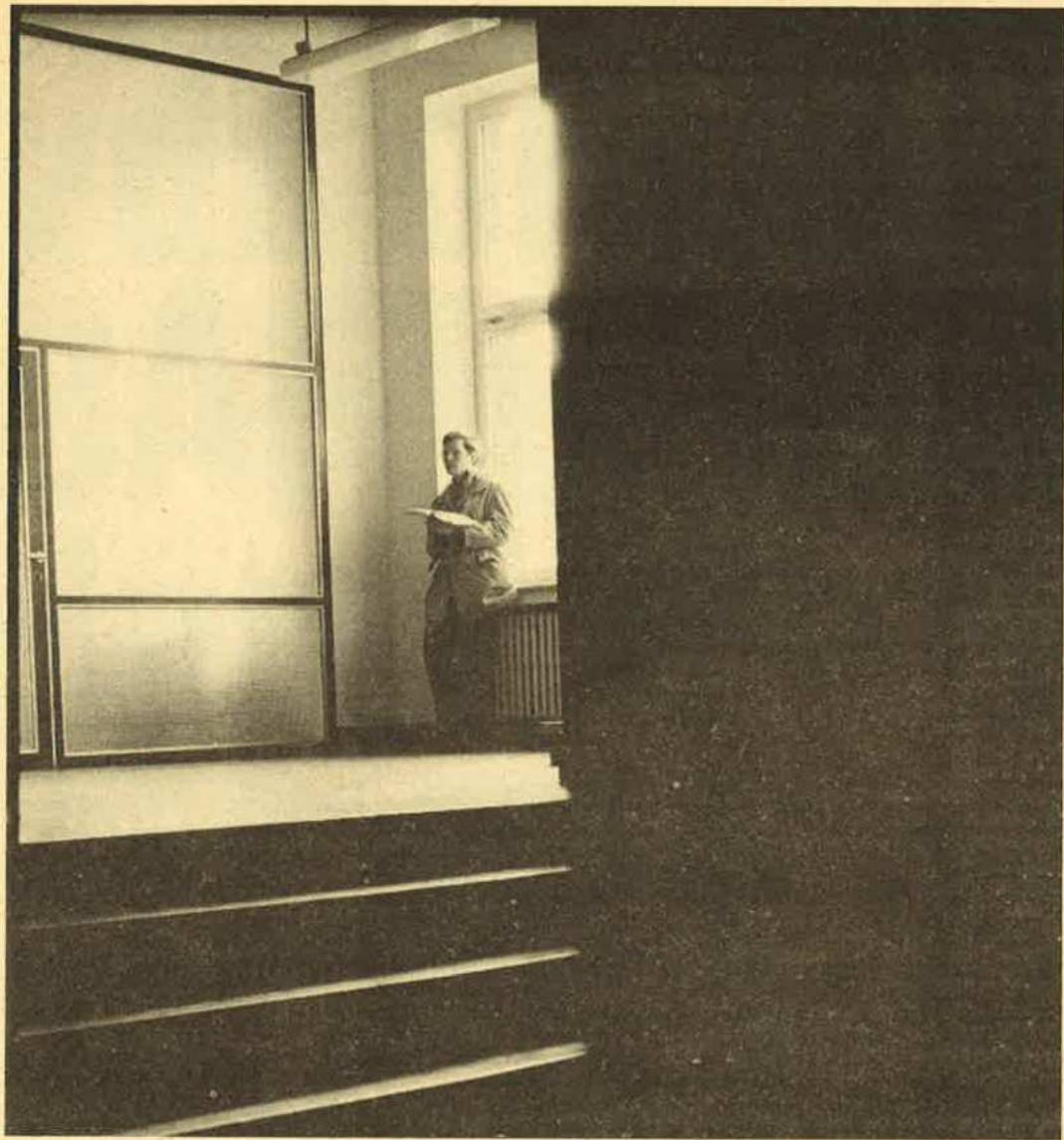
Bis dann: Auf Wiedersehen !



SPD-Bundeskanzler Schmidt will
den Studenten mindestens 180
DM mehr pro Semester aufbür-
den.

Zweimal in der Woche gibt es ihn neu, den „Berli-
ner EXTRA-Dienst“. Jeden Dienstag und jeden
Freitag. Seit acht Jahren. „Der größte Infor-
mationsdienst in West-Berlin und in der Bundesrepu-
blik“ (Süddeutsche Zeitung). Damit die Linke weiß,
was die Rechte tut.
Wer nicht erst Wochen später lesen will, was andere
bei uns abschreiben, der kann ihn abonnieren. Das
kostet (leider) neun Mark im Monat.
Man kann's auch billiger haben: Wer den EXTRA-
Dienst jetzt bestellt und bezahlt – für ein Jahr oder
ein halbes Jahr – kann sparen. 96 Mark kostet ihn
das nächste EXTRA-Jahr, 50 Mark das halbe. Und
er bekommt den EXTRA-Dienst vom Zeitpunkt

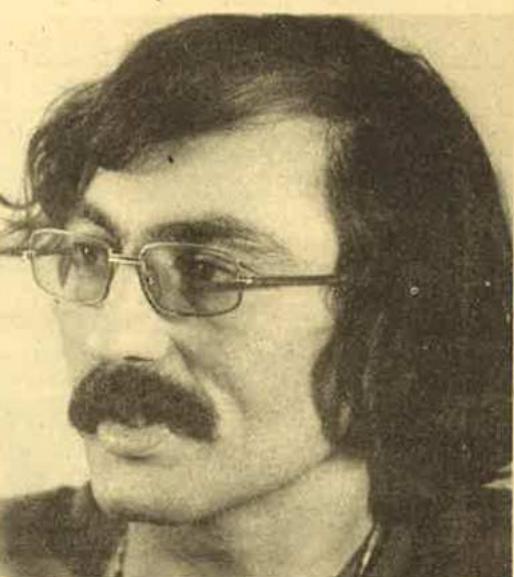
**berliner
EXTRA
dienst**



Nach acht Semestern Soziologiestudium fühlte Hans G. sich nicht mehr fähig, weiterzumachen. Zweifel, Ängste und Isolation trieben ihn zum Abbruch des Studiums. Er zog sich zurück, hockte in seiner Bude, grübelte, schwieg und bekam Depressionen. Erst etwa ein Jahr später brachten Freunde ihn dazu, über seine Probleme zu sprechen. Hans G. faßte Mut und begann ein neues Studium. Doch auch an der Kölner PH brauchte er einige Semester, bis er seine Ängste, zum Beispiel die Zwangsvorstellung, er könnte es nicht ertragen, in einen vollen Hörsaal zu kommen und dabei von den Kollegen angesehen zu werden, weitgehend überwunden hatte.

Je näher für die Germanistik-Studentin Marianne L. der Examenstermin rückte, desto mehr drehte sie durch. Ein ungewollt lautes Wort genügte, um sie in Tränen ausbrechen zu lassen. Sie konnte kaum noch schlafen, fühlte sich – obwohl sie im Studium nicht geschlampet hatte – ständig unter Zeitdruck, fuhr noch nicht mal zum UZ-Pressefest, um sich dort ein bißchen zu erholen, und selbst die vorsichtigsten Beruhigungsversuche ihrer Wohngemeinschafts-Genossen blieben meistens ohne Erfolg.

Als sein Examen in Sicht war, wurde bei dem Jurastudenten Reinold G. der Widerwille gegen die herrschenden Lehrinhalte seines Fachs und den hierarchischen Aufbau des Unibetriebes so übermächtig, daß er – nach eigener Bekundung – schon Magenschmerzen bekam, wenn er nur einen der Hörsäle der Albertus-Magnus-Universität zu Köln betrat. Reinold G. flüchtete sich in den Aktionismus, bewies bei Teach-ins und Besetzungen, Barrikadenbau und anderen Protestaktionen sein agitatorisches Talent, war bald einer der bekanntesten Exponenten des anarchistischen Flügels im SDS und vergaß seine Magenschmerzen. Erst Jahre später begann er ein neues Studium, das er inzwischen mit Erfolg abschloß.



Dokumentation

Den Masseneinfluß des MSB Spartakus stabilisieren und ausbauen, unsere Organisation weiter festigen!

Referat des Sekretariats an die 4. Tagung des Bundesvorstandes, 16./17. November 1974

Referent: Klaus Görke, stellvertr. Vorsitzender des MSB Spartakus

Liebe Genossinnen und Genossen,

dem Beschuß des dritten Bundeskongresses und der dritten BV-Tagung folgend, wurde im September und Oktober in allen Gruppen unseres Verbandes die Ausgabe neuer Mitgliedsbücher vorbereitet. An den aus diesem Anlaß durchgeführten Gesprächen nahmen nahezu alle Mitglieder unseres Verbandes teil. Diese Gespräche und die darauf folgenden Jahreshauptversammlungen waren ein großer politischer und organisatorischer Erfolg für unseren Verband.

Wir sind auf dem Weg, die Mitglieder besser in die Arbeit der Gruppen einzubeziehen, über die Möglichkeiten einer besseren Massenverankerung jedes Genossen und über die Hebung des ideologischen Niveaus jedes Genossen zu beraten und diesbezügliche Festlegungen zu treffen, ein beachtliches Stück vorangekommen. Es zeigt sich auch, daß die Mitglieder unseres Verbandes großes Interesse daran haben, an der Fortsetzung des Weges zur weiteren Stärkung des MSB Spartakus mitzuwirken.

Wir möchten an dieser Stelle allen Genossen und Genossinnen für ihre bisher geleistete Tätigkeit, für ihr hohes Maß an verantwortungsvoller politischer Arbeit herzlich danken. Diese Arbeit ist die wichtigste Bedingung dafür, daß die vor uns liegenden nicht gerade einfachen Aufgaben gemeistert werden, daß der Masseneinfluß des MSB Spartakus stabilisiert und weiter ausgebaut, der Spartakus seiner großen Verantwortung gegenüber der gesamten demokratischen und Arbeiterbewegung im nationalen ebenso wie im internationalen Maßstab gerecht wird.

Auf der Grundlage des Erfahrungsschatzes, der durch den Umtausch der Mitgliedsbücher zusammengetragen werden konnte, stecken wir uns für diese vierte Bundesvorstandstagung folgende drei Ziele:

1. gilt es, in Zusammenhang mit der Lösung aktueller politischer Aufgaben Schritte zur weiteren Verbesserung unserer Massenarbeit anzugeben;
2. müssen wir Maßnahmen zur allseitigen Stärkung unserer Organisation herausarbeiten und zur Schaffung einer noch größeren ideologischen Klarheit über die Bedeutung einer starken marxistischen Massenorganisation der Studenten beitragen;
3. müssen einige besonders wichtige ideologische Fragen behandelt werden.

I. Den Einfluß des MSB Spartakus stabilisieren und ausbauen

1. Selten waren die Hochschulen bereits in den ersten Tagen und Wochen eines Semesters so stark von politischen, besonders sozialpolitischen Auseinandersetzungen geprägt wie mit Beginn dieses Semesters. Entsprechend lebhaft ist in unserem Verband die Diskussion über die jetzt von uns vorzuschlagenden Kampfschritte. Diese Dis-

kussion müssen wir grundsätzlich führen. Wir dürfen uns nicht zu sehr von schwankenden Stimmungen eines Teils der Studenten beeinflussen lassen, sondern zunächst nach der objektiven Lage, mit der wir es zu tun haben, fragen.

Das große Gerede der herrschenden Klasse über die Notwendigkeit einer Reform des Bildungswesens an Haupt und Gliedern ist verklungen. Heute können die meisten Studenten nicht besser, sondern eher schlechter studieren als noch vor wenigen Jahren. Das liegt nicht daran, daß sich der Inhalt des Studiums geändert hätte. Der ist im wesentlichen der gleiche geblieben, und die Abstimmung des Studiums auf die Anforderungen im Beruf ist so schlecht wie eh und je. Was sich verschlechtert hat, sind die Bedingungen, unter denen sich die Studenten dieses Wissen aneignen sollen. Mittelkürzungen in den Landeshaushalten — so wurden z. B. im Landeshaushalt NRW für 1974 nachträglich 700 DM gestrichen. Das Einfrieren bereits für die Hochschule bewilligter Gelder hat trotz der z. T. beträchtlichen Neubauten Raumknappheit und v. a. Lehrkräftemangel zur Folge. So ist in Hamburg ein genereller Lehrstellenstopp verordnet worden. An einigen Hochschulen gibt es sogar für Pflichtveranstaltungen Teilnahmebeschränkungen.

Dies alles dringt auf eine Verlängerung der Studienzeiten. Demgegenüber versucht die herrschende Klasse, die Studienzeit durch Reglementierungsmaßnahmen zu verkürzen. In Tübingen wurde bereits mit dem allerdings gescheiterten Versuch, 450 Studenten, die bereits länger als neun Semester studieren, zwangsweise zu exmatrikulieren, ein erster Vorstoß zur Durchführung der Regelstudienzeit unternommen. An vielen Fachbereichen sind Studienordnungen vorbereitet oder bereits verabschiedet, die die Studienreglementierung von Landeshochschulgesetzen entweder anwenden oder vorbereiten sollen. Für die PH's und Fachhochschulen in NRW ist eine neue Prüfungsordnung auf Landesebene vorgesehen. Parallel dazu will die herrschende Klasse das Problem dadurch in den Griff bekommen, daß sie den unsozialen NC verschärft und allgemein einführt. Dies ist auch die Hauptaufgabe des Hochschulrahmengesetzes, das nach einem Schattenboxen zwischen Bundestag und Bundesrat, dessen Ergebnis heute bereits feststeht, noch im Wintersemester verabschiedet werden soll.

Die gesellschaftlichen Verhältnisse also, in denen die Studenten studieren, hindern sie daran, auf wissenschaftlich hohem Niveau zu studieren. Sie geben ihnen auch keine institutionalisierten Möglichkeiten, sich kritisch mit dem Stoff auseinanderzusetzen und stehen den Bedürfnissen der Studenten entgegen, ihr Studium in gesellschaftlicher Verantwortung zu absolvieren. Die herrschende Klasse will die Studenten zwingen, kurz zu studieren. Unter den Verhältnissen wie sie momentan in der BRD herrschen, bedeutet das: das wissenschaftliche Niveau, die Qualität der Berufsvorbereitung wird weiter gesenkt. Die Studenten werden dazu gedrängt, auf kritische Auseinandersetzung mit dem angebotenen Lehrstoff, auf den Kampf um die eigenen Interessen zu verzichten. Zugleich verschlechtert sich die soziale Situation der Studenten von Woche zu Woche. Die inflationäre Entwicklung bei gleichzeitig steigenden Profiten des Großkapitals macht ihnen ebenso wie der Mehrheit unserer Bevölkerung täglich zu schaffen. Ihnen fehlt es nicht nur an ausreichender Ausbildungsförderung, sondern zusätzlich werden eine Reihe von Gebühren für Studenten erhöht und gleichzeitig eine Reihe von sozialen Leistungen eingeschränkt.

Unmittelbare Ursache dafür ist die Politik der finanziellen Restriktion auf Bundes- und Landesebene. Diese finanziellen Restriktionen sind von einer massiven Maßhalte- und Stillhaltekampagne seitens der herrschenden Klasse begleitet. Helmut Schmidt fordert zum Verzicht auf privaten und öffentlichen Konsum auf. Finanzminister Apel bezeichnet die Finanzpolitik der nächsten Jahre als einen Härtestest für die Bundesregierung. Während die Bankkonten der Konzernbosse immer dicker werden, setzen „Regierungsopposition“ und Unternehmerverbände alles daran, um durchzusetzen, daß die Arbeiter und Angestellten die „Gürtel enger schnallen“.

Die angebliche „öffentliche Sparsamkeit“ hat also Schlagseite. In der BRD regiert nach wie vor der Profit der großen Monopole und nicht das Interesse der werktätigen

Menschen an sozialer Sicherheit, an einer fundierten Ausbildung ihrer Kinder.

2. Gibt es nun für die Studenten aus dieser Lage einen Ausweg? In der Anpassung an die bestehenden Verhältnisse, in dem Versuch, während der Studienzeit politisch zu „überwintern“, in dem Versuch, die Studienzeit möglichst rasch hinter sich zu bringen und später im Beruf einen Beitrag für soziale und politische Veränderungen zu leisten, kann dieser Ausweg offensichtlich nicht liegen. Gerade die objektive Lage selber verbaut ja diesen Ausweg. Das, was an qualifizierter Vorbereitung auf den Beruf während der Studienzeit nicht geleistet werden konnte, ist später durch individuelle Kraftakte kaum aufzuholen. Und gerade dies trägt auch dazu bei, daß die berufliche Perspektive selber für viele Akademiker immer unsicherer wird. Und schließlich sind die Probleme, mit denen wir uns heute als Studenten herumschlagen, im Kern ja gerade keine spezifisch studentischen Probleme, die wir mit dem Eintritt ins Berufsleben von uns abschütteln können. Vielmehr sind es allgemeine Probleme, gesellschaftliche Probleme, die — wenn auch in unterschiedlichen Erscheinungsformen — an der Hochschule und im Betrieb gleichermaßen wirken. Deshalb dürfen wir uns auch keine Illusionen darüber machen, daß wir später im Beruf unsere Interessen besser und leichter organisiert vertreten können. Der Gegner, der das zu unterbinden versucht, ist später im Berufsleben, wie heute an der Hochschule, derselbe. Deshalb dürfen wir keine Zeit verlieren und müssen heute schon an den Hochschulen unseren Beitrag dazu leisten, das gesellschaftliche Kräfteverhältnis zu verändern. Wenn wir das nicht tun, wenn wir uns nicht heute bereits mit denen verbünden, mit denen wir auch im Berufsleben zusammen gegen den gemeinsamen Gegner vorgehen müssen, wird die berufliche und politische Arbeit für uns nach der Studienzeit nur um so schwerer. Angesichts der Unternehmeroffensive gegen die Gewerkschaften ist Gewerkschaftsarbeit im Betrieb, im Labor oder an der Schule kein Sonntags spaziergang, das kann uns jeder Angestellte, Arbeiter oder Beamte berichten. Nötig ist, daß sich die gesellschaftlichen Verhältnisse in unserem Land grundlegend ändern. Nötig ist, daß die Konzernherren und ihre Politiker aus ihren Schlüsselstellungen von Staat und Gesellschaft verdrängt werden, daß auch in der BRD endlich die Interessen der Arbeiter, die Interessen aller arbeitenden und lernenden Menschen, also auch die Interessen der Studenten in der Politik den Vorrang haben.

Eine solche grundlegende Veränderung der Gesellschaft fällt uns nicht in den Schoß. Wir müssen alle gemeinsam dafür kämpfen, gemeinsam mit der Arbeiterklasse, die die Hauptkraft in dieser Umwälzung darstellt. Wir dürfen nicht warten, sondern wir müssen heute, an Ort und Stelle damit beginnen. Nur sehen die meisten Studenten heute noch nicht die Notwendigkeit revolutionärer Veränderungen, sie sind noch nicht für den Sozialismus. Aber die Herrschaft und die Profitsucht des Großkapitals greifen immer tiefer in ihren Alltag ein. Und immer weniger Studenten sind bereit, dies unwidersprochen hinzunehmen. Und wenn wir „immer weniger Studenten“ sagen, so ist das keine Phrase. Während die bürgerliche Presse aus durchsichtigen Motiven verbreitet, es gebe eine Tendenzwende an den Hochschulen, stellen wir doch jeden Tag fest, daß zwar heute an den Hochschulen nicht mehr soviel von „Revolution“ die Rede ist wie es noch vor einigen Jahren war, daß aber breitere Schichten der Studenten, auch sog. unpolitische Kommilitonen heute sehen, daß es so wie bisher nicht weitergehen kann und daß man etwas tun muß, um die fortlaufende Verschlechterung der sozialen Lage und der Studienbedingungen so schnell wie möglich aufzuhalten, um die am dringendsten erforderlichen Verbesserungen zumindest ansatzweise durchzusetzen. Diese neuen Möglichkeiten müssen und können von uns genutzt werden, breite Kreise der Studenten für gut überlegte und gut vorbereitete Aktionen zu gewinnen. Es ist notwendig, die Verbindung der Studenten mit den arbeitenden Menschen und ihren Gewerkschaften zu verstärken, den Stoß des Kampfes unmißverständlich gegen das Großkapital zu richten. Das ist heute revolutionäre Politik, das ist unsere Politik. Das ist eine Politik im Interesse der Studenten. Nur so besteht die Möglichkeit, das heute, morgen oder übermorgen ihren Forderungen Rechnung getragen wird. Wenn wir nicht

unnötig zaudern, sondern die großen Möglichkeiten beim Schopf packen und diszipliniert und geplant an die Arbeit gehen, dann folgen uns die Studenten. Das zeigen die vielen Gebührenstreiks gleich zu Beginn des Semesters, v. a. in Marburg und in Freiburg. Das zeigt der NRW-Sternmarsch mit über 10 000 Teilnehmern bereits drei Wochen nach Semesterbeginn! Das zeigen auch die ersten SP-Wahlergebnisse in diesem Semester.

3. Auch die herrschende Klasse hat sich auf die neu entstandene Situation eingestellt. Bei dem gegebenen Kräfteverhältnis nimmt ihr Spielraum für Zugeständnisse an die Studenten ab. Um das „auszugleichen“, sollen die Studenten eingeschüchtert werden, soll ihnen der Mut zum gemeinsamen Kampf genommen werden. In Freiburg werden erste Versuche gemacht, die Studenten gleichzeitig mit ihrer Meldung zum Examen auf ihre Treue zur Verfassung, d. h. auf ihre Treue zu den Programmen der herrschenden Parteien, zu überprüfen. Reaktionäre Hausordnungen sollen die Rechte des ASTA und fortschrittl. Studentenorganisationen beschneiden. Der Ordnungsrechtsparagraph im HRG steht an. Das Kesseltreiben gegen den vds mit dem Ziel, ihn finanziell auszubluten, nimmt zu. Das bayerische Hochschulgesetz, das die Existenz von ASTen verbietet, ist seit dem 1. Oktober in Kraft. Auch dieser Weg ist für die herrschende Klasse keineswegs unproblematisch. Denn die Liquidierung eines ASTA verbessert das Studium um keinen Deut, und mit einer Hausordnung kann man keine Wuchermeite bezahlen. Die sozialen und Studienprobleme der Studenten bleiben die alten, verschärfen sich sogar. Mit der engen Verzahnung von wirtschaftlichem und politischem Druck gegen die Studenten hat sich die herrschende Klasse auf ein für sie sehr abschüssiges Gelände begeben. Die einschneidenden Verletzungen demokratischer Normen zwingen uns, den ökonomischen und politischen Kampf enger miteinander zu verbinden. An der PH Köln beispielsweise konnte in der Vorbereitung des NRW-Sternmarsches die Durchführung einer reaktionären Hausordnung durch das gemeinsame Auftreten der Studenten und das entschlossene Handeln unserer Genossen verhindert werden.

Solche Beispiele des erfolgreichen Kampfes müssen wir viel mehr als bisher propagieren. Doch gleichzeitig dürfen wir nicht versuchen, die Tatsache wegzudiskutieren, daß die herrschende Klasse gegenwärtig eine Politik betreibt, die uns das Erzielen von Erfolgen systematisch erschwert. Dies v. a. deshalb, weil der Druck der herrschenden Klasse gegen die Studenten nicht isoliert dasteht, sondern Bestandteil eines umfassenden Versuchs ist, gegen die Arbeiterklasse und alle fortschrittlichen Kräfte in die Defensive zu kommen. Am deutlichsten macht das die Maßhaltepolitik gegenüber der Arbeiterklasse, die mit intensivem Druck auf die Gewerkschaften, insbesondere die klassenbewußtesten Kräfte in den Gewerkschaften, gepaart ist. Die gleiche Tendenz kommt auch in den jüngsten Landtagswahlen zum Ausdruck. Wichtigster Grund für die Stimmengewinne der CDU/CSU ist die Unsicherheit weiter Teile der Bevölkerung angesichts der Inflationspolitik der Monopole und der wachsenden Arbeitsplatzunsicherheit sowie die Tatsache, daß die SPD-Führung und die Bundesregierung dieser Entwicklung keine Politik im Interesse der Arbeiterklasse entgegensetzen. Ihr oberstes Ziel ist die Erhaltung und Festigung der kapitalistischen Profitherrschaft, des imperialistischen Herrschaftssystems. Die CDU/CSU kann diese Situation geschickt für sich ausnutzen, indem sie sich als Sachwalter des „kleinen Mannes“ aufspielt und für die schlechte wirtschaftliche und soziale Entwicklung eine angeblich „sozialistische“ Politik der SPD sowie das Wirken aller fortschrittlichen Strömungen in unserem Land verantwortlich macht. Gegenüber diesen Angriffen steht die SPD-Führung in der Defensive und strebt mehr denn je gemeinsame Lösungen mit der CDU/CSU an. Das zieht ihre Politik aber nur um so tiefer in den Krisen- und Inflationsstrudel der kapitalistischen Profitmacherei hinein. Um so mehr wird der demagogischen Offensive von Strauß, Dregger und Kohl Tür und Tor geöffnet. Typisch für die gegenwärtige Taktik der herrschenden Klasse ist auch die Kompromißlosigkeit, mit der heute die Studenten von anderen gesellschaftlichen Kräften, insbesondere der Arbeiterklasse, isoliert werden sollen. Der hessische Ministerpräsident Osswald hat beispielsweise den Sozialkampf der Marburger Studenten damit bekämpft, daß er

in einem Großbetrieb wie den Farbwerken Hoechst demagogisch behauptete, der Staat müsse „Flagge zeigen“, weil die Marburger Studenten versuchten, sich auf dem Rücken der Arbeiter zu sanieren. Diese äußerst harte Spaltungspolitik ist der wichtigste Grund dafür, daß in Marburg trotz des hohen Mobilisierungsstandes der Marburger Studenten die Verweigerung der erhöhten Sozialgebühren abgebrochen werden mußte. Doch dieses Beispiel darf uns nicht entmutigen, sondern wir müssen viel konsequenter als bisher die Isolierung der Studenten an einer Hochschule von allen übrigen Studenten sowie die Isolierung der Studenten gegenüber der Arbeiterklasse bekämpfen. Auch die Marburger Studenten selber haben sich nicht dazu verleiten lassen, den Gedanken, daß soziale Verschlechterungen abwehrbar sind, als widerlegt zu betrachten. Auf der selben Vollversammlung, die den Abbruch der Gebührenverweigerung beschlossen hat, haben sie bereits begonnen, neue Aktionsvorschläge zu entwickeln, um auf andere Weise und an anderer Stelle ihre Forderungen durchzusetzen. Deutlicher als bei ihrer Gebührenverweigerung im Vorjahr haben sie erkannt, daß die Gebührenverweigerung zwar keinen unmittelbaren Erfolg gebracht hat, aber ein wichtiger Beitrag zur Veränderung des politischen Kräfteverhältnisses gewesen ist.

Auch das Ergebnis der Kommunalwahlen in Marburg zeigt, daß die augenblickliche Taktik der herrschenden Klasse keine Einbahnstraße ist. Die 9 Prozent für die DKP sind auf eine kontinuierliche, öffentliche und wirksame Politik im Interesse der arbeitenden Menschen zurückzuführen, auf das beharrliche Aufgreifen auch der kleinsten Sorgen und Nöte, auf die Tatsache, daß diese Partei mit Persönlichkeiten identifiziert werden kann, die einem großen Teil der Bevölkerung als konsequente Interessenvertreter bekannt sind, und daß die DKP sich in der vergangenen Legislaturperiode bereits als eine reale Kraft erweisen konnte, die initiativ- und erfolgreich die Tagesforderungen der werktätigen Menschen vertreten hat. Wenn auch nicht ausschlaggebend, so doch zu einem gewissen Teil ist der Erfolg der DKP in Marburg auf den eigenständigen Wahlkampfbeitrag der Spartakusgruppen an diesem Ort zurückzuführen. Der Bundesvorstand dankt an dieser Stelle den Marburger Genossen für ihren Einsatz und gratuliert ihnen zu diesem Erfolg.

Die herrschende Klasse stimmt ihre Taktik gegenüber den Studenten eng mit ihrer Taktik gegenüber der Arbeiterklasse ab. Unsere Lösung „Kampf der Studenten an der Seite der Arbeiterklasse“ ist also mehr denn je für die Masse der Studenten eine Anleitung zum täglichen Handeln. Der Betriebsrat der von der Stilllegung bedrohten „Essener Eisenwerke“ hat sich in seinem Beitrag an die Teilnehmer des NRW-Sternmarsches mit den sozialen und politischen Forderungen der Studenten demonstrativ solidarisiert. Dieses Beispiel muß Schule machen.

Deshalb gilt es auch mehr denn je hier und heute, die Masse der Studenten auf die einzige Partei aufmerksam zu machen, die als initiativreiche und vorwärtsdringende Kraft unter den Arbeitenden wirkt. Es gilt, die Masse der Studenten an das gemeinsame Handeln mit der Deutschen Kommunistischen Partei heranzuführen. Von größter Bedeutung ist hier die von der DKP eingeleitete Aktion „Preisstopp und Arbeitsplatzsicherung“. Mit wachsendem Erfolg dieser Aktion werden auch die Bedingungen für die Durchsetzung von Erfolgen im Hochschulbereich besser. Die Hauptforderungen dieser Aktion sind zugleich der gemeinsame Nenner aller sozialpolitischen Bewegungen auch an den Hochschulen. Es geht deshalb nicht an, Erfolge dieser Aktion abzuwarten und solange zuzuschauen. Heute schon geht es darum, diese Aktion von den Hochschulen her zu unterstützen, mit dem spezifischen Beitrag, den die Studenten dazu leisten können. Das besagt ganz und gar nicht, daß andere Aufgaben nun hintenangestellt werden sollten. Aber in unseren sozialpolitischen Aktivitäten, in unserem Beitrag zur Unterstützung der Aktion „Preisstopp und Arbeitsplatzsicherung“ geht es darum, zäh und ausdauernd für die Verwirklichung solcher umfassenden Forderungen einzutreten, deren Erfüllung die Ausgangsbedingungen für jede einzelne sozialpolitische Bewegung der Studenten erheblich verbessern würde.

Wenn wir also die objektiven Bedingungen an den Hochschulen und in der Gesellschaft insgesamt betrachten, so

wird deutlich: ein Verzicht auf den Kampf um wichtige Tagesforderungen, ein Rückzug von der Politik wird kein Problem lösen, aber alle verschärfen, wird die Gefahr einer Rechtsentwicklung vergrößern. Die objektive Lage ist, daß auch an den Hochschulen die Probleme nach einer Lösung schreien. Dieser Tatsache muß sich der MSB Spartakus stellen, gleich, ob die Studenten an dem einen oder anderen Ort momentan gerade kampftschlossen oder eher enttäuscht sind. Rechtzeitiges Anpacken der wichtigsten Probleme der Studenten und ein kontinuierliches Am-Ball-Bleiben: das ist die Aufgabe, die wir zu lösen haben.

4. Diese Aufgabe wird noch klarer, wenn wir uns in der internationalen Politik umsehen. Denn der wirtschaftliche und politische Druck auf die Studenten und auf die Arbeiterklasse unseres Landes sind keine isolierte Maßnahme. Sie widerspiegeln auch die Situation, in der sich der Imperialismus weltweit befindet. In seiner historischen Defensive kann er zweifellos noch Stärken entwickeln. Der Imperialismus ist nach wie vor gefährlich. Doch sind die Maßnahmen der herrschenden Klasse, mit denen wir täglich konfrontiert sind, in ihrem Wesen ein Ausdruck der Schwäche. Der Imperialismus wird weltweit von einer tiefen, alle gesellschaftlichen Bereiche durchdringenden Krise erschüttert.

Der Faschismus in Portugal konnte gestürzt werden, das faschistische Regime in Griechenland ist zusammengebrochen. Doch die Kräfte der äußersten Reaktion haben ihre Waffen noch nicht gestreckt. Die Krise der herrschenden Klasse in Italien spitzt sich zu, immer neue faschistische Verschwörungen werden aufgedeckt. Die einzige geschlossene gesellschaftliche Kraft Italiens mit einem zukunftsweisenden Programm ist die Arbeiterbewegung unter Führung der Italienischen Kommunistischen Partei. Noch steht sie jedoch einer breiten Koalition von Kräften gegenüber, die durch nichts als den Antikommunismus zusammengehalten werden.

Die Tendenz der Einheit der Linkskräfte in einer Reihe von Ländern, u. a. in Frankreich und Portugal, schreitet voran. Zugleich ist die Aktionseinheit von Kommunisten und Sozialdemokraten in diesen Ländern neuen Prüfungen ausgesetzt.

Der Entspannungsprozeß in Europa und der Welt macht Fortschritte. Dies wird deutlich an dem alles in allem erfolgreichen Verlauf der europäischen Sicherheitskonferenz und auch an der sich vertiefenden wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und der BRD. Die Versuche imperialistischer Kräfte, die Entspannung abzublocken, zu unterminieren oder abzubremsen, sind vielfältig. Dennoch sind sie insgesamt nicht erfolgreich, da der Imperialismus immer deutlicher gezwungen wird, eine glaubwürdige Antwort zu finden auf die wachsende Ausstrahlungskraft der sozialistischen Friedenspolitik.

Um so wichtiger ist es für uns, in diesen Prozeß konstruktiv einzutreten und die Bemühungen der gesellschaftlichen Kräfte, den Entspannungsprozeß voranzutreiben, zu unterstützen. Wir begrüßen deshalb die Durchführung eines Kongresses für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit am 7. Dezember in Bad Godesberg und werden uns an der Vorbereitung und Durchführung des Kongresses aktiv beteiligen. Es ist gut, daß der Spartakus Mitglied im WBDJ ist, der in dieser Woche seine neunte Generalversammlung durchführt, von der viele neue Initiativen für die internationale Zusammenarbeit der fortschrittlichen Jugend- und Studentenorganisationen ausgehen.

Die trotz aller Manöver des Imperialismus ermutigende internationale Entwicklung gibt uns die Sicherheit: Wenn wir genügend starken Druck entwickeln, dann kann auch der Imperialismus der BRD nicht ewig verhindern, daß sich die internationalen Veränderungen auch in der Innenpolitik niederschlagen. Denn auch in unserem Land sieht die Lage für die herrschende Klasse nicht rosig aus. Jedem Tag der Krise, der Inflation, der Kurzarbeit, der Ausbildungsmisere in der BRD steht ein Tag der Planerfüllung, des wirtschaftlichen Wachstums, der sozialen Sicherheit, der unbhinderten Aus- und Weiterbildung in der Sowjetunion, der DDR und jedem anderen sozialistischen Land entgegen.

Das ist die Situation und es gibt keinen Grund sich einzufügen, sondern wir müssen die wirklich wichtigsten Fragen, die die Studenten bewegen, aufgreifen und die Studenten mutig in die Offensive für die Durchsetzung dieser ihrer wichtigsten Forderungen führen.

Genossinnen und Genossen,

seit Beginn des Semesters zeigt die Politik der finanziellen Restriktion, die die Regierungen in Bund und Ländern gegenüber den Hochschulen betreiben, ihre Wirkungen: katastrophale Studienbedingungen machen die materielle Misere überall spürbar, die vielfältigen sozialen Verschlechterungen sind den Studenten aufgebürdet worden. Eine große Unzufriedenheit der Studenten mit ihrer sozialen Situation und den materiellen Studienbedingungen ist allenthalben offenbar geworden.

In den kommenden Monaten konzentrieren wir unsere Kräfte auf zwei Schwerpunkte:

Auf den Kampf für die sozialen Interessen der Studenten und auf die Vorbereitung und Durchführung der Urabstimmungen zur verfaßten Studentenschaft.

Dies sind Schwerpunkte der Arbeit des gesamten Verbandes, jeder Gruppe, jeder Sektion. — Das sind die Probleme, die bundesweit alle Studenten betreffen. Innerhalb kürzester Zeit seit Semesterbeginn sind örtlich und regional Massenbewegungen gegen die „Rotstiftpolitik“ der Regierungen in Bund und Ländern, gegen die vielfältigen Verschlechterungen der sozialen und materiellen Studienbedingungen entstanden. Ein wesentlicher Mangel im bisherigen Sozialkampf ist die örtliche Isolierung der verschiedenen sozialen Bewegungen und die Vernachlässigung der BAFÖG-Bewegung. Kernproblem der sozialen Lage der Masse der Studenten ist die Ausbildungsförderung, notwendig zur wirklichen Verbesserung der sozialen Lage ist auch weiterhin die Durchsetzung der BAFÖG-Forderungen des vds. Deshalb gilt es nicht nur unsere Forderungen zu verankern, sondern sofort Bewegungen für die Durchsetzung dieser Forderungen zu entwickeln. Wir orientieren auf örtliche und regionale Massenaktionen (Demonstrationen, Kundgebungen, Veranstaltungen) zu unseren sozialen Forderungen noch vor Weihnachten. Im Zusammenhang mit diesen Aktionen organisiert der vds zusammen mit den ASTen Anfang Dezember eine bundesweite BAFÖG-Rallye. Alle Gruppen sollten für die Vorbereitung und Durchführung dieser Aktionen das Verbands-Info zum Sozialkampf genauestens studieren.

Genossinnen und Genossen,

in vielen Bundesländern kommen auf die Studenten Prüfungsordnungen zu, die den Leistungsdruck erheblich verschärfen und eine enge Orientierung des Studiums an den aktuellen Verwertungsinteressen des Großkapitals gewährleisten sollen. Wir werden einige wenige spezifische Sofortforderungen, die die Studenten auf das Wesentliche im Kampf gegen die Prüfungsordnungen konzentrieren und ihre unmittelbaren Interessen zum Ausdruck bringen, zu formulieren haben. Der enge Zusammenhang mit den Kämpfen um demokratische Ausbildungsziele muß sich sowohl in den Forderungen als auch in den Aktionen widerspiegeln. Das Studentenaktionsprogramm ist dabei ein hervorragender Leitfaden zur Entwicklung einer klaren antimonopolistischen Orientierung und konkreter Aktionsschritte, mit denen Studenten für eine aktive, kontinuierliche Mitarbeit in den Aktionsgruppen der verfaßten Studentenschaft gewonnen werden können und mit denen der Weg zur realen Durchsetzung unserer Forderungen vorgezeichnet wird.

Auch im Kampf gegen die Berufsverbote, gegen die antidemokratischen Maßnahmen wie die Gebäudenutzungsordnung an der PH Köln, die Büchertische verbieten und Flugblätter, Plakate und Wandzeitungen der Zensur durch den Dekan unterwerfen soll, sind eigenständige Aktionen und Bewegungen notwendig. Die Organisierung einer breiten Solidaritätsbewegung mit den vom Berufsverbot Betroffenen, der Kampf um ihre Wiedereinstellung bleibt weiter auf der Tagesordnung. Als wichtigsten Schritt im Kampf gegen die Berufsverbote, gegen alle antidemokratischen Maßnahmen, müssen wir den MSB und jeden ein-

zelnen Genossen für die Studenten unentbehrlich machen. Wir müssen ihr Vertrauen und ihre Achtung gewinnen. Dazu müssen die Gruppen und die Sektionen die Massenarbeit jedes Genossen, sein offensives Auftreten als Spartakist im Seminar und in der Vorlesung organisieren.

Die Angriffe auf die Fachschaften, ASTen und v. a. ihren demokratischen Dachverband, den vds, erreichen in den letzten Monaten einen neuen Höhepunkt. Zwar wird in dem im Dezember im Bundestag verabschiedeten HRG-Entwurf noch die verfaßte Studentenschaft — jedoch politisch geknebelt durch die Beschränkung auf das hochschulpolitische Mandat — stehen, doch der Kuhhandel mit der CDU/CSU im Bundesrat ist schon jetzt perfekt: Aus der bis dato für alle Länder verbindlichen Bestimmung über den bloßen Erhalt der verfaßten Studentenschaft wird eine Kernbestimmung werden, die den Ländern alle Möglichkeiten offenläßt, Land für Land soll dann die verfaßte Studentenschaft zerschlagen werden. Dieses abgekartete Spiel von Bundesregierung und CDU/CSU muß aufgedeckt werden.

Den Angriffen auf die verfaßte Studentenschaft und ihre Rechte müssen wir unser geschlossenes Votum entgegensetzen: Die beiden Dachverbände der Studentenschaften in der BRD, vds und SVI, haben auf ihren letzten Mitgliederversammlungen beschlossen, dazu eine bundesweite Urabstimmung der Studenten an allen Fachhochschulen, Universitäten, pädagogischen und anderen Hochschulen durchzuführen. In dieser actionsbezogenen Urabstimmungskampagne soll deutlich werden, daß die Studenten ihre verfaßten Organe mit politischem Mandat verteidigen werden.

Für oder gegen die verfaßten Organe mit politischem Mandat heißt für oder gegen die Interessen der Studenten! Dieser Grtchenfrage darf sich keine politische Gruppe an der Hochschule, kein Rektor, kein Hochschullehrer entziehen. Der RCDS, seine gegen die Interessen der Studenten gerichtete Politik und sein offener Versuch, die verfaßten Organe zu zerschlagen, muß überall entlarvt werden. SLH und andere rechte Gruppen, die demagogisch vorgeben, selbst für das politische Mandat zu sein, müssen dazu gezwungen werden, Farbe zu bekennen.

Vor allem aber müssen wir alles versuchen, das Bündnis mit den Gewerkschaften, die sich ohne Abstriche für den Erhalt der verfaßten Studentenschaft mit politischem Mandat ausgesprochen haben, überall zu entwickeln und auszubauen.

Die Beschränkung auf das hochschulpolitische Mandat, wie sie die herrschende Klasse und ihre Stoßtrupps an der Hochschule, RCDS, NHB, SLH, Bund „Freiheit der Wissenschaft“ und andere rechte Gruppen fordern, soll Arbeiter und Studenten trennen. Sie richtet sich gegen die antimonopolistische Orientierung des studentischen Kampfes und soll damit die Durchsetzung von tatsächlichen Erfolgen unmöglich machen.

Genossinnen und Genossen!

5. Ob wir unsere Forderungen schnell durchsetzen können oder erst nach einer Reihe von Anläufen, die auch von punktuellen Niederlagen begleitet sein können, das vermag heute niemand zu sagen.

Im Jahre 1925 stellte Ernst Thälmann fest: „Der Leninismus lehrt, daß man den Kampf aufnehmen muß, wenn ernste Chancen für den Sieg vorliegen. Eine Garantie für den Sieg gibt es niemals im voraus. Die Niederlage in einem solchen Kampf ist tausendmal fruchtbarer und wertvoller für die Zukunft des Klassenkampfes als ein Rückzug ohne Schwerstreich.“

Daraus können wir auch heute noch eine Menge lernen. Die objektive Lage an den Hochschulen ist heute so, daß einige Probleme heranreifen, die geradezu nach einer Lösung im gemeinsamen Interesse von Arbeitern und Studenten schreien. Die objektive Lage ist so, daß überall dort, wo wir uns mit vielen Ideen und Vorschlägen dafür einsetzen, mehr Studenten als in früheren Jahren im Rahmen der verfaßten Studentenschaft aktiv werden, also An-

sätze von Organisiertheit stärker entwickelt werden. Die objektive Lage ist die, daß der MSB Spartakus eine starke Organisation geworden ist. Trotz aller Schwierigkeiten an den Hochschulen gibt es eine entwickelte Aktionseinheit mit sozialdemokratischen Studenten, insbesondere mit dem SHB. Uns muß es darum gehen, die in der objektiven Lage wurzelnden Möglichkeiten **vollständig** zu nutzen.

Wie unterschiedlich sie von den einzelnen Spartakusgruppen genutzt werden, das zeigt eindringlich der NRW-Sternmarsch vom 7. November. Mit seinen über 10 000 Teilnehmern war er ein großer politischer Erfolg. Ein ganz besonderer Erfolg war er jedoch für die Studenten und Spartakusgruppen in den Orten, in denen seit Abbruch der Gebührenverweigerung konsequent und systematisch der Kampf für greifbare sozialpolitische Erfolge fortgesetzt wurde. Maßgeblich aufgrund der Aktivität der Spartakusgruppe nahmen beispielsweise aus Duisburg 500 Studenten am Sternmarsch teil. Sie konnten einen ersten örtlichen Erfolg verbuchen. Die Stadt hat angekündigt, ein Kindergartenprojekt des AStA zu finanzieren und hat außerdem den Bau einer Übergangsmensa versprechen müssen.

Oder schauen wir nach Konstanz: Bereits die dritte Woche dieses Semesters stand im Zeichen eines dreitägigen Streiks gegen die verfassungswidrigen Berufsverbote an der Universität Konstanz. Dieser Streik wurde von 90 Prozent aller Studenten befolgt, eine parallel laufende Urabstimmung des akademischen Mittelbaus hatte eine Beteiligung von 76 Prozent, wobei sich 55 Prozent ebenfalls für einen Warnstreik aussprachen. Das breite Bündnis von Studenten und Hochschullehrern, von Sozialdemokraten, Liberalen und Kommunisten wurde durch diese Aktion gefestigt.

In vielen Wohnheimen in der BRD wird jetzt die Zahlung von Mieterhöhungen verweigert. In Köln beispielsweise stehen die Wohnheimstudenten bereits seit zwei Jahren im Mietstreik; bis jetzt hat sich die Landesregierung an der Hartnäckigkeit der Studenten die Zähne ausgebissen. Und in einigen Hamburger Wohnheimen, in denen seit Anfang dieses Monats 90 Prozent der Studenten die Mieterhöhung verweigern, konnte der Senat der Stadt Hamburg bereits zu einer Bezugsschussung in Höhe von 20 DM gezwungen werden. Ein besonders gutes Beispiel dafür, wie man jetzt vorgehen muß, ist der Kampf der Geschichtsstudenten und unserer Sektion Geschichte in Münster gegen eine undemokratische Zwischenprüfung als Voraussetzung für den Besuch eines Hauptseminars. Bereits vor zwei Semestern wurden Aktionen gegen diese Prüfung durchgeführt, jedoch ohne Erfolg. Zum SS war der Boykott der Prüfung vorgesehen, aber er konnte aufgrund der Unsicherheit vieler Studenten nicht durchgeführt werden. Unsere Genossen gaben nicht auf und entwickelten jetzt systematisch Gesprächsbeziehungen mit den Studenten und werteten diese Erfahrungen auf den Sektionssitzungen aus. Viele Studenten konnten so gewonnen werden, sich in den Arbeitsgruppen beim Fachschaftsrat auf die Auseinandersetzungen in den Hauptseminaren vorzubereiten. Nach einer Urabstimmung und einer Vollversammlung, die schließlich den Boykott der Prüfung beschloß, beteiligten sich 60 von 200 Prüflingen durch Wandzeitungsmalerei, Agitation in Lehrveranstaltungen, Bündnisarbeit mit Hochschullehrern usw. an der Organisierung des Boykotts. Nur 70 von 200 Studenten schrieben schließlich die Prüfung mit, so daß der Rektor jetzt diese Hauptseminarprüfung für unzulässig erklären mußte. Nun arbeiten 30 bis 40 Kommilitonen regelmäßig mit dem Fachschaftsrat zusammen, 10 sind in der SozialAG der Fachschaft. Und unsere Sektion hat viele neue Sympathisanten.

Das sind alles Beispiele aus den letzten Tagen und Wochen. Sie beweisen, daß die Studenten auch jetzt erfolgreich kämpfen können, wenn der Spartakus systematisch und unbeirrt die vorhandenen Möglichkeiten **vollständig** nutzt. Allerdings gibt es auch Gruppen, die sich nach einem errungenen Erfolg zieren, in der studentischen Öffentlichkeit den Erfolg als Erfolg auszuwerten. Sie scheuen sich davor, den Studenten die einfache Wahrheit zu sagen: daß sie vielleicht nicht alles durchgesetzt haben, was sie gefordert hatten, aber das, was durchgesetzt wurde, verdanken die Studenten allein und ausschließlich

ihrem eigenen Kampf. Wo die Studenten aufgrund unseres Versagens diesen Zusammenhang nicht erkennen, wird es dem Gegner nicht schwerfallen, den Erfolg bei der nächsten Gelegenheit wieder rückgängig zu machen.

Wir müssen also mit den Studenten völlig offen darüber diskutieren, was zu einem Erfolg geführt hat, aber auch über die Gründe eines Mißerfolgs. Das ist gerade jetzt nötig, weil die Erfolgsbedingungen recht kompliziert sind. Der Spielraum der herrschenden Klasse für materielle Zugeständnisse ist gegenwärtig gering. Deshalb organisieren die Herrschenden einen hartnäckigen Widerstand gegen unsere Forderungen, gerade zu einer Zeit, da die Erfüllung der Forderungen dringender denn je ist. Diese Situation fordert von den Studenten ein höheres Maß an politischer Reife und zwingt uns zu noch gründlicherem Herangehen an die Frage, was für die Studenten, für die demokratische Bewegung in der BRD überhaupt, ein Erfolg ist. Die Grundvoraussetzung eines Kampfes, dessen Forderungen durchgesetzt werden können, besteht darin, daß die marxistische Organisation eng mit den Massen verbunden ist, daß die Studenten mehr Klarheit gewinnen über den Weg, auf dem gesellschaftliche Veränderungen möglich sind, und daß sie auch die Zähigkeit, die dieser Kampf erfordert, entwickeln. Würden wir das Erfolgskriterium auf den Nachweis einer Kette unmittelbarer Erfolge eingrenzen, hätte es in der Geschichte der Arbeiterbewegung nie eine erfolgreiche Bewegung gegeben, selbst in der russischen Revolution nicht.

Aber wir dürfen auch nicht den Erfolg, d. h. die erkämpften Forderungen, irgendwie abstrakt den gesammelten Kampferfahrungen entgegenstellen. Beide Seiten des Kampfes sind eng miteinander verflochten. Wir müssen unsere Politik so anlegen, daß wir nicht die eine oder andere Seite dieser Politik verabsolutieren. Wir dürfen also weder in den Fehler verfallen, die Studenten nur abstrakt über den Gegner aufzuklären, noch dürfen wir die Auffassung verbreiten, daß eine Aktion, die nicht mit der unmittelbaren Erfüllung der gestellten Aufgabe endet, praktisch vergeblich gewesen sei.

Mit unseren Forderungen meinen wir es ernst, weil die Probleme ernst sind, auf deren Lösung unsere Forderungen abzielen. Vom Standpunkt der Masse der Studenten aus gesehen müssen diese Probleme sofort gelöst werden. Deswegen nennen wir unsere diesbezüglichen Forderungen auch Tages- oder Sofortforderungen, und wir machen uns deshalb sofort daran, den Kampf für die möglichst schnelle, möglichst sofortige Erfüllung dieser Forderungen zu organisieren. Es gibt viele Beispiele dafür, und einige haben wir hier erwähnt, die zeigen, daß es gelungen ist, relativ schnell einen Erfolg zu erzielen, unsere Forderungen teilweise oder ganz durchzusetzen. Häufig wird es aber auch vorkommen, daß wir einen oder zwei Anläufe unternehmen, aber der Gegner nicht zurückweicht. Wird dadurch unsere Sofortforderung uninteressant für die Studenten, unaktueller, weniger dringend? Sicherlich nicht, genau das Gegenteil ist richtig. Vielleicht werden zunächst in einer solchen Situation viele Studenten resignieren, aber ihre objektive Lage verschärft sich dennoch weiter. Darauf müssen wir gut eingestellt sein und müssen schohnungslos alle objektiven Probleme, aber auch alle Schwächen der Bewegung und auch unsere eigenen Fehler vor den Studenten aufdecken, damit die richtigen Lehren gezogen werden können.

Über Erfolg und Mißerfolg entscheidet letztlich immer das Kräfteverhältnis. Aber das Kräfteverhältnis verändert sich im Kampf und durch den Kampf, den wir führen. Deswegen stellen wir unsere Sofortforderungen ja auch unter Berücksichtigung des gegebenen Kräfteverhältnisses auf, und zwar so, daß der Kampf für diese Forderungen maximal zur Veränderung dieses Kräfteverhältnisses beiträgt. Eine statische oder positivistische Einschätzung von Kräfteverhältnissen ist Marxisten fremd. Auch hier sind die Marxisten parteilich. „Der Marxismus“, stellt Lenin fest, „unterscheidet sich von allen anderen sozialistischen Theorien durch eine hervorragende Vereinigung von absoluter wissenschaftlicher Nüchternheit in der Analyse der objektiven Sachlage und des objektiven Entwicklungsganges mit der entschiedensten Anerkennung der Bedeutung der revolutionären Energie, der revolutionären Schaffenskraft, der revolutionären Initiative der Massen.“

Was wir jetzt brauchen, ist nicht die Konzentration auf sogenannte „langfristige Aufgaben“ und das Liebäugeln mit mehr Zurückhaltung im Tageskampf. Was wir brauchen, ist die Nutzung aller vorhandenen Möglichkeiten für die Durchsetzung der studentischen Sofortforderungen. Wir müssen uns um die wichtigsten Fragen, die die Studenten ständig bewegen, auch wirklich genauso ständig bemühen. Wir müssen neu auftretende Fragen rechtzeitig erkennen, den Studenten dafür Lösungen vorschlagen und mit ihnen offen und verständlich die Erfolgsbedingungen ihres Kampfes diskutieren. In diesem Kampf entwickeln wir breiteste politische Bündnisse, insbesondere festigen wir unsere Aktionseinheit mit dem SHB. Mit diesem Kampf können wir auch am überzeugendsten die Studentenfeindlichkeit der maoistischen Organisationen nachweisen, die, wenn es um die Lösung der dringendsten täglichen Probleme der Studenten geht, vollständig Bankrott machen und mit denen deshalb kein Student etwas zu tun haben darf. Mit einem Wort: **Was wir jetzt brauchen, ist die tägliche Massenarbeit unserer Genossen, damit der Masseneinfluß des MSB Spartakus stabilisiert und ausgebaut wird.**

Wenn wir auf diesem Weg weiter vorankommen, dann werden wir selbst unter noch komplizierteren Bedingungen als heute Erfolge erkämpfen können. Lenin schrieb bereits im Jahre 1908 an eine Gruppe kommunistischer Studenten: „Politische Agitationsarbeit ist niemals vergeblich. Ihr Erfolg wird nicht nur daran gemessen, ob wir es vermocht haben, sofort und mit einem Schlag die Mehrheit oder die Zustimmung für eine koordinierte politische Aktion zu erlangen. Es ist möglich, daß wir das nicht mit einem Schlag erreichen, aber dazu sind wir eine organisierte proletarische Partei, um uns nicht durch vorübergehende Niederlagen entmutigen zu lassen, sondern unsere Arbeit auch unter den schwersten Bedingungen zäh, beharrlich und konsequent weiterzuführen.“

Wieviel mehr muß das heute gelten, wo wir nicht in erster Linie aus Niederlagen lernen müssen, sondern eine erfolgreiche Politik vorweisen und mit einer weltweiten kommunistischen und antikolonialistischen Bewegung verbunden sind, deren Einheit sich festigt und deren Errungenschaften nicht mehr grundsätzlich rückgängig zu machen sind.

6. Die Aufgabe, den Masseneinfluß des MSB zu stabilisieren und auszubauen, darf auf keinen Fall eine leere Formel werden. Wir müssen uns immer fragen, was das konkret bedeutet. In den Gesprächen zur Vorbereitung des Bücherumtauschs haben wir hier einen guten Schritt nach vorn getan. Diese Gespräche haben erstmals dazu geführt, daß im großen und organisierten Rahmen über den Stand unserer Massenbeziehung und damit ganz konkret über den Stand der Verankerung eines jeden einzelnen Genossen unter den Studenten diskutiert wurde. Vielen Genossen ist erstmals und gezielt die Frage nach der Zahl ihrer Gespräche mit Sympathisanten, nach der Zahl der von ihnen geworbenen Mitglieder und rb-Leser, nach ihrem persönlichen Bekanntheitsgrad als Spartakist an ihrem Fachbereich, in ihrem Wohnheim usw. gestellt worden. Die Gespräche haben aber gleichzeitig gezeigt, wie schwer es vielen Mitgliedern fällt, sich Rechenschaft abzulegen über den Stand ihrer persönlichen Massenverankerung, und wie schwer es vielen Vorständen fällt, diese Frage aufzuwerfen und auf eine Antwort zu dringen.

Häufig wurde noch nicht verstanden, daß solche Fragen wie: „Mit wieviel Studenten sprichst du regelmäßig? Wie hoch ist dein persönliches Ziel für die Werbung neuer Mitglieder, neuer rb-Leser usw.?“ nicht formal oder aufgepropft sind. Vielmehr deckt der Zwang, derartige Fragen zu beantworten, in konkretester, direktester, schadungsloser Weise den Stand der Massenverankerung jedes Genossen und letztlich des Masseneinflusses unserer Organisation auf. Wir sollten zukünftig nicht so viel von „Massenarbeit“ reden, sondern uns genauer fragen, was darunter eigentlich zu verstehen ist, um dann konkrete, persönlich abrechenbare Schlußfolgerungen daraus zu ziehen. Massenarbeit heißt nicht, über irgendwelche undefinierbaren Kanäle Einfluß auf eine formlose „Masse“ von Studenten zu gewinnen. Schließlich besteht diese Masse aus lauter Individuen, und auch unsere Organisation ist kein monolithischer Block, sondern sie besteht aus Studen-

ten, Genossen, die studieren, die von daher die grundsätzlich selben Erfahrungen mit dem Studentenalltag sammeln, wie die meisten ihrer Kommilitonen, diesen aber eins voraus haben: Die Spartakisten kennen die Veränderbarkeit dieses Alltags, sie kennen den Weg, auf dem er verändert werden kann, und sie haben den Mut, auf diesem Weg voranzuschreiten. Es geht also darum, daß jeder einzelne Spartakist zu möglichst vielen Studenten persönliche Kontakte entwickelt, daß jeder einzelne Spartakist durch seinen politischen und fachlichen Beitrag im Studium, aber auch in der Freizeit als Student und als Spartakist bekannt wird, daß er schließlich als jemand anerkannt wird, der auf die wichtigsten im Studentenalltag auftretenden Fragen eine konstruktive aktionsbezogene Antwort weiß, weil er organisiert ist, nämlich im MSB Spartakus. Deshalb ist es gut und wichtig, daß in vielen Gruppen damit begonnen wird, auf ein regelmäßiges Studium der Genossen zu dringen. Wir dürfen aber nicht vergessen, im Zusammenhang mit dem Studium nach Ansatzpunkten für die persönliche Massenarbeit jedes Genossen zu suchen. Erst wenn hier alle Ansatzpunkte genutzt werden, kann man davon ausgehen, daß unsere Politik in der Massenarbeit umgesetzt wird. Dann werden mehr Genossen das Studentenaktionsprogramm als Leitfaden für die Bewältigung ihrer täglich auftretenden politischen Probleme voll ausnutzen können.

Die mit dem Bücherumtausch eingeleitete Rechenschaftslegung über die persönliche Verankerung jeder Genossin und jedes Genossen ist deshalb keine formale Abhakfrage gewesen und auch keine Frage, mit deren einmaliger Beantwortung oder auch Nichtbeantwortung man es bewenden lassen könnte. Diese Rechenschaftslegung zielt vielmehr auf die Grundlage unserer gesamten Politik und muß deshalb zu einem ständigen Bestandteil der Anleitungstätigkeit jedes Gruppenvorstandes und jeder Sektionsleitung werden.

II. Unsere Organisation weiter festigen

Wenn wir einige Schritte in der besseren Verankerung unseres Verbandes unter den Studenten vorankommen wollen, dann muß auch zukünftig größere Klarheit darüber herrschen, wozu wir eigentlich die Sektionen brauchen. Die Sektion organisiert die Massenarbeit der Genossen und setzt die gesamte Politik des Verbandes in ihrem Bereich um.

Wenn unsere Genossen im Rahmen ihres Studiums als Studenten, Interessenvertreter und Spartakisten bekannt und anerkannt sein sollen, dann darf man sie natürlich nicht einfach ihrem Schicksal überlassen. Ihre politische Arbeit muß vorbereitet, unterstützt und ausgewertet werden, ihre Massenarbeit muß also organisiert und angeleitet werden. Die Anleitung durch die Sektionsleitung und in besonders wichtigen Fällen auch durch den Gruppenvorstand ist eine Hilfe für das politische Vorgehen der Genossen in den Veranstaltungen, die sie besuchen, oder auch in ihrem Wohnheim oder anderswo. Die auftretenden Probleme bei der Umsetzung, vor allem also die Reaktion und Fragen der Studenten müssen zum Gegenstand der Diskussion auf Sektionssitzungen gemacht werden. Nur so ist es möglich, die Arbeit der Genossen und der Sektion zu verbessern. Dadurch und durch Unterstützungsmaßnahmen, z. B. in der Öffentlichkeitsarbeit, stärkt die Sektion, also die Organisation, den einzelnen Genossen den Rücken.

Unsere Gremienvertreter tragen deshalb auch alle solche Informationen auf die Sektionssitzung, die wichtig sind für die Politik der Sektion am Fachbereich. Die Sektion tritt unbedingt selbstständig auf, sie versteckt sich weder hinter der Fachschaft, noch ist sie eine „gewerkschaftlich orientierte“ Arbeitsgruppe der Fachschaft. Sie bemüht sich überall, auch in den Bereichen, wo es keine andere politische Organisation gibt, um die Zusammenarbeit mit anderen Studenten. Mit ihnen zusammen werden die von uns dazu beauftragten Genossen die Arbeit der Fachschaft leiten.

Eine Sektion des MSB Spartakus macht also Spartakus-Politik, weil jeder einzelne Genosse des Spartakus auch gerade in seinem persönlichen Arbeitsbereich Spartakus-Politik macht. Diese Spartakus-Politik jedes einzelnen

Genossen, sprich Massenarbeit, wird von seiner Sektion organisiert. Das ist die eine Seite der Medaille. Die andere Seite besteht darin, daß die Sektion untrennbar damit verbunden die Politik des Gesamtverbandes und der Gruppe umsetzt. Das bedeutet nichts anderes, als daß es in erster Linie die Sektion ist, die die Beschlüsse der Mitgliederversammlung der Gruppe ausführt. Niemand anderes als die in der Sektion organisierten Mitglieder können die Beschlüsse der MV umsetzen.

Zur Durchführung der Politik der Gruppe und des Verbandes gehört auch, daß die Sektion für die Bildungsarbeit wirbt und, wo möglich, Bildungsabende selbstständig durchführt, daß sie den roten-blätter-Verkauf organisiert und politisch vorbereitet, daß sie öffentliche Veranstaltungen durchführt, Möglichkeiten für interessierte unorganisierte Studenten schafft, mit uns über unsere Politik zu diskutieren usw. usf. Mit einem Wort: Der Pferdefuß einer mangelhaften Sektionsarbeit steckt dort, wo die Sektionsarbeit der Gruppenarbeit, den sog. „zentralen Aufgaben“ entgegengestellt wird. Das sind aber doch die Aufgaben, die sich die Gruppe für ihre Hochschule oder ihren Bereich auf der Grundlage der zentralen Verbandsbeschlüsse gestellt hat. Sie können nur von unseren Genossen gelöst werden, d. h. sie werden von der Sektion gelöst. In unserer Satzung ist festgelegt, daß Mitglied werden kann, „wer bereit ist, sich für die Verwirklichung der beschlossenen Politik einzusetzen“. Und wenn nun das wichtigste Mittel zur Verwirklichung dieser Politik die Vielzahl der Beziehungen und Kontakte eines jeden Genossen sind, dann ist es in erster Linie die Aufgabe aller Leitungen, hier Anleitung und Hilfe zu sichern. Darüber hinaus, auf der Grundlage und in Anwendung der Beschlüsse der Mitgliederversammlung, setzt sich die Sektion natürlich auch für ihren Bereich spezifische Aufgaben und sie stärkt dem einzelnen Genossen für dessen fachliches und politisches Auftreten den Rücken.

Das alles schafft die Sektion natürlich nicht aus eigener Kraft. Sie ist ja auch keine selbständige Grundeinheit. Grundeinheit in unserer Organisation ist die Gruppe. Ihr Vorstand hat deshalb nicht nur die Aufgabe, Mitgliederversammlungen der Gruppe vorzubereiten, sondern auch — und das ist der Schwerpunkt seiner Tätigkeit — die Aufgabe, die Sektion anzuleiten.

Der Vorstand, und das ist das gesamte Kollektiv des Vorstandes, hilft der Sektion in Zusammenarbeit mit dem Sektionsleiter bei der Konkretisierung und Durchführung der von der Mitgliederversammlung und den zentralen Verbandsorganen beschlossenen Politik. Er unterstützt die Sektion beim Herausfinden und Entwickeln politischer Aufgaben im Rahmen der Studienaktivitäten der Genossen. Bei einigen wichtigen Aufgaben muß der Gruppenvorstand durch den persönlichen Einsatz seiner Mitglieder die Sektion bei der Umsetzung und Beschußkontrolle unterstützen, wenn nötig auch über einen längeren Zeitraum hinweg. Aus all dem wird deutlich, daß die Festlegung von persönlichen Verantwortlichkeiten im Gruppenvorstand für die Anleitung bestimmter Sektionen zwar notwendig ist, aber nicht ausreicht. Der Vorstand ist als Kollektiv verantwortlich für die Anleitung der Gruppe, d. h. er ist auch als Kollektiv verantwortlich für die Anleitung der Sektionen.

Als marxistische Massenorganisation der Studenten verfahren wir nach dem Prinzip, uns möglichst nah an den Studenten zu organisieren und dort unsere Politik zu entwickeln und umzusetzen. Wir sind eine offene und diskussionsfreudige Organisation — oder müssen es in einigen Fällen noch werden — in der interessierter Studenten Gelegenheit haben, alle Fragen zu stellen, die sie noch vom Eintritt in den Spartakus abhalten. Wir müssen so offen und diskussionsfreudig sein, weil wir uns, wozu sich ja auch jeder von uns gemäß unserer Satzung verpflichtet hat, um die ständige Vervollkommnung unserer Kenntnis im Marxismus bemühen. Unsere Organisation ist die Basis für jeden von uns, die politische Richtung, der wir uns angeschlossen haben, persönlich und offensiv zu vertreten. Es ist für die Wirksamkeit unserer Politik von großer Bedeutung, daß das Leben in der Sektion und in der Gruppe so gestaltet wird, daß sich jeder unserer Genossen in der Gruppe und Sektion wohl fühlt. In den Gruppen, die das erkannt haben, werden von den Mitgliedern eine

Menge Vorschläge gemacht und auch verwirklicht. Die Palette der Maßnahmen reicht von einem aktuell und attraktiv aufgezogenen Bildungsabend bis hin zu einem gemeinsamen Theaterbesuch. Trotz der vorhandenen guten Ideen und Ansätze sind auch hier für unseren Verband die unausgenutzten Möglichkeiten charakteristisch. Was die Bildungsarbeit betrifft, muß sich jeder Vorstand unverzüglich mit dem Referat und den Ergebnissen der Beratungen befassen, die dazu im Oktober durchgeführt worden sind. Oder um ein anderes, ebenfalls besonders wichtiges Gebiet zu nehmen: Die politische Vorbereitung des rb-Verkaufs muß ebenfalls fester Bestandteil des Gruppenlebens werden. Denn die roten blätter, als Studentenmagazin und zugleich Verbandsorgan des MSB, haben unüberschätzbare Bedeutung für die Stabilisierung und Erweiterung unseres Masseneinflusses.

Liebe Genossinnen und Genossen!

Aus alledem folgt, daß ein Gruppenvorstand — und entsprechendes gilt allemal für einen Ortsvorstand — eng mit dem Leben der Gruppe vertraut sein muß, um wirksam anleiten zu können. Besonderes Augenmerk muß dabei auf die jungen, neu eingetretenen Genossen gerichtet werden. Ihre Anleitung beginnt eigentlich schon mit einem gründlichen Aufnahmegerespräch, bei dem u. a. auch gemeinsam überlegt werden muß, welche Einwirkungsmöglichkeiten dieser neuen Genosse in seinem persönlichen Bekanntenkreis, unter seinen ehemaligen Schul- oder Studienkameraden usw. hat und wie sie erhalten werden können. Vor allem mit jungen Genossen muß auf Mitgliederversammlungen und Sektionssitzungen, aber auch privat und nicht zuletzt im Rahmen des obligatorischen Kurses „Einführung in die Politik des MSB“ intensiv politisch diskutiert werden. Das hilft nicht nur diesen Genossen, sondern unserer gesamten Organisation. Denn die Fragen, die die neu eingetretenen Genossen aufwerfen, sind in der Regel genau diejenigen Fragen, die sehr viele unorganisierte Studenten beantwortet wissen wollen. Es ist deshalb gut für die jungen Genossen und gut für unsere Organisation, wenn gerade neu eingetretene Genossen gezielt mit der Vorbereitung bestimmter Tagesordnungspunkte auf Sektionssitzungen oder Mitgliederversammlungen beauftragt werden, z. B. mit der Vorbereitung bestimmter aktuell politischer Diskussionen.

Durch die Gespräche zur Vorbereitung des Bücheraustauschs konnten viele bislang nicht so aktive Genossen für die Übernahme bestimmter fest umrissener Aufgaben gewonnen werden. Nun geht es darum, mit noch mehr der weniger aktiven Genossen und auch mit den Examenskandidaten solche Festlegungen zu treffen und regelmäßig die Durchführung der vereinbarten Aufgaben zu kontrollieren. Im Examen stehende Genossen sind meistens gern dazu bereit, regelmäßig anfallende Aufgaben und Einzelaufgaben mit einem überschaubaren Arbeitsaufwand zu übernehmen, wie z. B. die Vorbereitung eines Bildungsabends gemeinsam mit einem jungen Genossen. Sie sind auch dazu bereit, ihre Erfahrungen in der rationellen Organisierung des Studiums an ihre Sektion weiterzugeben. Die Unterstützung, die unsere Gruppen von diesen Genossen unbedingt benötigen, muß durch den dafür verantwortlichen Vorstand organisiert werden.

Wir können aus alldem die Schlüssefolgerung ziehen, daß die Ansätze einer persönlichen Anleitung durch den Vorstand, die mit den Bücheraustauschgesprächen geschaffen wurden, unbedingt weiterentwickelt werden müssen. Die persönliche Anleitung, so wie wir sie auf der 3. BV-Tagung beschrieben haben, muß mehr und mehr zu einem festen Bestandteil der Leitungstätigkeit unserer Vorstände werden.

Den Masseneinfluß des MSB stabilisieren und ausbauen, unsere Organisation weiter festigen, das sind die zwei Seiten der Hauptaufgabe für den MSB Spartakus in der gegenwärtigen Situation, die nicht voneinander getrennt werden können.

Die Studenten brauchen einen starken MSB Spartakus. Jede erfolgreiche Aktion beweist das.

Die Studenten können ihre Forderungen nur durchsetzen an der Seite der Arbeiterklasse. Sie müssen also Forderungen aufstellen, die zugleich im Interesse der Arbeiterklasse liegen, und sie brauchen eine marxistische Studentenorganisation, die Verbindungen zur Arbeiterbewegung herstellt und die Aktionen der Studenten mit denen der Arbeiter, wo immer es möglich ist, koordiniert. Auch die Arbeiter brauchen einen einflußreichen MSB Spartakus.

Sie sind daran interessiert, daß es viele Studenten gibt, die sich nicht eines Tages wieder, wie so oft in der Geschichte geschehen, gegen die Arbeiter mißbrauchen oder ausspielen lassen. Gerade jetzt, da sich die Krise des Kapitalismus verschärft und sie immer offenkundiger wird, wo es im internationalen Maßstab große Erfolge der anti-imperialistischen Bewegung gibt, existieren auch in der BRD neue Möglichkeiten für die demokratische und Arbeiterbewegung, gibt es auch die reale Chance der Verbreitung der Studentenbewegung, aber es gibt zugleich die große Gefahr einer Rechtsentwicklung. In solch einer labilen Situation brauchen die Studenten feste Verbindungen zur Arbeiterklasse. Die Studenten brauchen eine marxistische Organisation, die mit den fortschrittlichsten Kräften in der Arbeiterklasse, mit der DKP befreundet ist und zusammenarbeitet. Sie brauchen eine Studentenorganisation, die, wie der Spartakus, viele internationale Verbindungen hat und eng verbunden ist mit der fortschrittlichen internationalen Jugend- und Studentenbewegung.

Mit dem Spartakus zu kämpfen heißt, dort zu kämpfen, wo durch die internationale Solidarität wichtige Erfolge errungen werden. Um die Rechtskräfte zu stoppen und die großen Chancen für die Studentenbewegung zu nutzen, müssen die Aufgaben angepackt werden, die den größten Ausschlag geben für die weitere Entwicklung an den Hochschulen und in der BRD überhaupt. Diese Aufgaben sind auf unserem Bundeskongreß beschlossen worden und werden auf jeder Bundesvorstandstagung aktualisiert und weiterentwickelt. Alle Kraft müssen wir jetzt auf diese Aufgaben konzentrieren, wir müssen geschlossen und diszipliniert vorgehen. Deshalb ist es gut, daß wir eine starke Organisation haben, die demokratisch ist, weil sie sich auf die aktive Mitarbeit, die Ideen, die Initiative und alle satzungsmäßigen Rechte ihrer Mitglieder stützt, und die zugleich ein Höchstmaß an Einheitlichkeit aufweist, weil der Spartakus einen Bundesvorstand hat, der, wie es in der Satzung bestimmt ist, die Tätigkeit der Organisation zwischen den Tagungen des Bundeskongresses leitet und dafür sorgt, daß in unserem Verband nicht nur demokratische Beschlüsse gefaßt werden, sondern auch in

die Wirklichkeit umgesetzt werden. Es liegt auf der Hand: Im Spartakus mitzuarbeiten ist keine verlorene Zeit.

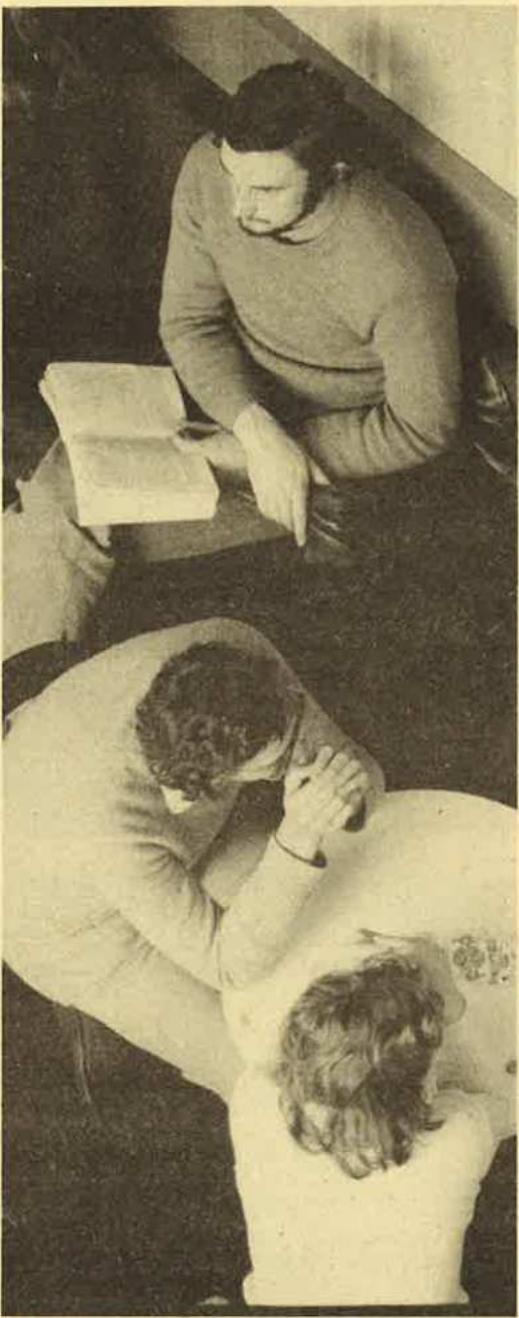
Es gibt keine Studentenorganisation in der BRD, in der man und mit der man effektiver für die eigenen Interessen und für den gesellschaftlichen Fortschritt kämpfen kann. Wir wissen sehr gut und verheimlichen das auch nicht vor den Studenten, nicht jede unserer Forderungen kann sofort durchgesetzt werden. Häufig ist es so, daß man selbst im Kampf für die aktuellsten und dringendsten Tagesforderungen mehrmals gegen die Festung des Gegners anrennen muß, um einen Fortschritt zu erzielen. Deshalb brauchen auch die Studenten im Tageskampf Zähigkeit und Ausdauer, ebenso wie die Arbeiter. Wer das begriffen hat und „ernsthaft bereit“ ist, „den Kampf gegen Imperialismus und Monopolkapital organisiert zu führen“, der gehört in den MSB Spartakus. Wenn man im Spartakus mitmacht, gewinnt man größere Klarheit über Weg und Ziel der fortschrittlichen Studentenbewegung. Deswegen haben Spartakisten auch dann noch den nötigen Mut für den nächsten Anlauf, wenn eine Aktion einmal nicht mit einem unmittelbaren Erfolg abschließt. Nicht nur Erfolge, sondern auch Mißerfolge und die daraus resultierende Erkenntnis, daß es schon allein deshalb gilt, den Spartakus zu stärken, können der Anstoß zum Beitritt in den Spartakus sein. Das muß von uns in der Mitgliederwerbung genutzt werden!

Denn je mehr Genossen wir sind, desto größer wird unsere Kraft und die Möglichkeit, unsere großen Chancen erfolgreich zu nutzen. Es muß Spaß machen, Spartakist zu sein!

Und Spaß macht es, wenn Gruppe und Sektion aktiv sind, wenn die Arbeit gut geplant wird, wenn man etwas dazu lernt, wenn der Vorstand in der direkten Anleitung zusammen mit den Mitgliedern die Beschlüsse umsetzt, wenn jeder von uns zur Stärkung unserer Organisation persönlich etwas beitragen kann, das sowohl den politischen Anforderungen als auch den jeweiligen Neigungen und Fähigkeiten des einzelnen Genossen entspricht. Von Flensburg bis Konstanz gibt es Spartakisten, und alle ziehen an einem Strang.

Das merkt man an den Hochschulen, obwohl unser Verband erst dreieinhalb Jahre existiert.

Mit Entschlossenheit, Mut und Disziplin geht es jetzt darum, unsere Position zu festigen und auszubauen.



Über studen- tische Ängste, ihre Ursachen und Wirkungen - und was man dagegen tun kann

rb-Report von Jens Hagen

Vor dem Examen wachsende Angst vor der Vereinzelung.

Jens Hagen, geboren 1944, freiberuflicher Journalist und Schriftsteller in Köln, arbeitet für Zeitungen, Zeitschriften, Funk und Fernsehen. Veröffentlichungen u. a.: „Erzogene Erzieher“ – Fernsehfeature, 1973 (Regie): „Das Kraftwerk“ (Hörspiel, gemeinsam mit G. Wallraff) 1973; „Was wollt ihr denn, ihr lebt ja noch“ (gemeinsam mit G. Wallraff) 1973. Rowohlt Taschenbuch, 1973. In Arbeit: „Goodbye GI – Ein Song für Frank – Zwei Autoren rekonstruieren einen Selbstmord“ (Hörspiel, gemeinsam mit Gerd Wollschon)

In mehreren Tagebüchern beschrieb der Germanistik- und Philosophie-Student Gerd A. seine Ängste und Sehnsüchte. Freunden gegenüber gab er sich ruhig und selbstsicher; zur antiautoritären Zeit wurde er eine Art „Kommune-Daddy“. Nach dem Philosophikum brach er das Studium ab, fand bei seinen anarchistischen und frühmaoistischen Freunden keine Hilfe und glitt in die Subkultur ab. Heute lebt er – abseits der Realität – als „Flipper“ in Amsterdam.

Den Traum vom Kunstmärkt-Ruhm und von individueller Freiheit träumte der Kunstudien Christopher H. wie viele seiner Kollegen. Als er merkte, daß die Verhältnisse nicht so sind, wie er sie sich wünschte, nahm er sich vor einigen Wochen – kurz vor Abschluß seines Studiums – das Leben.

Im Studentendorf Efferen bei Köln verübte vor einiger Zeit eine Studentin Selbstmord. Wie berichtet wurde, war sie so vereinsamt, daß ihr Tod erst nach einigen Wochen entdeckt wurde.

Das sind nur einige Beispiele aus Köln. Bis auf die beiden letzten Fälle sind es – so verrückt das auch klingen mag – ganz „normale“ Erfahrungen aus dem Studenten-Alltag.

Unter den – laut Frankfurter Rundschau – mehr als 700 000 Studenten in der Bundesrepublik grassieren Angst und Unsicherheit, körperliche und seelische Not. Bereits 1972 meldeten Psychologen an der Bochumer Ruhr-Universität, jeder zweite Student sei „aufgrund psychischer Störungen“ beratungsbedürftig, für 15 Prozent der Kommilitonen sei eine therapeutische Behandlung sogar dringend notwendig. Eine 1974 veröffentlichte Untersuchung der ärztlich-psychologischen Beratungsstelle an der Universität Göttingen stellte fest: Mindestens 30 Prozent der Studierenden in Göttingen seien psychisch gestört. Ähnliche Untersuchungsergebnisse gibt es an den übrigen bundesdeutschen Universitäten und Hochschulen.

Dem Sensationswert dieser Forschungsergebnisse kann sich natürlich selbst die bürgerliche Presse nicht entziehen. Hierzu einige Beispiele von Schlagzeilen aus dem Blätterwald zwischen „liberal“ und rechts:

„An der Kölner Uni blühen die Neurosen“ (Kölner Stadt-Anzeiger)

„Jeder zweite Student hat seelische Störungen“ (Neue Rhein Zeitung)

„Hohe Selbstmordrate bei Studenten“ (Münchner Merkur)

„Studenten begehen häufig Selbstmord“ (Stuttgarter Zeitung)

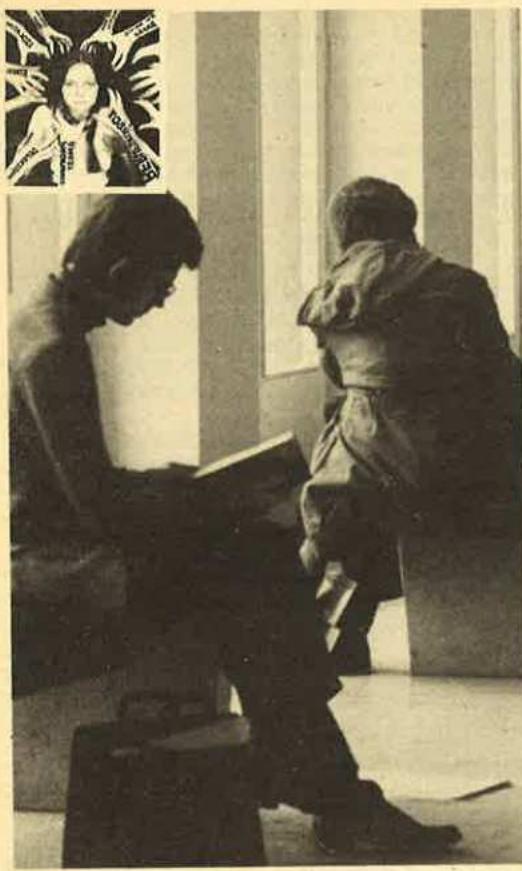
„Immer mehr Studenten suchen Beratungsstellen auf... Die Selbstmordquote ausländischer Studenten ist besonders hoch“ (Stuttgarter Zeitung)

„Psychotherapeutische Beratungsstelle bietet Hilfe – Trennung des Studenten vom Elternhaus kann Depressionen und Hysterie auslösen“ (Generalanzeiger Bonn)

Ausführlich gehen die meisten bürgerlichen Zeitungen auf die Folgen der psychischen Not der Studenten ein. Der Münchner Merkur zum Beispiel schreibt am 3. April 1974:

„Erschreckend ist nach Angaben des Leiters der Beratungsstelle (an der Universität Göttingen, J. H.) Professor Eckart Sperling, die Selbstmordgefährdung bei Studenten. Nach einer an der Beratungsstelle verfaßten Studie sterben Studierende in Göttingen 1,8 mal häufiger durch Selbstmord als andere Gleichaltrige in Niedersachsen, bei Studentinnen ist das Risiko sogar noch größer.“

Vor allem Schwierigkeiten mit dem Studium, das Gefühl, nicht genügend zu leisten, in zweiter Linie Einsamkeit und fehlender Kontakt lassen den Selbstmord bei Studenten als letzten Aus-

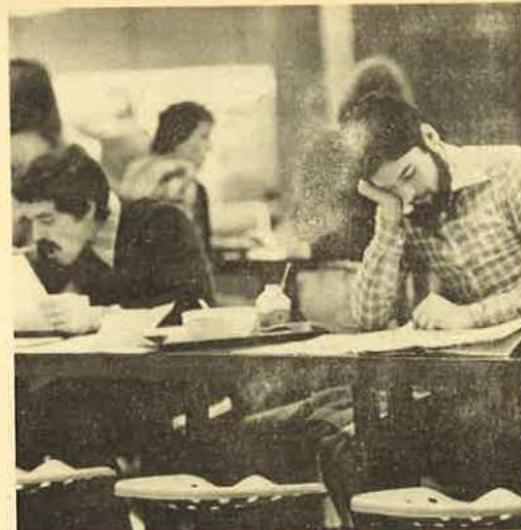


... vor allem Schwierigkeiten mit dem Studium ...

weg erscheinen. Bei den Hilfesuchenden in der Beratungsstelle lagen unter den als störend empfundenen Symptomen Kontaktshierigkeiten mit 24 Prozent an erster Stelle, gefolgt von Leistungsabfall oder -versagen (17,5), depressiven Verstimmungen (14,8), Sexualstörungen (13,1) und Störungen des Selbstwertgefühls (12,8 Prozent). Schlafstörungen und „frei flottierende Angst“ bilden den Schluß dieser Reihe ...“

Einige Zeitungen können sich — sogar in Schlagzeilen und Unterzeilen — nicht der Notwendigkeit entziehen, auch einige der Gründe für die psychische Misere der Studenten anzudeuten oder gar zu nennen. — Auch dafür einige Beispiele:

„Wohnungsmangel und BAFÖG drücken akademische Jugend“ (Münstersche Zeitung)
„Mieten zehren Stipendium auf“ (Neue Rhein Zeitung)
„Student mit 12 Mark Stipendium im Monat“ (Zeitmagazin)
„München wird vielen Studenten zum Alptraum“ (Münchner Merkur)
„Müssen Studenten Angst vor der Zukunft haben?“ (Kölner Stadt-Anzeiger)
„Ungewisser Blick in die Zukunft“ (Der Tagesspiegel)
„Kaum einer hält das Tempo ein“ (Die Zeit)
„Wissenschaftliches Lernen ist kaum noch möglich“ (Frankfurter Rundschau)
„Mieten in den Studentenheimen erhöht“ (Aachener Volkszeitung)
„Im Studentendorf drohen Prozesse“ (Kölnische Rundschau)
„ASIA: Neuer BAFÖG-Skandal in Bonn“ (General-Anzeiger Bonn)
„Arbeiten geht oft vor Studieren — VDS-Bericht: Soziale Lage der Studenten hat sich verschlechtert“ (Frankfurter Rundschau)



... Angst vor dem Zusammensein mit anderen ...



... vor der Mensa Schlange zu stehen, in der Masse unterzugehen ...

Wolf Wagner, wissenschaftlicher Assistent am Otto-Suhr-Institut der ulkigerweise „Freien“ genannten Universität von Westberlin schreibt in seiner etwas exotisch anmutenden, aber doch nicht ganz uninformativen Abhandlung über den Zwang zum Bluff beim Studium, die in zwei Teilen (am 4. und 11. April 1974) in der Frankfurter Rundschau gekürzt veröffentlicht wurde:

„Die Lage der Studenten im Hauptstudium wird hauptsächlich durch das drohende Abschlußexamen bestimmt ... Die Stoffe, für die man sich inhaltlich interessierte, muß man beiseite lassen, um die möglicherweise geforderte Breite im Wissen zu erreichen. Die bereits vorhandenen Minderwertigkeitsängste und Unsicherheiten erzeugen das widersprüchliche Bedürfnis, den Bluff immer perfekter auszubauen, wodurch die Angst vor der Aufdeckung in der Prüfung und in der

Folge die Angst vor dem zu lernenden Stoff, seine negative Besetzung, noch weiter zugespitzt wird.“

Angst herrscht nicht nur vor den Hauptexamina. Bei jeder Klausur, jedem Referat, bei Zwischenprüfungen und Leistungs nachweisen, ja, oft schon bei kleinen Diskussionsbeiträgen in Seminaren geraten Zehntausende von Studenten in Prüfungsnot. Nicht wenige von ihnen leiden dabei unter Schweißausbrüchen, Schlaflosigkeit, Atembeschwerden, Halluzinationen, Hautbeschwerden, Magenkrämpfen, Verdauungsstörungen und Herzschmerzen.

Viele fühlen sich selbst dann unter Druck gesetzt, wenn sie den Prüfungsstoff souverän beherrschen. Bei Ihnen hat sich die Prüfungsangst quasi verselbstständigt; einmal festgefressen, läßt sie sich so schnell nicht wieder vertreiben. Vor

allem dann nicht, wenn entweder nicht genügend Hilfsangebote vorhanden sind oder wenn dem Hilfsbedürftigen nicht klar wird, wie sehr er Hilfe nötig hat. Wobei diese Erkenntnis den „Ängstlichen“ in unserem freiheitlich-demokratischen Hochschulklima nicht gerade leicht gemacht wird. Im Gegenteil.

Über das Lernklima an bundesdeutschen Unis und Hochschulen ist schon viel gesagt worden. Daraus zu zitieren, würde Bände füllen. — Wolf Wagner zum Beispiel schreibt in der FR:

„Zu der tatsächlich durch „Numerus clausus“, Notendruck und Stellenbewerbungen gegebenen Konkurrenzsituation an der Universität kommt noch durch den unterschwelligen Zwang zum Bluff eine gegenseitige Distanzierung, die jede Solidarisierung und erst recht jede angstfreie, mit zärtlichen Gefühlen verknüpfte Beziehung beinahe unmöglich macht. In der daraus folgenden Isolierung und unter dem verinnerlichten Druck unerfüllbarer Wissensanforderungen verschärfen sich die individuellen Komplexe und schon vor Eintritt in die Universität vorhandenen persönlichen Schwierigkeiten ins Katastrophale. Das zeigt sich am extremsten daran, daß von hunderttausend Studenten jährlich durchschnittlich 25 Selbstmord begehen, während vergleichsweise nur 19 der Gesamtbevölkerung und 14 Personen der vergleichbaren Altersgruppe 18 bis 30 Jahre...“

Nicht nur Prüfungen, kapitalistisches Konkurrenzprinzip und der Zwang, mit dem schönen Schein der Ware Wissen geschickt zu handhaben, machen den Studenten in der BRD Angst. Die psychische Not der „Auszubildenden“ an den Unis und Hochschulen wird von weit mehr Faktoren bestimmt.

Angst haben die Studenten zum Beispiel vor dem unüberschaubaren Lehr-„Angebot“, vor unsinnigem Wissenswust (bestes Beispiel sind da wohl die Juristen), den sie bis zur Prüfung in sich hineinfressen und bei der Prüfung auf Kommando und auch bei Fangfragen ausspucken sollen.

Angst haben sie vor blödsinnigen und hinterhältigen Prüfungsmethoden.

Angst haben die studierenden Kollegen vor reaktionären Hochschul-Lehrern und Lehr-Inhalten, vor Repressionen bei kritischem Verhalten, vor Zurechtweisungen und schlechten Noten, vor Numerus clausus, Studienplatzbeschränkung, Regelstudienzeit und Zwangsexmatrikulation, vor Lehrmittelknappheit, überfüllten Hörsälen und Seminaren. Sie haben Angst, in der Mensa Schlange zu stehen, in der Masse unterzugehen und haben Angst, aus der Masse hervorzutreten, zum Beispiel in Seminaren. Viele haben Angst vor der Sexualität, vor dem Alleinsein und dem Zusammensein mit anderen, vor der Beziehung und der Beziehungslosigkeit, vor dem andern und dem eigenen Geschlecht.

Angst wird bei ihnen (und nicht nur bei Ihnen!) durch die materielle Not Hunderttausender Studenten und Hundertausender Familien in der arbeitenden Bevölkerung, durch BAFög-Misere und Wuchermieten für „Buden“ (in Köln bis zu 250 Mark pro Monat) und Wohnheimzimmer (in Köln bis zu 190 Mark, in anderen Städten kaum weniger!). Angst bekommen sie bei den ständig steigenden Preisen, die sie oft noch härter treffen als Arbeiter- und Angestellten-Familien. Und nicht selten sind Unwohlsein, Angstgefühle, Neurosen, Depressionen und körperliche Krankheiten Folgen des übermäßigen Nerven- und Kräfteverschleißes, dem Studenten ausgesetzt sind, die neben hartem Studium noch arbeiten müssen, um überhaupt studieren zu können.

Hunderttausende malochen und büffeln und haben Angst vor der Zukunft: Vor fehlenden Arbeitsplätzen und Berufunsicherheit (wovor oft auch ihre Eltern und arbeitenden Kollegen Angst haben), vor angeblicher „Lehrerschwemme“, vor frustriertem und diskriminiertem „Fachidioten“-



... zum Beispiel Zwangsvorstellungen im überfüllten Hörsaal ...“

Dasein, vorm Abrutsch in die akademische Subkultur, vorm Zukreuzkriechen und — wenn nicht — vor dem Berufsverbot.

Und viele haben — immer noch — Angst, sich zu organisieren. Weil sie — noch — der bürgerlichen Ideologie glauben, die von irgendwelchen individuellen Freiheiten faselt, über die seit Adam und Eva doch immer nur die bestimmt haben, die — mit Hilfe von Keule, Knechten und Kapital — das Sagen haben. — Aber davon später mehr.

Viele der von Angst befallenen Kommilitonen sehen für sich zunächst nur einen Ausweg: die Flucht.

Der Jurastudent Werner P. war ein kontaktfreudiger Mensch, das Lernen fiel ihm leicht. Schon nach wenigen Semestern war er eine wandelnde Paragraphensammlung. Als jedoch die steigen-



Nach acht Semestern Soziologiestudium fühlte Hans sich nicht mehr fähig weiterzumachen.

den Anforderungen seines Studiums und die Notwendigkeit, nebenher Geld zu verdienen, ihm kaum noch Zeit zur Entspannung ließen, begann er sich — notgedrungen — abzukapseln. Wenn ihm abends die Decke der teuren Bude auf den Kopf fiel, ging er in seine Stammkneipe an der Ecke und ließ sich vollaufladen. Nach fünf oder sechs Semestern war er zum Alkoholiker, kurze Zeit später außerdem noch tablettensüchtig geworden. Unter Aufbleitung aller Kraftreserven schaffte er seine letzten Scheine. Sogar mit guten Ergebnissen. Aber die Angst, er könne das alles „nicht mehr packen“, nahm zu. Wenige Monate vor dem Examen brach er zusammen. Mit 26 Jahren war der ehemals selbstbewußte, lebenslustige, lernbegierige und begabte Student nur noch ein körperliches und seelisches Wrack. Auch das Angebot von „liberalen“ Politikern, ihm nach bestandenem Examen und vollzogenem Parteiewchsel ein einträgliches Pöstchen samt politischer Karriere zu verschaffen, konnte ihm nicht das Rückgrat stärken. Natürlich nicht. Er bestand zwar schließlich — mit Stipendienpräzisen aus wohlwollender Hand — doch das Examen, aber sein Selbstbewußtsein war kaputt. Er hatte sich verkauft und fügte sich drein, versuchte seinen psychischen Zustand zu überlügen und wurde — als „Wrack mit Fassade“ — williger Diener derer, die sein Leben zerstört hatten.

Die Gesellschaft, in der wir leben, zeigt sich großzügig, sie bietet viele Fluchtmöglichkeiten.

Wer Angst hat, darf zum Süter werden (falls sein Geld dazu reicht), zum Drogenabhängigen (falls er nicht allzu störend auffällt), er darf sich abkapseln, in Büchern, hinter Phrasen und in Sportwagen vergraben, darf als Spinner abseits der Realität leben.

Nur eines sollte er — nach Ansicht der Angstmacher — möglichst nicht tun: Gemeinsam mit anderen Studentinnen und Studenten, mit Lehr-



„Als die BAFÖG-Misere offenkundig wurde, gingen 40 000 nach Bonn und erzwangen eine Erhöhung der Förderungssätze.“

ingen und Schülern, Arbeitern, Angestellten und Hausfrauen, gegen die Ursachen seiner – und ihrer – Bedrängung angehen.

Zur Spätzeit der antiautoritären Studentenbewegung begann Karla S. an der Kölner Universität – die damals von Studenten kurzzeltig in Rosa-Luxemburg-Universität umbenannt wurde – Sprachwissenschaften, Psychologie und Soziologie zu studieren. Als sie nach vier chaotischen Semestern (ohne Studienberatung und vernünftigen Studienaufbau) die realitätsfeindliche Fliegenbeinzhälerei des Erwin K. Scheuch und seiner gelehrt Kollegen nicht mehr ertragen konnte und im Riesenbetrieb der Uni auch niemanden kennenlernte, mit dem sie ihre Studienprobleme vernünftig besprechen und vielleicht sogar bewältigen konnte, wechselte sie zur Fachhochschule über und begann – ihren Neigungen entsprechend – mit dem Studium der „Freien Malerei“, von dem sie sich mehr „Freiheit“ und „Selbstverwirklichung“ erhoffte. Doch der Rückzug aufs „Ich“ verstärkte bei ihr zunächst noch das Gefühl der Einsamkeit, der Angst vor der Zukunft, der Unfähigkeit, ihre Probleme zu nennen und gemeinsam mit anderen anzugehen. Zwei Jahre lang dauerte es, bis sie – nach einigen Ausflüppversuchen, nach unzähligen Diskussionen und aufreibenden Auseinandersetzungen mit ihrem Freund, mit Studienkollegen und Bekannten, mit fortschrittlichen Sozialdemokraten und Kommunisten – endlich den Mut bekam, ihre Probleme und die ihrer Kollegen anzugehen. Seitdem hat sie es gelernt, sich – auch in der Öffentlichkeit – zu äußern, die Interessen ihrer Mitstudenten zu vertreten, zu kämpfen, auch mit künstlerischen Mitteln, und anderen Mut zu machen, mitzukämpfen. Seit über einem Jahr ist Karla S. Mitglied im MSB Spartakus, außerdem ist sie in den gewerkschaftlich orientierten Berufsverband Bildender Künstler (BBK) eingetreten, und sollte sie ab und zu Angst vor dem



„... Das bringt die Erfolge, auf die man als Einzeler noch nicht einmal zu hoffen wagt; das macht Mut und Spaß ...“

Examen haben, dann vielleicht deshalb, weil die dringend notwendige politische Arbeit ihr – ebenso wie vielen anderen MSB-Genossen – manchmal so verdammt wenig Zeit zur praktischen und theoretischen Studienarbeit lässt. „Divide et impera“ – „Teile und herrsche“: Dieses uralte Unterdrückungsprinzip wird auch heute noch von den Herrschenden angewandt und nicht allein mit Kriegen, Rüstungswahn und Rassenhass, Gefängnissen, KZs und Folterungen, Hungersnöten und Gesetzen verfochten. Je mehr sich der Kapitalismus seinem Ende nähert, desto vielfältiger werden seine Methoden des „Teile und herrsche“. Fließbänder und REFA-Heizze, Lärm und Dreck, die Heranbildung einer Arbeiteraristokratie und die Diskriminierung ausländischer Kollegen, Leichtlohngruppen und Sparsamkeitsappelle, Massenmedien und Pseudoverstreuung, Starrkummel und Obdachlosengettos, Mannequin-Schulen und Fürsorgeheime, Studienhetze und Streß, Wohlstandsgefasel, Freiheitsglockengebimmel und Antikommunismus sollen die Menschen durcheinander und auseinander bringen. Und den Herren mehr Profit.

Noch sieht es so aus: Wer nicht pariert, wer eine Gefahr zu werden droht, als klassenbewusster Gewerkschafter oder kritischer Student, als gut rechnende Hausfrau oder auf vernünftige Ausbildung versessener Lehrling, als unbestechlicher Journalist oder verantwortungsbewusster Wissenschaftler, den versuchen sie klein zu kriegen. Bangemachen ist dabei ein vielgebrauchtes Mittel. Denn:

Angst macht gefügig – das ist eine uralte Weisheit der Herrschenden.

Mit Entlassungen und Kurzarbeit, echten und erfundenen Krisen, durch Abschaffung von im Grundgesetz verbrieften Rechten und Durchpeitschen von Notstandsparagraphen, mit Hochschulrahmengesetz und Abschaffung der verfaßten Studentenschaft, mit Lehrstellenverknappung und Produktionsverlagerungen in „Billiglohn-Länder“, mit Aufrüstung und Berufsverböten versuchen sie, uns Angst zu machen.

Das Beispiel der Kollegin Karla S. zeigt: Wer sich nicht scheut, nach den Ursachen der Ängste zu forschen, wird darauf kommen, daß alle Probleme, auch die privatsten, gesellschaftliche Ursachen haben. Allein dagegen anzugehen, wäre sinnlos und würde nur zu neuen Mißerfolgen, Ängsten, Depressionen führen. Aber gemeinsam geht's viel besser. Auch das ist eine alte Erfahrung – spätestens seit der Gründung des MSB Spartakus. Jedes bißchen Fortschritt, jedes bißchen soziale Sicherheit muß gemeinsam erkämpft werden. Das gilt für die Studierenden genauso wie für die Produzierenden.

Anstatt – wie von BDI, CDU, FDP, SPD usw. ständig empfohlen – den Gürtel enger zu schnallen, müssen Studenten (und natürlich nicht nur die) enger zusammenrücken. Und gemeinsam vordrücken. Das bringt die Erfolge, auf die man als Einzeler noch nicht einmal zu hoffen wagt; das macht Mut und Spaß; außerdem wird's einem warm dabei, und nicht nur zur kalten Jahreszeit und nicht nur äußerlich. Was viele gemeinsam beginnen, das kann sich auch im privaten Bereich auswirken. Und tut es oft – auf einen Satz gebracht – sogar so weit bis: „Ich hab' dich lieb, Genosse!“

In dem Maße, wie die fortschrittliche Studentenbewegung wächst, werden Neurosen, Ängste und Depressionen unter den Studenten abnehmen. Das ist keine kühne Behauptung, meine ich. Wer seine Lage erkennt und – zusammen mit Genossen und Kollegen – ihre Veränderung fordert und einleitet, lernt, sich zu artikulieren, lernt, mit anderen zu sprechen. Mit Hilfe der anderen überwindet er seine Isolation und faßt Mut. Immer mehr fassen Mut.

Als die BAFÖG-Misere offenkundig wurde, gingen 40 000 nach Bonn und erzwangen eine Erhöhung der Förderungssätze.

Über 10 000 kamen am 7. November nach Düsseldorf, um für die Fortführung des Sozialkampfes zu demonstrieren.

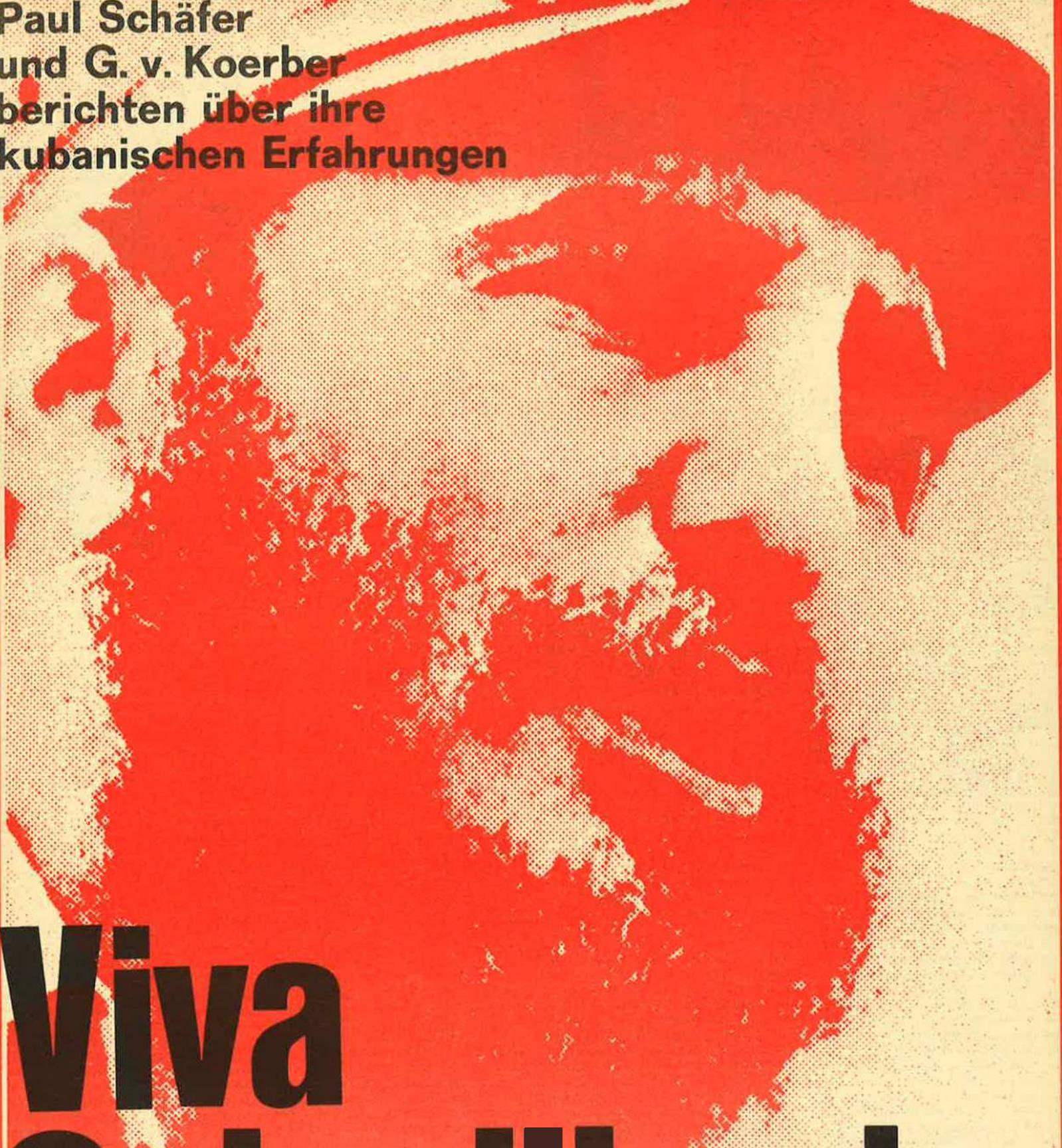
Als die Mieten in den Studentenwohnheimen in Köln, Aachen, München, Tübingen und anderen Universitätsstädten und Studentendorfern immer höher kletterten, wurde gestreikt. (Es wäre interessant, mal genau nachzuforschen, wie viele Studenten sich bei diesen Mietersstreiks näher kennengelernt haben, wie viele aus der Isolation geholt wurden, wie viele dabei ihre Angst verloren ...)

Als der neue Dekan der PH Rheinland, Abteilung Köln, Professor Hans Messelken, vor einigen Wochen eine sogenannte „Gebäudenutzungsordnung“ erließ, mit deren Hilfe er alle fortschrittlichen studentischen Aktivitäten an der PH unterbinden wollte, zogen die Betroffenen nicht den Kopf ein, sondern schlossen sich zusammen und nahmen den Kampf auf. Auch Drohungen und Anzeigen konnten sie nicht davon abhalten, für ihr Recht auf ungehinderte Bildung, Meinungsäußerung und demokratische Mitbestimmung zu kämpfen.

Nur einige Beispiele für viele: Angst macht gefügig, ja. Aber jetzt heißt es an den Unis und Hochschulen immer mehr: Bangemachen gilt nicht!

Übrigens: Seit seiner Gründung ist der MSB Spartakus auf 4500 Mitglieder gewachsen. Daß die fortschrittlichen Studenten nicht stärker werden können, davor brauchen die Kollegen also ganz bestimmt keine Angst zu haben!

**Paul Schäfer
und G. v. Koerber
berichten über ihre
kubanischen Erfahrungen**



**Viva
Cuba libre!**



Überall steht die Solidarität mit dem kubanischen Volk ganz voran.



Das Camp der 217köpfigen Brigade „José Marti“.

„Im Namen von mehr als 200 Genossen, die sich in Kuba getroffen haben, um von dem revolutionären Prozeß dieses kleinen Landes zu lernen, das den Imperialismus besiegt hat, wollen wir unserer tiefen Solidarität mit dem schweren Kampf des chilenischen Volkes Ausdruck geben. Wir repräsentieren die fortschrittliche und revolutionäre Jugend Westeuropas. Wir kommen aus Ländern, die die Barbarei des Faschismus am eigenen Leib gespürt haben, aus der BRD, Westberlin, Italien, Österreich, Holland, Belgien und aus Ländern, die sie noch erleiden, wie das spanische Volk, oder das sie gerade besiegt hat, wie im Fall von Portugal.“

So beginnt die Solidaritätsdeklaration, die von der Internationalen Arbeitsbrigade „José Marti“ an den Vertreter der chilenischen Flüchtlinge in Kuba überreicht wurde.

Wir arbeiteten ca. 30 km von Havanna entfernt auf dem Bau an der Erstellung von Wohnhäusern und einer Schule. Man kann wohl ohne Übertreibung sagen, daß diese Arbeit die wichtigste Voraussetzung war, sich einzuleben in einem Land, das schon in Klima, Landschaft, Lebensweise der Menschen viele neue Eindrücke vermittelt. Das Institut für Völkerfreundschaft (ICAP), das uns eingeladen hatte, tat alles, die Eingewöhnungszeit möglichst abzukürzen. Wir arbeiteten nicht nur zusammen mit kubanischen Studenten, Arbeitern, Angestellten, sondern hatten ausreichend Gelegenheit, mit ihnen zusammen im Lager zu diskutieren und natürlich auch an den Samstagabenden zu feiern. Das Programm umfaßte abondliche Vorläufe und Diskussionsveranstaltungen und die Teilnahme an politischen und

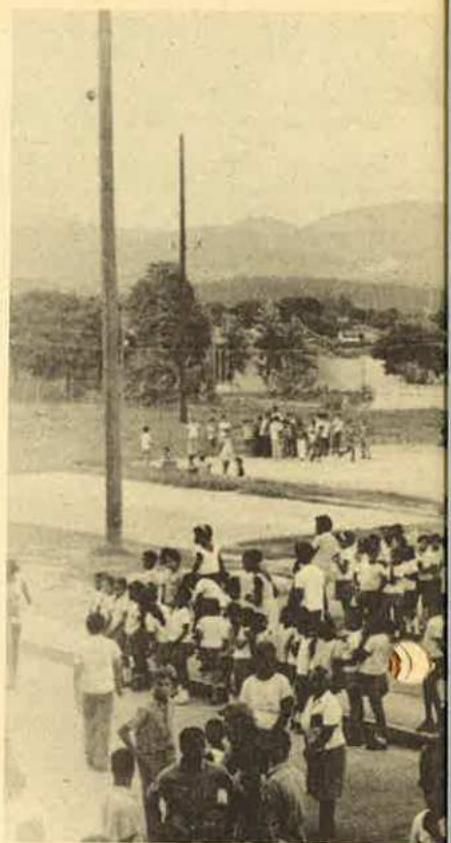
kulturellen Veranstaltungen. Anschließend an drei Wochen Arbeit besuchten wir mehrere Provinzen auf einer zehntägigen Rundreise. Die grundlegenden Informationen, die wir in den Vorträgen erhielten, konnten wir ergänzen durch persönliche Gespräche mit Kubanern, die wir außerhalb unseres Lagers in Dörfern und Städten kennenlernten. Schon der Zusammenhang, in dem das Bauprojekt steht, an dem wir täglich acht Stunden arbeiteten, gibt interessante Einblicke in die Veränderungen, die durch die kubanische Revolution von 1959 eingeleitet wurden.

Ein Bauprojekt

Das Dorf, gebaut mit Hilfe von internationalen Arbeitsbrigaden aus Lateinamerika, den USA, Nordeuropa und Westeuropa, gehört zu einem größeren Zitrus-

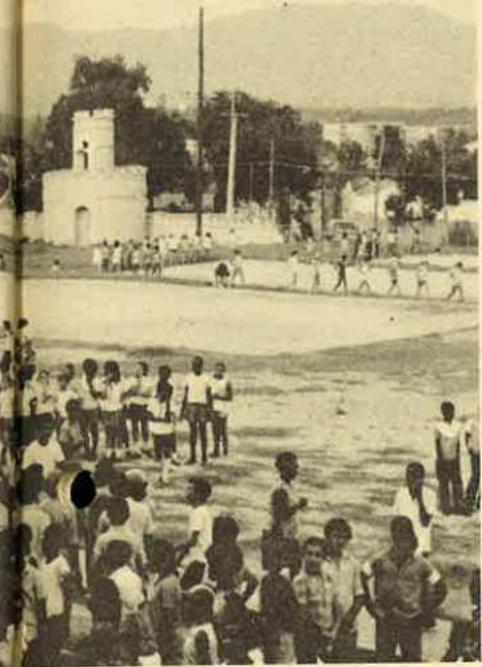
projekt, das die gesamte Provinz Havanna mit den verschiedensten Früchten versorgen soll. Vor der Revolution hatten hier Politiker der Batista-Regierung und Kapitalisten ihre Landsitze, dazwischen gab es Kleinbauern, die am Rande des Existenzminimums kleine Parzellen bearbeiteten. Sie lebten in primitiven Holzhütten mit Strohdächern und nackter Erde als Fußboden, der bei den häufigen Regenfällen aufweichte. Einige Zahlen aus dem Jahr 1953 können diese Lebensbedingungen veranschaulichen: So hatten auf dem Land nur 9 Prozent der Häuser elektrisches Licht, die Regel waren Öllampen. Wasser bezogen 85 Prozent der Landbewohner aus Flüssen, Teichen oder Quellen, die Hälfte hatte überhaupt keine Toilette. Eine der ersten Taten der Revolutionsregierung nach 1959 war es, das Land der Großgrundbesitzer unter die Kleinbauern und Landarbeiter aufzuteilen, ihnen bessere Lebensbedingungen zu verschaffen. Zementfußböden, elektrisches Licht, fließendes Wasser und hygienische Toiletten sind heute für jeden Kubaner Selbstverständlichkeit, Ausnahmen gibt es nicht.

Die Entwicklung der Landwirtschaft, insbesondere der Einsatz von Maschinen, die früher nahezu unbekannt waren, stellen neue Anforderungen an die Infrastruktur. Die kleinen Landparzellen müssen zu großen Einheiten zusammengefaßt werden, um den rentablen Einsatz von Maschinen zu ermöglichen, die Versorgung der Bevölkerung zu sichern. Die modernen Wohnungen, an denen wir arbeiteten, werden den ehemaligen Kleinbauern volleingerichtet mit Fernseher, Kühlschrank, Möbeln und Bad übergeben. Da sie ihre Parzellen in das große Zitrusprojekt „Plan Ceiba“ eingliedern, brauchen sie keine Miete zu zahlen, die sonst in Kuba ca. 6 Prozent des Einkommens ausmacht. Bauträger ist die Kleinbauernorganisation ANAP (Asociación nacional de los agriculturas pequeñas), die mit staatlichen Mitteln auch dafür sorgt, daß das Dorf nicht nur zum Schlafen da ist. Die Einrichtung von Einkaufs- und Kulturzentren, von Bibliotheken, Versammlungsräumen und Büros der Massenorganisationen, von Schulen und Krankenhäusern bewirken ein Aufheben des traditionellen Unterschiedes von Stadt und Land. Heute lebt noch jeder vierte Kubaner in Havanna. Durch die Verlagerung des Investitionsschwerpunktes auf die ländlichen Gebiete wird dieser Entwicklung erfolgreich entgegengewirkt. Rundreisen der großen Theatergruppen während des ganzen Jahres, fahrende Kinos und eigene Laienspielgruppen auf dem Lande sorgen dafür, daß ein gleichmäßiges kulturelles Angebot für die ganze Insel gesichert ist.



In der Wohnung einer Familie sah ich an der Wand das Foto einer Hütte, wie es auch aus einem anderen unterentwickelten Land (besser wohl: unterentwickelt gehaltenem) der Erde stammt. Es war die frühere Behausung der Familie, wie mir mit einem Stolz die compañera erklärte (compañero — Genosse, nennen sich alle Kubaner). Der Stolz bezog sich auf die jetzige Wohnung, die dem entsprach, woran auch wir tagsüber bauten. Nach 10—20 Jahren Mietzahlung gehen die neuen Wohnungen in den Besitz der Mieter über, die dann keine Miete mehr zu zahlen brauchen. Die typischen Merkmale der Unterentwicklung, Ausbeutung, Arbeitslosigkeit und Hunger sind heute in Kuba nur noch als böse Erinnerung oder Nachrichten aus anderen Ländern der Erde bekannt. Aber sie sind auch nicht vergessen. Plakate in fröhlichen Farben, Museen, die eigentlich exakter mit Dokumentationszentren bezeichnet werden müßten, zeugen von einem starken historischen Bewußtsein, das auch in den Gesprächen mit den Kubanern, die wir trafen, unabhängig von ihrem Bildungsstand wiederzufinden war. Der Name unserer Brigade, „José Marti“, ist ein Beispiel dafür. Der Dichter und Freiheitskämpfer begann 1898 den Unabhängigkeitskrieg gegen die spanische Kolonialmacht. Aber er erkannte auch schon den neuen Gegner Kubas, die USA, in ihrem Anwachsen zur imperialistischen Großmacht. Das macht ihn zum „autor intellectual“ (intellektuellen Autor) des Sturms auf die Moncada-Kaserne

Bild links: Die historische Moncada-Kaserne — heute eine Riesenschule.



1953, des ersten Revolutionsversuches unter der Führung von Fidel Castro. Dieses historische Bewußtsein beinhaltet auch die Erinnerung daran, daß jeder soziale Fortschritt, jede Veränderung im Interesse des kubanischen Volkes gegen den US-Imperialismus erkämpft werden mußte. Ökonomische Erpressung und — als das nichts mehr half, die Invasion in der Schweinebucht, das sind Erfahrungen, die in jedem Kubaner die Wachsamkeit hochhalten, die aber auch die Aufmerksamkeit erklären, mit der jeder Kubaner die revolutionäre und demokratische Entwicklung in aller Welt verfolgen.

Fidels Diktatur

Die schlechten Erfahrungen mit den korrupten „frei“ gewählten Regierungen vor der Revolution erklären auch, warum in Kuba kein Bedürfnis nach bürgerlichen Parlamenten alten Stils existiert. In diesem Jahr wurden in Matanzas, einer Provinz, die ersten Erfahrungen mit der Wahl von Räten gemacht, die bald auf das ganze Land ausgedehnt werden. Bisher verlief die Willensbildung über die Massenorganisationen, wie den „Komitees zur Verteidigung der Revolution“, (CDR), der „Frauenföderation“ (FMC), den Gewerkschaften und der Kleinbauernorganisation ANAP. In den CDR ist der größte Anteil der

Kubaner organisiert (1970 ca. 70 Prozent). Ihre anfängliche Funktion bestand in der Abkehr von Sabotageversuchen der CIA-Agenten gegen Wohnhäuser, Fabriken, Schulen und Krankenhäuser. Sie richteten einen ständigen Patrouillendienst zur Absicherung der Wohnviertel ein, der heute noch existiert und durchaus noch Funktion hat. Das Schwerpunkt lag bei der politischen Aufklärung und Diskussion. Die Alphabetisierungskampagne mit ihren hervorragenden Erfolgen, die Anfang der sechziger Jahre durchgeführt wurde, lag in ihren Händen. Wir erlebten, wie heute die Massenorganisationen bei großen Solidaritätskampagnen wie der Internationalen Chile-Woche eng mit der Kommunistischen Jugend (UJC) und der Kommunistischen Partei Kubas (PCC) zusammenarbeiten. So wird jede 30. Wohnung, die in freiwilliger Arbeit von den „Mikrobrigaden“ gebaut wird, den chilenischen Flüchtlingen zur Verfügung gestellt. An jeder Haustür sahen wir Allende- oder andere Chileplakate. In den Komitees wurden für die Wohnviertel große Plakatwände erstellt, wie in den Gewerkschaften für die Betriebe mit der Aufschrift: „El pueblo chileno aplastará al fascismo — (Das chilenische Volk wird den Faschismus zertreten!)“ Ein wichtiges Organ sind in den Betrieben die Produktionsversammlungen, an denen alle Arbeiter, Angestellte und Techniker des jeweiligen Betriebes teilnehmen. Hier werden alle wichtigen Fragen diskutiert, angefangen bei der Aufstellung des Produktionsplanes, der Kritik der Arbeiter bis hin zu der Vergabe von Neubauwohnungen, wobei die Kriterien sowohl Bedürftigkeit der Familie als auch die Arbeitsleistung und das kollektive Verhalten innerhalb des Betriebes sind. Gerade bei der Frage der Arbeitsdisziplin gab es vor wenigen Jahren noch erhebliche Schwierigkeiten, zu denen wir auch den Arbeitern eines Gießereibetriebes in Havanna Fragen stellten.



Jede 30. Wohnung, die heute fertiggestellt wird, ist für chilenische Flüchtlinge.



Blick vom Hotel „Havanna libre“, dem früheren Hilton auf La Habana.

Arbeitslosigkeit?

Vor der Revolution gab es für viele Kubaner nur Saisonarbeit, speziell bei der Rohrzuckerproduktion. Sie waren daran gewöhnt, den größten Teil des Jahres Gelegenheitsarbeiten anzunehmen, soweit es solche überhaupt gab. Nach der Revolution führte das zu folgendem Problem. Ein Teil der Arbeiter ging nur den Teil des Monats zur Arbeit, der zur Errreichung des gesetzlich gesicherten Minimaleinkommens notwendig war, während die politisch bewußten Arbeiter den Rest der Arbeit übernehmen mußten, um die Steigerung des Warenangebots aufrechtzuerhalten. Der „ausentismo“ (Arbeitsabsenten) erreichte in Rekordzeiten 25 Prozent. Heute gibt es in der

Statistik keine eigene Rubrik mehr für diese Form der Arbeitsabsenten, sie erreicht zusammen mit Krankmeldungen und entschuldigtem Fehlen nicht mehr 3 Prozent. Dieser Erfolg ist zurückzuführen auf intensive politische Diskussion in den Betriebsversammlungen, aber auch auf die Verstärkung des materiellen Anreizes, die dem Mehrverdienst über das Minimaleinkommen hinaus ein frei erhältliches Warenangebot entgegengesetzt.

Lebensmittelrationierung?

Die Grundnahrungsmittel sind in Kuba rationiert. In einer Anzeige der „Aktion Freie Marktwirtschaft“, die in allen größeren Zei-



Arbeiterinnen „fahren in den Kaffee“: Heute gibt es keine „ausentismo“ (Arbeitsabwesenheit) mehr. Früher erreichte sie bis 25 Prozent.

tungen der BRD erschien, wurde mit Genugtuung festgestellt, daß dies vor der Revolution nicht der Fall war. Das stimmt! Vor der Revolution konnte jeder Kubaner soviel einkaufen, wie ihm Geld zur Verfügung stand. Aber — wer hatte in dem vorrevolutionären Kuba schon Geld. Für einen Arbeitslosen lohnte es sich gar nicht erst, sich vor einem Lebensmittelgeschäft in eine Schlange zu stellen (Schlangen habe ich allerdings in Kuba auch nicht gesehen). Dementsprechend sahen auch die „gewohnheiten“ der Kubaner aus: 1953 aßen z. B. nur 4 Prozent der Bevölkerung Fleisch, nur 1 Prozent aß Fisch, nur 2 Prozent Eier und nur 11 Prozent tranken Milch. Heute ist die ausreichende Versorgung der gesamten Bevölkerung gesichert. So bekamen 1970 jeder Kubaner pro Woche dreiviertel Pfund Fleisch und vier Eier etc. Inzwischen sind die Rationen angehoben worden, die übrigens alles zum Leben Notwendige erfassen, einschließlich Parfüm, Kleidung, Spielzeug für die Kinder. Außer den Grundnahrungsmitteln sind fast alle Waren frei erhältlich, allerdings zu höheren Preisen. So kostet eine Schachtel Zigaretten innerhalb der Ration 20 Centavos, außerhalb 1 Peso, wobei die Ration 3 Schachteln pro Woche umfaßt. (1 Peso = 100 Centavos.) In Kuba hat das Wort Ration für 90 Prozent der Bevölkerung einen guten Klang, nicht zu verwechseln mit den von der „Aktion Freie Marktwirtschaft“ intendierten Nachkriegsassoziationen.

Wir besuchten in der Nähe unseres Lagers eine „escuela secundaria en el campo“, eine Sekundarschule, wie sie heute schon von 50 Prozent der kubanischen Schulkinder besucht wird. Es handelt sich um Internate in einer ausgesprochen schönen und zweckmäßigen Bauweise, die alle über Laboratorien, Bibliotheken, teilweise sogar über Schwimmbecken verfügen. Neben den Schulfächern, wie sie auch bei uns üb-

lich sind, arbeiten die Jugendlichen auf dem zu jeder Schule gehörenden 500 ha großen Land. In der Schule „Jorge Dimitroff“, benannt nach dem bulgarischen Revolutionär, handelt es sich um ein Landgebiet, das in den Zitrusplan „Plan Ceiba“ integriert ist. Die Landarbeit, drei Stunden pro Tag, soll die jungen Kubaner in den kollektiven Arbeitsprozeß integrieren. Die Arbeit unterliegt keinem Leistungsdruck, die Lehrer arbeiten zusammen mit ihren Schülern. Kollektives Denken bestimmt auch den Schulunterricht. Die Schüler mit guten Leistungen sind verpflichtet, den anderen zu helfen. Organisiert wird diese Unterstützung, wie die anderen Aktivitäten auch, von der Schüler- und Studentenorganisation zusammen mit der Kommunistischen Jugend. So ist eine Anerkennung guter Leistungen nur möglich, unter Berücksichtigung des kollektiven Verhaltens. Die Arbeit auf dem Lande hat natürlich auch eine ökonomische Bedeutung. Die Schulen tragen auf diese Weise selbst einen Teil ihrer Kosten, Landarbeiter können für Weiterbildungskurse abgestellt werden, die ihr technisches Niveau, aber auch ihre politische Bildung fördern.

Ein wichtiger Aspekt liegt auch in den Erfahrungen, mit denen ein Verständnis der Probleme Kubas in die Ausbildung hineingetragen wird. Innerhalb des Studiums setzt sich dieser Prozeß fort. Den größeren Betrieben, sowohl technischen als auch landwirtschaftlichen, sind Abteilungen der Universitäten zugeordnet, so daß eine ständige Verbindung von wissenschaftlicher Arbeit, Lernen und Arbeit gesichert ist. Das gilt zum Beispiel auch für das Kupferbergwerk Matahambre in der Provinz Pinar del Rio, mit einer Belegschaft von 1000 Beschäftigten, dem eine Abteilung der Universität von Havanna mit 200 Studenten angeschlossen ist. Die Alphabetisierungskampagne von 1961, an der 200 000 kubani-

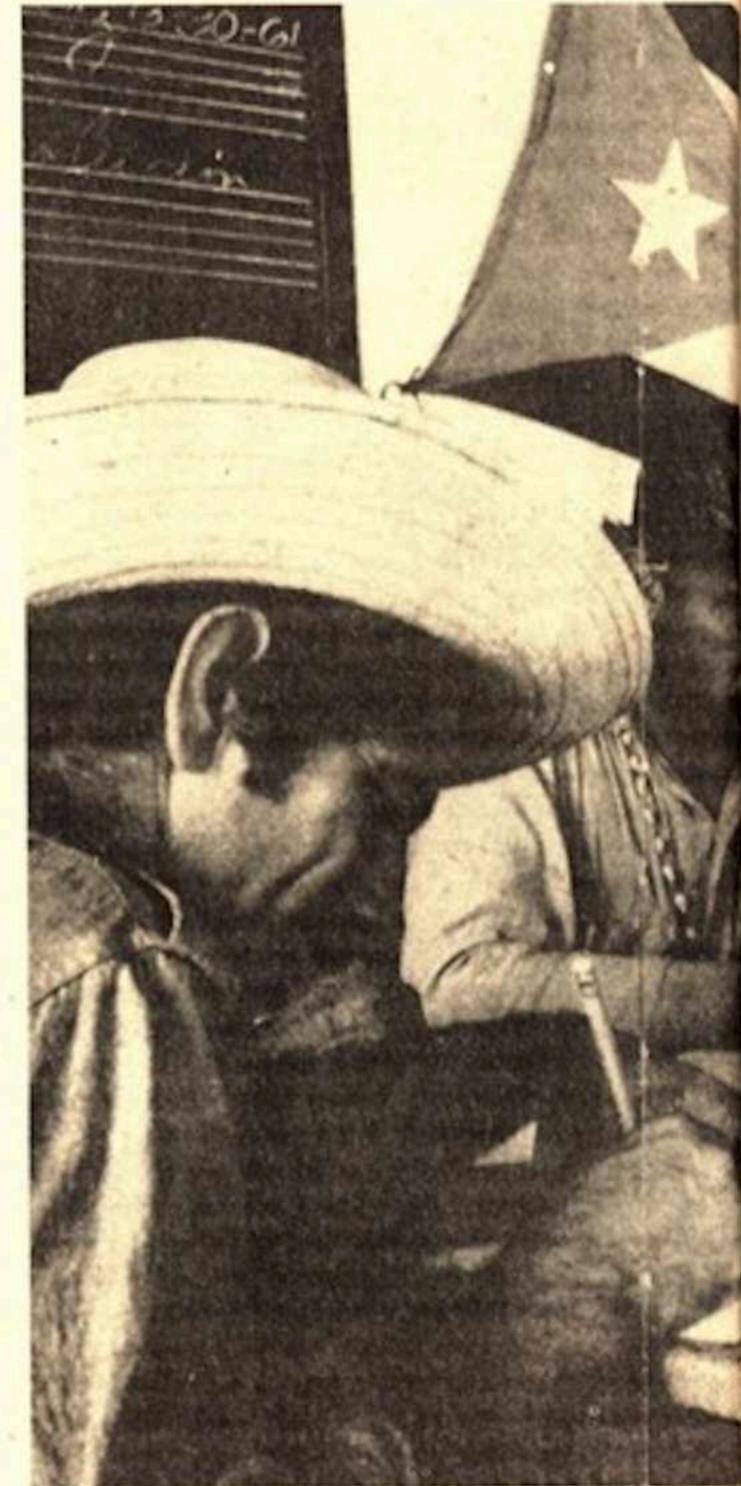


Solidaritätsveranstaltung mit dem chilenischen Volk.

sche Schüler, Studenten, Hausfrauen und Arbeiter als Lehrer teilnahmen und in der die Analphabetenquote mit einem Schlag von 24 Prozent auf 3,9 Prozent gesenkt wurde, ist sicherlich ein hervorragendes Beispiel für alle Länder der Dritten Welt. Heute jedoch hat sich Kuba neue weiterreichende Ziele gesteckt; die Heranbildung von Technikern, die in der Lage sind, auch modernste Technologien für Kuba nutzbar zu machen. Die Entwicklung der ersten Zuckerrohrerntemaschine, eine sehr schwierige Konstruktion, die keinem anderen Land geglückt ist, ist ein wichtiger Erfolg in dieser Richtung. In anderen Bereichen, wie der Rinderzucht, übertrifft Kuba sogar das traditionelle Rindfleisch Argentinien. Das Erziehungssystem braucht den Vergleich mit entwickelten kapitalistischen Staaten nicht zu scheuen.

Viva el internacionalismo proletario!

Die Unterstützung der antiimperialistischen Bewegung der ganzen Welt, insbesondere der sozialistischen Ländern haben Kuba geholfen, ein Vorbild für ganz Lateinamerika zu werden. Durch seine Hilfe für die antiimperialistischen Bewegungen der Länder



der Dritten Welt hat Kuba gezeigt, daß es Teil dieser Front gegen den Imperialismus ist.

Fragt man Kubaner nach den Prinzipien ihrer Außenpolitik, so erhält man die Antwort: „unsere Außenpolitik ist internationalistisch und lateinamerikanisch“. Internationalistisch ist sie, weil sie auf die enge Verbindung und die Unterstützung aller revolutionären, fortschrittlichen Kräfte gerichtet ist. Am engsten ist Kuba heute verbunden mit den sozialistischen Ländern, vor allem der Sowjetunion. So meldet die FR vom 4. 11. 1974: „... konnte die Revolution in Kuba nur überleben, weil die Sowjetunion jährlich 500 Millionen Dollar in das Land pumpt.“

Fidel am 28. 9.: „Kuba, das dank der großzügigen Hilfe der Sowjetunion keine Energiekrise kennt...“ Wen wundert es, wenn uns kubanische Kinder oft mit „Towarisch“ anreden.

An der Seite Vietnams!

Ir. der Nähe unseres campamento befinden sich die Schulen „Jorge Dimitroff“ und „Cosmonauta Juri Gagarin“. Kein Zweifel: Spätestens seit dem Eintritt Kubas in den RGW (1972)



Die Analphabetenquote wurde mit einem Schlag von 24 Prozent auf 3,9 Prozent gesenkt.



Neues Staatsgut: Vor der Revolution lebten die Landarbeiter in primitiven Holzhütten.

ist Kuba untrennbarer Bestandteil des sozialistischen Lagers. Obwohl Kuba selbst unter seiner Unterentwicklung zu leiden hat, wurde der Kampf der Völker Indochinas von Anfang an unterstützt. So arbeiten kubanische Ärzte, Krankenschwestern, Ingenieure und Architekten in Vietnam; vietnamesische Studenten werden in Kuba ausgebildet. Ein Teil des Hafens von La Habana heißt „Terminal Marítima Hai-phong“. Am 7. 4. 1974 sagte der Ministerpräsident der DRV, Pham van Dong in Kuba: „Kuba und Vietnam haben dasselbe Blut in ihren Adern: das rote Blut der Revolution!“

Gegen Kolonialismus und Neokolonialismus in Afrika!

Während unseres Aufenthaltes wurde gerade die Ankunft von Pedro Peralta Rodriguez gefeiert. Er war als Mitkämpfer der PAIGC in Guinea-Bissau von den portugiesischen Söldnern gefangen genommen worden und hatte zwei Jahre im Gefängnis gesessen.

Nach dem Sturz des Faschismus in Portugal wurde er freigelassen. Wir konnten auch den begeisterten Empfang für den Staatspräsidenten von Tansania, Julius K. Nyerere, miterleben. Dadurch wurden die guten Beziehungen, die Kuba vor allem zu den Staaten Afrikas unterhält, die den nichtkapitalistischen Entwicklungsweg gehen, deutlich. Dies zeigt sich auch in der Arbeit von kubanischen Monteuren und Bauarbeitern in Guinea.

Fidel am 28. 9.: „Dies ist die historische Stunde, in der Venezuela die Unterstützung der lateinamerikanischen Völker braucht — in der Lateinamerika, Venezuela braucht.“

Gegen imperialistische Spaltungsmanöver!

Lateinamerika den Lateinamerikanern!

Warum ist die Außenpolitik Kubas „lateinamerikanisch“? Weil es eine lange Tradition des Kampfes der lateinamerikanischen Völker für ihre Unabhängigkeit — zuerst vom spanischen Kolonialismus, dann vom US-Imperialismus — gibt.

S. Bolívar (Venezuela), B. Juarez (Mexiko), o'Higgins (Chile) und J. Martí (Kuba) stehen für diese Tradition des antimperialistischen Befreiungskampfes des lateinamerikanischen Kontinents. Von besonderer Bedeutung für das revolutionäre Kuba war es, die von den USA intendierte Isolierung Kubas in der westlichen Hemisphäre zu brechen. Denn diese Isolierung Kubas sollte ja nur günstige politische Bedingungen für eine US-Aggression schaffen. Tatsächlich haben die USA seit 1959 eine große Anzahl von Aggressionsakten verübt. Die bekannteste in der „Schweinebucht“ 1962...

Deshalb galt die besondere Sympathie Kubas dem revolutionären Prozeß in Chile unter S. Allende. Heute steht die Solidarität mit dem antifaschistischen Kampf Chiles ganz obenan.

An nahezu jeder Haustür ein Bild von Salvador Allende; Freiwilligenarbeit zur materiellen Unterstützung. Ein populäres Lied lautet: Schulter an Schulter, Hand in Hand, das Volk von Chile, das Volk von Kuba.

Kuba ist es heute gelungen, die Blockade der USA zu durchbrechen. Es ist diplomatisch anerkannt durch Mexiko, Peru, Argentinien, Panama, Trinidad-Tobago und Venezuela.

Freundschaftliche Beziehungen unterhält Kuba heute mit der fortschrittlichen Regierung Alvarado in Peru. Der Besuch von Verteidigungsminister R. Castro in Peru im August dieses Jahres brachte wichtige Ergebnisse bei der weiteren wirtschaftlichen, militärischen und politischen Kooperation. Die Verstaatlichung der Erdölkonzerns in Venezuela fand die volle Unterstützung Kubas.

Die VR China und Kuba haben normale Beziehungen. Die kubanischen Genossen verstehen aber einiges an der Außenpolitik Chinas nicht: Den Rauschmiß des Allende-Botschafters aus Peking; die Ablehnung des Kampfes um Frieden und Abrüstung usw. Die kubanische Regierung unterstützt nämlich den Entspannungsprozeß in der Welt, wünscht den Erfolg der Europäischen Sicherheitskonferenz...

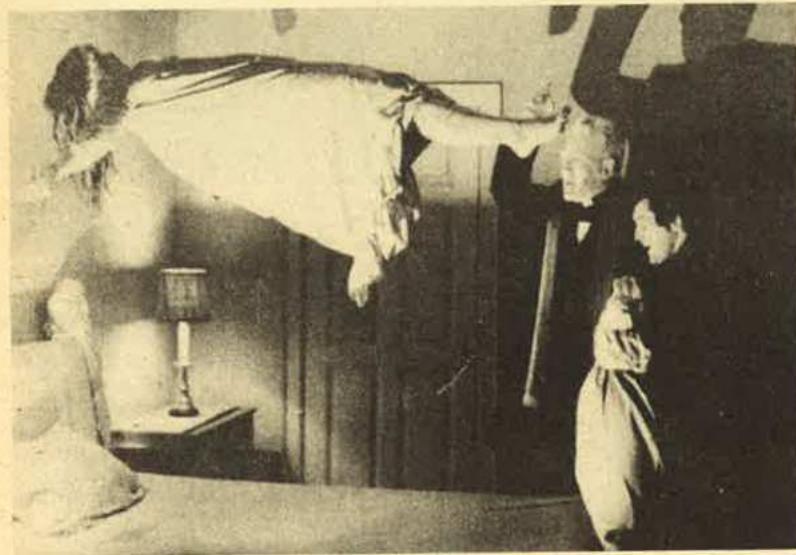
Vor allem aber hat Fidel auf der Konferenz der nichtpaktgebundenen Staaten in Algier 1973 zur sogenannten Supermachtheorie festgestellt:

„Die von den Theoretikern des Kapitalismus geförderte Theorie von den zwei Imperialismen, von denen der eine unter der Führung der USA und der andere angeblich unter der Führung der UdSSR steht, hat unter Sprechern und Führern der nichtpaktgebundenen Länder ein Echo gefunden, und zwar zuweilen aus Unkenntnis der Geschichte und der Realitäten in der gegenwärtigen Welt. Dazu tragen auch diejenigen bei, die ausgehend von angeblichen revolutionären Positionen die Sache des Internationalismus in dauerlicher Weise verraten...“

Wie kann man die UdSSR als imperialistisch einstufen? Wo sind ihre monopolistischen Unternehmen? Wie steht es mit ihrer Beteiligung an multinationalen Gesellschaften? Welche Industrie, welche Gruben und welche Erdölvorkommen besitzt sie in der unterentwickelten Welt? Welcher Arbeiter in einem asiatischen, afrikanischen oder lateinamerikanischen Land wird von sowjetischem Kapital ausbeutet...?“

Wenn andere die Tatsache bedauern, daß der erste sozialistische Staat in der Geschichte der Menschheit eine Militär- und Wirtschaftsmacht geworden ist, dann werden wir, die unterentwickelten und ausgebeuteten Länder, uns nicht darüber beklagen. Kuba freut sich darüber. Jeder Versuch, eine Kluft zwischen den nichtpaktgebundenen und den sozialistischen Ländern zu schaffen, hat zutiefst konterrevolutionären Charakter und dient ausschließlich imperialistischen Interessen.“

EXORZIST & WEI



„In kühner Adaption einschlägiger See-Genezareth-Geschichten schwebt das Kind durch sein Zimmer.“

von
**Matthias
Dohmen**

Matthias Dohmen, Wirtschaftsredakteur bei der UZ, Tageszeitung der DKP, und freier Mitarbeiter bei den roten blättern

Wunschdenken der Bourgeoisie und der Vormarsch der revolutionären Kräfte

Der erste Eindruck: Der Publikumsrenner, der er nach dem Willen des Verleihs sein soll, ist er nicht. Das Wuppertaler Thalia-Filmtheater ist in der zweiten Spielwoche halb besetzt. Durchweg jüngere Jahrgänge. Der Inhalt des Machwerks ist schnell wiedergegeben: Eine Zwölfjährige mit Namen Reagan verändert plötzlich Physiognomie und Verhalten. Dabei ist den Filmproduzenten kein Klischee zu schade. Das Mädchen, so wollte es das Drehbuch, wird über und über von Pusteln besetzt, die Zähne werden länger — welch ein Einfall! —, Reagan beherrscht über Nacht die Sprache der Gosse. In kühner Adaption einschlägiger See-Genezareth-Geschichten schwebt das Kind durch sein Zimmer.

Die ärztliche Wissenschaft, wie könnte es anders sein, ist hilflos. Am entsprechenden Filmmeter wird in eine Medizinerkonferenz eingebendet. Die ehrbaren Jünger des Hippokrates empfehlen der Mutter Reagans, zu einem „unwissenschaftlichen, aber mitunter wirksamen“ Mittel zu greifen. Exorzismus heißt die Wunderwaffe. Das sieht so aus, daß

ein Priester sich mit dem vom „Teufel“ Besessenen auseinandersetzt und den Herrscher der Hölle aus dem geplagten Menschenkind herausbetet. Die Radikalkur gelingt, und die Familie — Reagan, Mutter und ein leicht angestaubter Hausdiener — fahren anschließend in den wohlverdienten Urlaub. Ubrigens im Mercedes.

Drei Jesuiten standen den Produzenten als Ratgeber zur Seite. Für das Drehbuch, dem ein Roman desselben Autors zugrunde liegt, zeichnet William Peter Blatty, für das Gesamtwerk William Friedkin verantwortlich. Das Opus lebt im wesentlichen von makabren Einlagen, so trägt Reagan den Kopf zeitweise nach rückwärts, strotzt im übrigen von Längen und erinnert stark an die „Love Story“. Warum? Der Film gibt alles andere als die US-amerikanische Wirklichkeit wieder und hat gleichwohl eine Menge mit ihr gemeinsam. Dem Film fehlt, und sei es nur „für fünf Pfennig“, jede Spur von Vitalität, von Schöpfertum, von Aktion. Statt dessen grüner Schleim, den Reagan einem Priester ins Gesicht pustet, die „Fick-mich“-Ausdrücke der Zwölfjährigen, der See Genezareth.

Wohin zielt der „Exorzist“? Lassen wir die Bourgeoisie selbst zu Wort kommen; in einem großaufgemachten Artikel „Amerikas Jugend und die Lust am Satanischen“, gab die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ am 4. Juli dieses Jahres die Eindrücke ihrer USA-Korrespondentin Sabina Lietzmann wieder.

Es gibt demnach in den USA „Unerklärbares, rational nicht zu Ergründendes“ wie „das Abenteuer in Vietnam“. Wie das Aben-

teuer! Zitieren wir weiter: „Die Lösungen, die Freud und Marx anzubieten haben, reichen nicht mehr aus.“ Das „Vakuum, das der scheinbare Bankrott rationaler Erklärungen gelassen hat“, werde „mit Hexen, Teufeln und Dämonen“ gefüllt. Dem Lapsus der Lietzmann, einer im übrigen der deutschen Sprache durchaus mächtigen Frau, ist voll zuzustimmen: Das Vakuum ist ein „scheinbares“, nur dem verbreiteten Schein nach vorhandenes, kein wirkliches. Wirklich, real, tatsächlich ist die von der „FAZ“ genüßlich wiedergegebene und seit Beginn der siebziger Jahre rapid zunehmende „Begeisterung fürs Übersinnliche“ in den USA. Aber deckt sie die „amerikanische Szene“ ab? Offenbar nicht. Denn die Beendigung der völkerrechtswidrigen Angriffe des USA-Imperialismus auf Hanoi, in komplizenhafter Weise von der „FAZ“ als „Abenteuer“ bezeichnet, sind dem heldhaften Widerstand der Armee des General Giap geschuldet — und den Demonstrationen von Hunderttausenden vor dem Kapitol in Washington und überall in der Welt. Und worin deckt der Film nun die USA-Wirklichkeit ab?

Um dieser Frage nachzugehen, ist es offensichtlich notwendig, den Rahmen herkömmlicher Filmkritik zu überschreiten. Die Väter der Greuel von Saigon und von Santiago sind dieselben wie der „Exorzisten“. Seit den ersten Tagen des USA-Kapitalismus, aber insbesondere im Anschluß an den

So trägt Reagan den Kopf zeitweise nach rückwärts...



It-Festspiele

zweiten imperialistischen Weltkrieg „ziert“ eine breite Spur von Einmischungen in andere Länder, von Kanonenbootpolitik und Kapitalexport, von CIA-Wültätigkeit und der Unterstützung faschistischer Blutgenerale die Spur der US-amerikanischen Außenpolitik, basierend auf der Unterdrückung der Millionenmasse der Arbeiter und der rigiden doppelten Knechtung der schwarzen und weiterer Minderheiten in „Gottes eigenem Land“. Was die Jesuiten bei dem Filmexposé lüssten, besorgen Figuren wie der verstorbene Francis Joseph Kardinal Spellman oder der Prediger Graham im Alltag des Systems: es wird abgesegnet. Es wird verteidigt. Es werden für teures Geld und unter Benutzung qualifizierter Kräfte („eggheads“) theoretische Versatzstücke entwickelt, die die Menschen daran hindern sollen, ihre wirkliche Lage und darin vorgegebene Alternative zu entdecken. Angesichts der raschen Entwicklung des realen Sozialismus und angesichts des Erstarkens der revolutionären Kräfte in wichtigen kapitalistischen Staaten, angesichts der immer offenbareren Krise des imperialistischen Systems ist die Schutzfunktion dieser Versatzstücke von immer wachsender Bedeutung. Der natürliche Drang des Menschen zu erkennen, muß dabei unter allen Umständen in eine „unschädliche“ Richtung abgedrängt werden.

Demonstration ehemaliger Indochinakämpfer vor dem Capitol in Washington: „Kein Wort über die Hunderttausende junger Bürger...“



Konferenz 5. Juni 1969: Vietnam stand an erster Stelle.



Und er wird! Die Marschrichtung heißt „das Übersinnliche“. Der Teufel höchstpersönlich und nicht etwa die Gewinninteressen der United Fruit Company sind verantwortlich zu machen für das Böse. Völkermord und die massenhafte Vernichtung von Lebensmitteln gerieren dabei zur Metaphysik. Der Okkultismus ist die Draufgabe zu An Loc und, vorher Hiroshima. Stimmt also die These von der „Lust am Satanischen“, die seit Beginn der siebziger Jahre die US-amerikanische Jugend erfasste?

Bei näherem Hinsehen erweist sich die „FAZ“-These als maßgeblich vom Wunscheden bestimmt. Denn keine Zeile im Lietzmann-Aufsatz, kein Zelluloidzentimeter im „Exorzisten“ über die Hunderttausende vor

allem junge Bürger, die vor dem Kapitol machtvoll demonstrierten, die verschiedensten Aktionen durchführten und das „Abenteuer“ Vietnam in eine neue und für das vietnamesische Volk qualitativ günstigere Phase hinüberzuführen mithalfen! Keine Silbe über den — ja doch erfolgreichen — Kampf, der zur Freilassung von Angela Davis führte! Bei näherem Zusehen zeigt sich die Lebendkraft der Lösungen, die Marx „anzubieten“ hat.

Als am 5. Juni 1969 Vertreter von 75 kommunistischen und Arbeiterparteien in Moskau zusammentraten, hieß der USA-Präsident noch Richard Nixon. Im Hauptdokument der Beratung ist die wesentliche Linie der Tätigkeit niedergelegt, auf die sich die überwältigende Mehrheit der anwesenden Parteien aus sozialistischen, kapitalistischen und den Ländern der sogenannten Dritten Welt geeinigt haben. In einer Zeit, in der eine gesamteuropäische Kommunistenkonferenz bevorsteht und in der sich eine Reihe marxistischer Parteien für eine neue Weltkonferenz ausgesprochen hat, ist es reizvoll, sich die Punkte des Aktionsprogramms, des dritten Teils des erwähnten Hauptdokuments, erneut anzusehen und die Frage ihrer Realisierung oder Teilverwirklichung zu betrachten.

An erster Stelle finden wir die Notwendigkeit einer allseitigen Unterstützung des vietnamesischen Volkes als das „vorrangige Ziel der Aktionseinheit“ festgehalten. Wer wollte bestreiten, daß die Entwicklung in Indochina zwischenzeitlich eine entschiedene Wendung zum Positiven hinter sich gebracht hat? Pariser Abkommen und die internationale Solidaritätskonferenz in derselben Stadt stehen hier für viele Aktionen, politische, militärische, humanitäre.

Die Punkte zwei, drei und vier beschäftigen sich mit dem „Hauptkettenglied der gemeinsamen Aktionen der antikolonialistischen Kräfte“, nämlich dem Kampf um den Frieden „in der ganzen Welt“, gegen die Kriegsgefahr, gegen die Gefahr eines Kernwaffenkrieges, der die Völker mit der Massenvernichtung bedrohte. Es gehe weiter darum, „die Imperialisten zur friedlichen Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung zu zwingen“. Zwischen 1969 und



„Schwebende Jungfrauen wurden auf dem Alexanderplatz nicht gesichtet.“

heute liegen nicht nur die Verträge von Moskau, Warschau und Berlin oder das Viermächteabkommen, liegen nicht nur der Beginn zweier großer gesamteuropäischer Konferenzen, liegen nicht nur verschiedene mit konkreten Rüstungsbegrenzungen versehenen Vereinbarungen zwischen der UdSSR und den USA. Die reaktionärsten Kräfte des Finanzkapitals haben — und es ist fast überflüssig, für die Bundesrepublik daran zu erinnern — nichts unversucht gelassen, diese Entwicklung zu verhindern oder doch wenigstens entschieden zu verlangsamen. Noch vor Tagen hat der CSU-Chef Strauß vor der wirtschaftspolitischen Kooperation zwischen BRD und der Sowjetunion „gewarnt“. Das war vor der Schmidt-Visite. An deren Ende standen dann einschlägig bekannte reale Abmachungen. Standen die reaktionären Kräfte nicht vor enormen Problemen hinsichtlich des „inneren Feinds“? Woher stammt die Vokabel von der „inneren Aufweichung“? Erinnern wir noch kurz an die weiteren in Moskau formulierten Aufgaben: die Solidarität mit der DDR und der Koreanischen Volksdemokratischen Republik; der Kampf gegen die faschistische Gefahr; der Widerstand gegen den Rassismus; der Kampf

für die sozialen und politischen Rechte der arbeitenden Menschen. Tatsächlich: „Heute bietet die Entwicklung der sozialistischen Länder, der fortschrittlichen Kräfte der kapitalistischen Länder und der nationalen Befreiungsbewegung der Aggressionspolitik des Imperialismus Schach und grenzt sein Aktionsfeld ein“, heißt es im Abschlußappell der 25 000 Vertreter von Millionen Jugendlichen aus 140 Ländern aller Kontinente, Vertreter „vieler politischer und religiöser Anschauungen“, die sich vor einem Jahr in Berlin, der Hauptstadt der DDR, zu den Weltfestspielen der Jugend und der Studenten zusammenfanden. Die Jugend der Welt sprach dem Imperialismus die Legitimation ab, für die Völker, die noch unter seiner Herrschaft leben, zu sprechen. Die Weltfestspiele standen wahrhaftig nicht im Banne des Okkultismus und der Absage an die Wissenschaft. Dort fand kein Tischerrücken im Dunkeln statt, dort war nichts zu verbergen. Unter freiem Himmel und in großen Versammlungssälen debattierten die Abgesandten nationaler und internationaler Verbände über Erfolge, über Niederlagen und notwendig zu ziehende Lehren. Schwebende Jungfrauen und exorzierende Priester wurden auf

dem Alexanderplatz nicht gesichtet, jedenfalls wußte selbst die bürgerliche Presse, ansonsten im Erfinden nicht wälderisch, nichts dergleichen zu berichten. Gewiß doch, der Imperialismus ist damit nicht tot und vergangen, aber der Weg ist gewiesen, wie er bekämpft und wie an seine Stelle eine neue, die sozialistische Gesellschaft treten wird. Sicherlich nicht via Freud, wohl aber über den Weg des Marxismus. (Die nämliche „Frankfurter Allgemeine“ erweist im übrigen an fast jedem Wochenende dem Marxismus Reverenz und drückt jeweils über eine Viertelseite die hunderttausendsoundsovielte „Analyse“, in der dem theoretischen — und recht erst dem praktischen — System von Marx, Engels und Lenin die völlige Unfähigkeit assistiert wird, die Probleme der Menschheit im allgemeinen und der Bundesrepublik im besonderen zu lösen. Der Berliner Historiker Arnold Reisberg hat einmal nachgerechnet, daß die „New York Times“ innerhalb eines Jahres, und zwar dem ersten der Oktoberrevolution, der jungen Sowjetmacht über einhundertmal den Untergang nachgesagt hat.) Vor dem Hintergrund des Vormarsches der weltrevolutionären Kräfte und der immer offensichtlicher

werdenden Krisenhaftigkeit des eigenen Systems greift der Imperialismus zu immer wahnwitzigeren Methoden seiner Rechtfertigung. Vorbei die Zeiten, in denen mit großzügig-herablassender Gebärde über die „Zone“ und die anderen Länder des „Ostblocks“ gesprochen wurde: Sicherlich falsch, aber nicht unwirksam. Vorbei die Zeiten, in denen die Erfindung des magischen Viercks die Erfindung des magischen Dreiecks ablöste: Funktionieren tun sie beide nicht. Vorbei die Zeiten, in denen ungezügeltes Wachstum der Volkswirtschaft und steigende Einkommen für alle versprochen wurden. Vergangen, vergessen, vorüber. Heute gehen die Propheten des Nullwachstums um, und in der BRD stellt sich ein Bundeskanzler hin und dient uns die bundesrepublikanischen Verhältnisse damit an, wir rangierten am Ende des inflationären Geleitzuges. Schenken wir uns hier den Einwand, daß es Länder gibt, in denen Geldentwertung ein Fremdwort ist.

Die Zeiten des Untergangs gesellschaftlicher Zustände waren immer noch die Zeiten von Scharlatanen, Gesundbetern, reaktionären Propheten. Weltuntergangsstimmung ist auch in diesem Land nichts Neues. In der „Zeit“, beispielsweise, wird schon seit Jahren mit schöner Regelmäßigkeit in längeren Aufsatzreihen die Frage erörtert, ob es überhaupt noch Kunst gebe und geben könne, ob Literatur noch möglich sei, wo die Ethik geblieben sei, die da so offensichtlich abhanden gekommen ist. Die dreißiger Jahre der Weltwirtschaftskrise des Kapitalismus bieten Anschauungsmaterial genug der zu Markte getragenen, zwischen Buchdeckel gepreßten und auf Massenveranstaltungen dargebotenen moralischen Konzepte. Was sich heute an Verrohung und falscher Prophezei in den USA abspielt, ist in der modernen Geschichte ohne Vorbild. Selbst nach amtlichen Angaben leben Millionen US-Amerikaner unterhalb des Existenzminimums, besser noch: sie sind gezwungen dahinzuvegetieren. Auf offener Straße großer Städte werden Menschen überfallen und zusammengeschlagen, und andere gehen vorüber, ohne sich um den Angegriffenen zu kümmern. Vor diesem Hintergrund entstehen die Warholfilme, die Flimmerspiele des „alten“ Hollywood ablösend.

Siegert

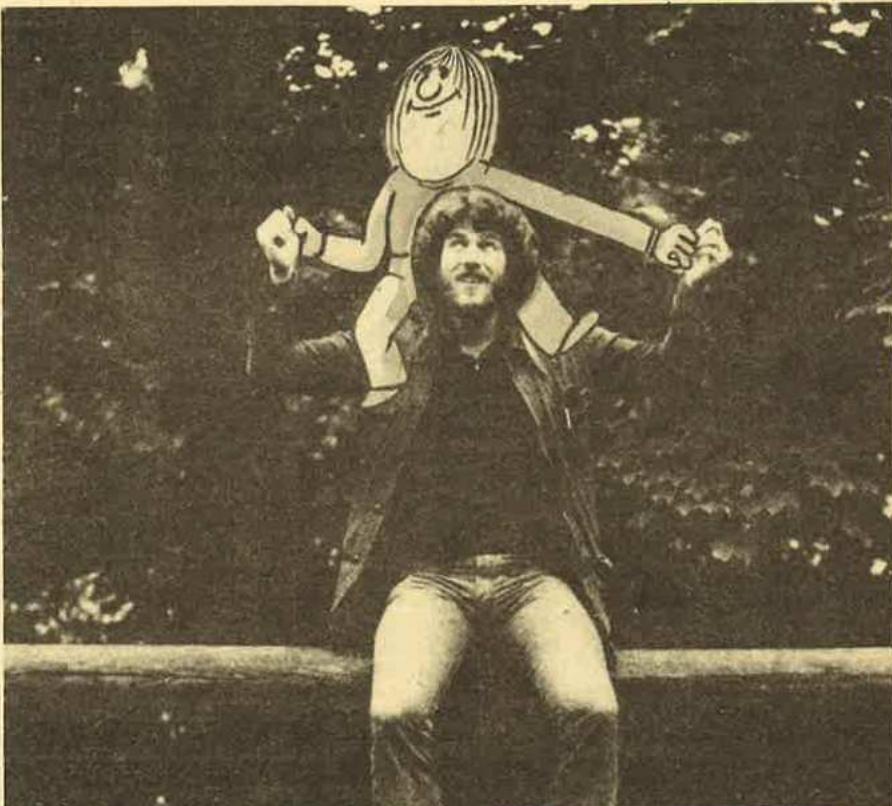
Mit Befriedigung ist zur Kenntnis zu nehmen, daß die Wirkung des „Exorzisten“ in den USA und bei uns eine verschiedene ist. Während jenseits des großen Teichs der Film eine Massenattraktion ist und vorwiegend jüngere Menschen von dem Opus in den Bann geschlagen werden, flüchten Angehörige derselben Generation in den Lichtspielhäusern unseres Landes angesichts besonders unappetitlicher Stellen in Lachen — eine durchaus positive Reaktion. Die Verhältnisse in den USA sind in vieler Hinsicht „fortgeschritten“ als in der Bundesrepublik. Die ökonomische Konzentration ist bei weitem entwickelter, die demokratischen Traditionen sind verschütteter, der Verfall der Kultur vollzieht sich in einem rasenden Tempo.

In der BRD ist oft die Rede von der Freundschaft des „amerikanischen Volkes“, womit der USA-Imperialismus gemeint ist, gegenüber der westdeutschen Bevölkerung. Tatsächlich ist der Umfang der Marshallplanhilfe beträchtlich gewesen (wenn auch mitunter unzulässig dramatisiert). Aber war die Hilfe uneigennützig, und welchem Adressaten galt sie? Unter Obhut der USA-Besatzungsmacht ist der demokratische Neuanfang in den Westzonen straßigiert, sind, wie es im DGB-Grundsatzprogramm heißt, „die alten Besitz- und Machtverhältnisse restauriert worden“. Wobei die Besetzer sorgfältig darauf achteten, sich in die zukunftsreichen Industrien einzukaufen. Bezahlt wurde die vorgebliche Hilfe nicht zuletzt mit der „Amerikanisierung“ des kulturellen Lebens. Um dies zu verifizieren, genügt ein Blick auf die Serien bei ARD und ZDF. Wer kennt nicht Ben Cartwright?

Was unserem Land not tut, wenn wir nicht in „amerikanischen Zuständen“ unsere Zukunft sehen, ist die schrittweise Loslösung vom politischen, militärischen und kulturellen Einfluß der USA. Was nötig ist: das „Abenteuer“ Vietnam — und gerade jetzt das Abenteuer Chile — zu erklären. Den Einfluß seiner Planer, aber ebenso ihrer bundesdeutschen Nutznieder und Komplicen zurückzudrängen.

Das „Zeitalter der Aufklärung“, so will es die Frankfurter großbürgerliche Zeitung in der Begründung des „Exorzisten“, neige sich dem Ende zu. Aber nicht doch! Es hat erst begonnen.

Stefan Siegert



Hartmut Schulze, bis Februar 74 verantwortlicher Redakteur der roten blätter. Veröffentlichungen in konkret, DVZ, UZ u. a.

Für die roten blätter stellt Hartmut Schulze einen jungen linken Künstler vor

„Wie alle Kinder zeichnete ich meine Eltern, Indianer, Cowboys, Lokomotiven, Räuber usw. Heute zeichne ich die Räuber unserer Zeit. Vom Räuber Hotzenplotz zum Gangster Nixon ist ein langer Weg. Er führte mich an die Seite der Arbeiterklasse“, berichtete der Hamburger Grafiker und Karikaturist Stefan Siegert in der UZ.

Wie der Weg eines jungen linken Künstlers in der Bundesrepublik verläuft, das wollte Hartmut Schulze für die roten blätter genauer von Stefan Siegert erfahren.



Stefan kam nach Abitur und Bundeswehr etwa gleichzeitig mit der Studentenbewegung an den Nekkar. Radikaldemokratisch und mit Spaß an der Freud' versuchte er, seine „bürgerliche Sozialisation zu kompensieren“, wie man wohl sagt. Er sollte, wollte Lehrer werden („was Ordentliches“) und studierte Deutsch (natürlich Brecht) und Geschichte. Es war spannend, in den ersten Seminaren die Einbeziehung marxistischer Forschungsergebnisse und Methoden zu verlangen. Die Mannbarkeits-Prüfung aber brachte erst die Beschlagnahme der Tübinger Studentenzeitschrift durch die Staatsanwaltschaft; schon nach dem dritten Nummer Siegertscher Mitarbeit. „Staatssymbole“ wurden „verunglimpt“.

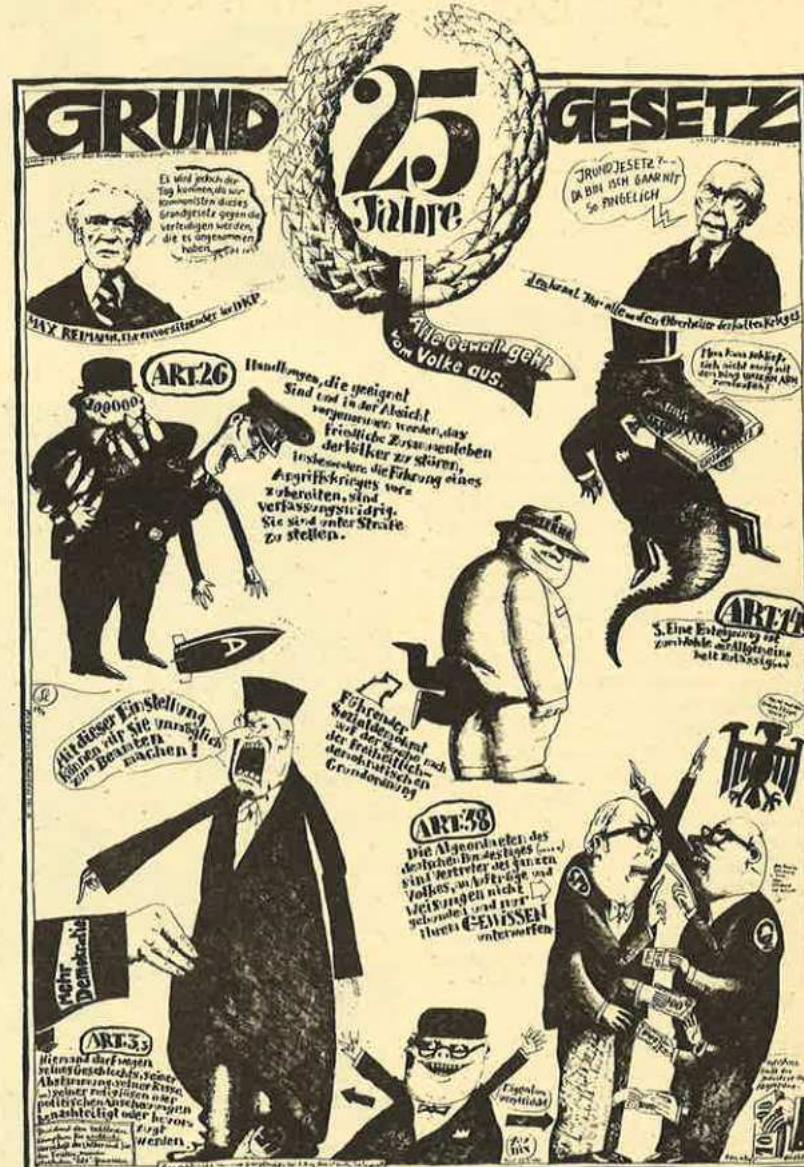
So ironisch distanziert wir uns heute dieser Zeit erinnern, wann sie doch von unschätzbarer Bedeutung; selbstverständlich für uns selber, für den weiteren Fortgang der Studentenbewegung klar — aber auch für die Entwicklung der gesamten demokratischen, antimonopolistischen Opposition in unserem Land.

position in unserem Land. Stefan kam nach Hamburg erst nach dem „heißen Sommer“ 1970. Und — fast das Gegenstück zu Ulrich in Uwe Timms Roman — läßt er die Lehrer-Perspektive fallen und widmet sich an der HfBK der „freien Kunst“. Der düstere Flur seiner Wohngemeinschaft bekommt himmelblaue Wölkchen, er schreibt Geschichten über Enten, und wer ihm vorhält, daß er sich im Zeichenstil nicht von Horst Janssen lösen kann, bekam ein Achselzucken zur Antwort. Das neuerliche „psychoanalytische Intermezzo“, erzählt Stefan, „endet in der notwendigen Sackgasse“.

Stefan und ich lernten uns dann bei gemeinsamer Arbeit in der Redaktion der „Hamburger Morgenpost“ kennen, eine angeblich SPD-nahe Boulevardzeitung.

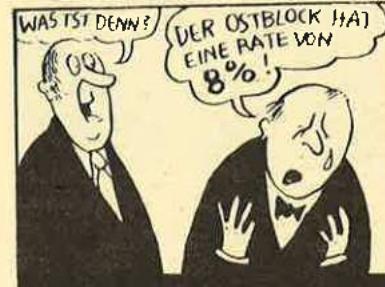
Wir machten unsere Erfahrungen mit imperialistischer Manipulationsstrategie und erkannten die Grenzen sozialdemokratischer Integrations-Mechanismen, als die Redaktion gesäubert wurde. Wir machten aber auch, durch den Kontakt mit Peter Schütt, erste Bekanntschaft mit den Alternativen. Zudem hatte ein Ausflug nach Leipzig seine Wirkung, wenn wir vorerst auch noch am stärksten vom Barometer auf dem Fernsehapparat unserer Quartiergeber, die natürlich nur Westkrimis sahen, beeindruckt waren. Und die Fassaden waren auch nicht so schön wie bei uns. Die Sache mit den Fassaden (in der BRD und in der DDR) verstanden wir besser, nachdem wir Anfang 1971 in den MSB eingetreten waren. (Und als Stefan 3 Jahre später, in diesem Sommer, eine Hamburger Kindergruppe in einem Ferienlager bei Rostock betreute, gestand er einer Kollegin von der FDJ: „Mein Fräulein, ich verehre Sie und Ihr schönes Land.“)

Stefan zeichnete damals einen Comic strips, der auch als kleines Buch erschienen ist: „Tarzan macht mit“ — eine Fabel über antiimperialistischen Kampf und solidarisches Handeln. Stefan wurde Mitglied der DKP, Stefan machte mit. („Aber schreib das bloß nicht so, daß die Leute denken, ich will mich mit 'nem Tarzan vergleichen!“) Er arbeitete für Spartakus-Gruppenzeitungen, für die „Hamburger Werkstatt schreibender Arbeiter“, für SDAJ- und Gewerkschaftspresse und nicht zuletzt für Betriebsgruppen der DKP. Seine Brötchen verdiente er bei „konkret“. „In meiner zweijährigen Arbeit für „konkret“ hatte ich Gelegenheit, mich als Anfänger in den verschiedensten Formen und Themen zu üben, im politischen Zusammenhang dieses Magazins, finanziell versorgt, eine selten glückliche

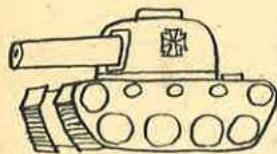


Lage, die inzwischen auch nicht mehr besteht", schreibt Stefan im Katalog zur Ausstellung „Politische Karikatur in der BRD“. Denn er hat sein Anfängerstadium jetzt so weit hinter sich gelassen, daß seine Arbeiten zusammen mit denen sechs anderer Kollegen nun schon seit Monaten sehr erfolgreich in vielen Städten — auch im Ausland — gezeigt werden. Aus dem Katalog ist übrigens gerade ein 268seitiges Rowohlt-Buch geworden (dnb 59, 15 DM). Stefan hat seinen Stil ge-

funden, seine Zeichnungen erkennt man auch ohne Signatur ohne das St mit Punkt auf dem t. Das heißt, eigentlich hat er ja zwei Stile: einen für die sichere, schnelle Karikatur mit harten Kontrasten und harten Aussagen; und einen für die leckere Zeichnung, an der er oft tagelang pängelt. „Damit komm ich auch in die gute Stube des Bildungsbürgers“, sagt er. Mit dieser filigranen Komposition, mit diesen subtilen Schraffuren hat er als erstes Polit-Poster, einen Strauß-Bilder-



WAS IST DAS?



NÄTURLICH, EIN PANZER.

UND DAS?



NÄTURLICH, EIN ARBEITER.
DER MUSS DEN PANZER BAUEN.

UND DAS?



NÄTURLICH, EIN SOLDAT.
DER LERNT, IN DEM
PANZER ZU STERBEN.

UND DAS?



NÄTURLICH, EIN UNTERNEHMER,
DER SICH AN DEM ARBEITER, DEM
SOLDATEN UND DEN PANZERN
KRUMM UND DÄMILICH VERDIENT HAT.

zur — wie man im Seminar sagen würde — „künstlerischen Aktivierung der Basis“ unternommen:

Über den Artikeldienst wurden keine fertigen Karikaturen versandt, sondern eine Art Baukasten mit verschiedenen Figurenelementen, mit denen sich die Betriebszeitungs-Redakteure ihre eigenen Zeichnungen, nach eigenen Bedürfnissen komponieren können. „Je nachdem wie das Echo ist“, meint Stefan, „kann man die Sache auch ausbauen zu einer richtigen kleinen Zeichenschule, indem man grafische Grundmuster erklärt und zeigt, wie sie zu variieren sind.“ Daneben arbeitet Stefan für die roten Blätter — natürlich —, für die Hamburger Studentenzeitung „zas“, für die DVZ, für Gewerkschaften, Juso-Gruppen, für die SDAJ, den SHB und, nach ihrer Neugründung, auch wieder für die „konkret“. Mit besonderer Zuneigung aber widmet er sich Holger und den Jungen Pionieren.

Mit Holger kann Stefan seine Erfahrungen als Bundeswehr-Pionier spät aber doch verwerten, denn Holger ist Comic-Held der demokratischen Soldatenzeitung „Röhrt Euch!“. Auf seine Mitgliedschaft in der sozialistischen Kinderorganisation ist Stefan mächtig stolz. Stefans Aufgaben sind mit seinem politischen Engagement gewachsen, und mit beidem zusammen sind seine künstlerischen Ausdrucksmöglichkeiten gewachsen: „Aus der bürgerlichen Ecke hören wir ewig, daß Parteilichkeit und freie künstlerische Entfaltung miteinander unvereinbar seien. Das Gegenteil stimmt! Erst durch meine politische Arbeit habe ich zu einer formalen Vielfalt gefunden, die ich früher nicht für möglich gehalten hätte. Nehmen wir etwa nur den großen „Hummel“ auf dem UZ-Pressefest oder den „angepaßten Studenten“ von der HRG-Demonstration. Und vergleichen wir dann unsere Kreativität mit der geistigen Ode, die im Büro eines „nonkonformistischen“ Werbegrafikers herrscht! „Unsere formale Vielfalt ist genauso groß wie unsere inhaltliche.. Beides bleibt aber nur so lange gewährleistet, wie wir ständig mit denen in Kontakt stehen, für die wir arbeiten, andauernd im Dialog mit Kollegen, Nachbarn, Freunden sind, und uns nicht immer nur unter Genossen im Kreis drehen.“

Politische Karikatur in der BRD

Rainer Hachfeld, Walter Kurowski
Arno Ploog, Chlodwig Poth
Stefan Siegert, Ernst Volland
Guido Zingerl



Herausgegeben von Thomas Pöhl

„Die Studentenrevolte von 1968 hat dazu geführt, daß sich besonders die missverstandene Karikatur als ein wichtiges Mittel der politischen Kultur fühlbar haben. In Bezug der bildnerischen Mittel sind dies die Form, Farbe und die Karikatur genannt. Neben Broschüren, Aufklebern, Transparencys und Werbemitteln werden in erster Linie Plakate, Zeitungen und Fliegerblätter zu ihrer Verbreitung eingesetzt. In der Vermittlung durch die genannten Medien werden letztlich auch ihre Funktionen als politische Karikatur definiert. Karikatur und ihre Wirkung wird von den benannten Multiplikatoren und deren Zielgruppen entscheidend bestimmt. Sie ist also und ohne ihren politischen Kontext machtlos.“

das neue buch
rowohlt

„Ach, eh' ich's vergesse, das gehört ja auch noch zu einem ordentlichen Künstler-Porträt: Also, Stefan ist gern und gut, hört gern Bach und Dave Brubek, und an Literarischem schwärmt er gerade von Heiner Müllers „Geschichten aus der Produktion 1“. Und die nächsten Pläne? — „Die Einheit von Kopf, Herz, Bauch usw. ist, denk' ich, nur im Sozialismus/Kommunismus möglich. Dafür — ganz abstrakt gesprochen — arbeite ich zeichnend.“ Bei so großen Arbeitsgebieten müßte er den Hochschulbereich natürlich etwas hintenan stellen. Jedenfalls kann er nicht mehr für jede Gruppe oder jede Sektionszeitung des Spartakus zeichnen. Hier gibt er den Rat: „Macht euch eure Karikaturen selber! In einer Hochschulgruppe von 30 Mann muß sich doch einer finden, der einigermaßen zeichnen kann! Und je öfter er's probiert, desto besser wird er. Ich finde, die Genossen machen sich das oft zu einfach. Sie warten immer nur auf fertige Produkte, die sie bloß zu übernehmen brauchen und lassen dabei Talente vertrocknen.“



bogen gezeichnet. Es folgten u. a. ein Plakat zum Grundgesetz und eine Mappe mit einem antiimperialistischen Zyklus für Chile. „Drei Stück“, erzählt Stefan ein bißchen stolz, „hat neulich ein FDP-Parteitagsdelegierter, der bei uns übernachtet hat, davon gekauft!“ Im gleichen Stil hat Stefan auch ein Plakat für die Bühnengenossenschaft in der Gewerkschaft Kunst des DGB angefertigt. Es mußte inzwischen in hoher Auflage nachgedruckt werden, weil es den Theaterleuten so gut gefiel, daß sie es zu Hunderten von den Wänden klauten. Dennoch bleibt die Presse der DKP, die UZ und ihre Betriebs-

zeitungen, Stefans wichtigstes Arbeitsgebiet.

Mit den Betriebsgruppen der Partei geht er auf Tuchfühlung. Wie sollte er auch den Arbeitsplatz eines Schweißers im Dock zeichnen, wenn er sich dort nicht umsieht? Wie sollte er ihre Forderungen mit einer verständlichen und witzigen Zeichnung ausdrücken, wenn sie ihm selbst nicht erklärt wird? Natürlich kann Stefan nicht an allen Betriebszeitungen mitarbeiten; aber über den zentralen Artikel- und Karikaturendienst kommen seine Zeichnungen immer an die richtige Adresse. Vor kurzem hat er einen wirklich wichtigen Versuch

Wie Dutsch Marx vor Lenin rettet

Unlängst ist im Wagenbach Verlag die Arbeit von Rudi Dutschke erschienen: Versuch, Lenin auf die Füße zu stellen. Über den halbasiatischen und den westeuropäischen Weg zum Sozialismus. Lenin, Lukacs und die Dritte Internationale. (13,50 DM)

Hat sich da Rudi Dutschke nicht ein bißchen zuwenig vor die Brust genommen? Hat er da nicht einiges vergessen? Hätte er nicht auch noch zugleich über die „Vierte Internationale“ und über Mao Tse-tung schreiben sollen? Wenigstens! Dutschke ist doch wirklich zu bescheiden. Aber so war er ja immer. Freilich, er hätte sich durchaus an das alte deutsche Sprichwort erinnern dürfen: Nur die Lumpen sind bescheiden.

Es gibt gewiß vielfältige Methoden, zu Neuem zu kommen. Eine einfache, die Rudi Dutschke anwendet, besteht darin, eine altbekannte These einfach umzudrehen. Da gibt er den Spruch der reaktionären bürgerlichen Geschichts- und Kulturphilosophie, den „wohlmeinende“ sozialdemokratische Leninismus-Kritiker und ultralinke Anti-Leninisten vom Schlag Pannekoeks und Korschs nachplappern: Die Oktoberrevolution war nicht sozialistisch, weil in Rußland die Produktivkräfte ungenügend entwickelt waren. Diese Revolution mußte folglich „entarten“.

Ergebnis war die „Bürokratisierung“ und Stalins Terrorismus. Dutschke dreht das einfach um: Lenin war danach nicht „russisch-beschränkt“, sondern „westeuropäisch“ borniert. Er konnte sich nur den westeuropäischen Weg zum Sozialismus vorstellen (Seite 33). Aber damit mißachtete er den ursprünglichen russischen Bauernsozialismus und Bauerndemokratismus (Seite 34 f.). Indem die Leninisten diese „Basis“ ignorierten, ihr das „westeuropäische Schema“ überstülpten, entfremdeten sie sich dem russischen Volk. Und mit welchem Ergebnis? Mit dem gleichen, das auch die Reaktionäre feststellten: Rußland wurde unter leninistischer Führung von einer volksfremden Diktatur heimgesucht.

Dutschke versucht (Seite 33 ff.) seine Position unter Berufung auf Marx (Problematik der asiatischen Produktionsweise) abzudecken. Hätte er nur einmal ins „Kommunistische Manifest“ geschaut, hätte er bemerkt, daß Marx und Engels den Sieg der kapitalistischen Produktionsweise über alle vorausgegangenen im Weltmaßstab erwarteten und darauf ihre Strategie und Taktik gründeten. Die Spaltung der Welt in einen westeuropäischen und einen asiatischen Typus finden wir nicht bei Marx, aber bei der deut-

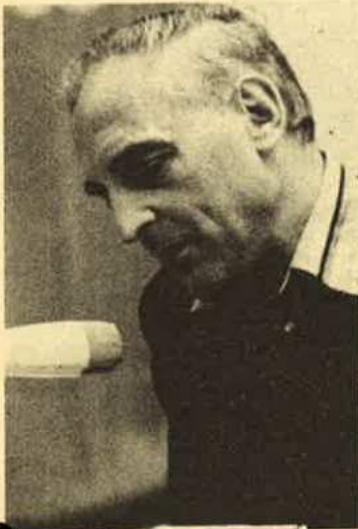
schen reaktionären Kulturphilosophie.

Auf Marx jedenfalls kann sich Dutschke hier nicht mit Recht berufen. Vielmehr begeht er hier Etikettenschwindel. Es kommt bei rechter und „linker“ Leninismuskritik immer dasselbe heraus: die Sowjetunion ist antidemokatisch, sei es wegen ihrer asiatischen Vergangenheit, die Lenin prägte, oder sei es wegen der westeuropäischen Borniertheit, die den gleichen Lenin motivierte.

Dabei hat das ganze bei Dutschke durchaus Methode. Da vereinigen sich verschiedene Bächlein zu einem einzigen Strom. Einerseits muckt, wie eh und je, der kleinbürgerlich-individualistische Intellektuelle auf gegen proletarische Disziplin und nennt solches Aufmucken Verteidigung der Freiheit. Sodann verbrüdert sich dieser individualistisch gestimmte Anarchismus des kleinbürgerlichen Intellektuellen mit dem mehr kollektivistisch gestimmten Anarchismus kleinbäuerlicher Prägung – wie wir das ja auch aus der Geschichte der revolutionären Bewegung Rußlands, des Zusammenspiels von Sozialrevolutionären (intellektuellen Anarchisten) und beispielsweise Machnabanden gegen die Bolschewiki kennen. Dies alles hat bei Dutschke im Hintergrund die Bauernorientierung Mao Tse-tungs.

Zwar gibt Dutschke einerseits vor, nicht maoistisch zu orientieren (Seite 10), aber andererseits mißt er den sowjetischen Weg – wie Dutschke ihn sieht – an dem Maos, wie ihn derselbe Dutschke versteht (Seite 9). Antisowjetische Mythen von rechts und „links“, mit zentraler Stoßrichtung gegen die Organisation und Disziplin der Arbeiterklasse, gegen ihre Staatsmacht, das ist der Kern von Dutschkes Ideologie, heute so wie früher. Damit dieser Weg der Konterrevolution aussieht wie ein dritter, bejaht er im Kapitalismus die „radikale Revolution“ und im Sozial-

KC



von Robert Steigerwald

Robert Steigerwald, Dr. phil., Vorsitzender der Marxistischen Arbeiterbildung, Mitglied des DKP-Parteivorstandes, Mitarbeiter beim IIMS, Veröffentlichungen: „Marxismus – Religion – Gegenwart“, 1973, 188 S., 6,50 DM; (gemeinsam mit W. Gerns) „Probleme der Strategie des antimonopolistischen Kampfes“, 2. Aufl., 1973, 6,— DM; (gemeinsam mit W. Gerns, G. Weis) „Opportunismus heute“, 1974, 9,50 DM, 234 S.

lismus die „radikale Reform“, wobei er als Maßstab solcher „Reform“ die Ideologie der „Krebsstation“ Sol-schenizyns (Seite 6 f.) anführt und erklärt, es müßten die Wurzeln des Sozialismus wegreformiert werden (Seite 13). Freilich ist ihm der Sol-schenizyn des „Archipel Gulag“

nicht mehr wirkungsvoll genug. Dutschke zieht die Schein-Linken unter den „Dissidenten“ vor, jene, die – wie etwa Medredjew – vorgeben, eigentlich seien sie ja auch für den Sozialismus, freilich nicht für den, den es gibt, sondern für einen irgendwie anderen (Seite 8).

Dabei kommt es in Dutschkes Argumentationen zu grotesken Fehldeutungen. Lenins Wort „Lieber weniger, aber besser“ wird im Zusammenhang gebracht mit einer angeblichen Resignation Lenins vor der Aufgabe, die ökonomische Kraft des Kapitalismus einzuholen und zu überholen (Seite 9). Da verwechselt Dutschke Lenin einfach mit Trotzki. Andere Beispiele ähnlicher Art findet man beispielsweise auf den Seiten 16 ff. Dutschke wünscht eine von Fraktionskämpfen erschütterte KPdSU (Seite 11), polemisiert gegen die „mechanische Gegenüberstellung von Revolution und Konterrevolution“ (Seite 11). Feuer und Wasser sollen also vereinigt werden!

Natürlich hat Dutschke Marx und Engels besser verstanden, als das Lenin vermochte, übrigens hatte da auch Lukacs nicht so ganz richtig durchgeblickt (Seite 15 f.), jedenfalls ließ er irgendwie dem Lenin ins Netz.

Nicht erst heute, seit dem Mordanschlag auf Dutschke ist es so, sondern auch früher war sein Denken nicht folgerichtig. Man durchdenke doch zum Beispiel einmal folgende Textstelle gleich zu Beginn: „Wie kommt einer dazu, sich für Oppositionelle in der kommunistischen Bewegung zu interessieren, und warum bringt ihn das schließlich zurück bis zu Lenin und zu den Anfängen der bolschewistischen Partei?“

Objektiv: weil es seit einem Jahrzehnt wieder eine sozialistische Perspektive gibt, wenn in Revolutionen der „Dritten Welt“ und in den (noch schwachen) Kämpfen der Oppositionellen in den Metropolen des Kapitals. Frage: Sozialismus wie? Was können wir brauchen, was müssen wir verändern?“

Was wird hier gefragt, geantwortet, behauptet? Daß „einer“ sich für „Oppositionelle“ der kommunistischen Bewegung interessiert, weil es „seit einem Jahrzehnt wieder eine sozialistische Perspektive gibt“, als welche Dutschke die „Revolutionen der „Dritten Welt““ und schwache oppositionelle Kräfte in den imperialistischen Metropolen ansieht.

Also erstens gab es eine sozialistische Perspektive vorher nicht – objektiv nicht, wie Dutschke sagt. Wenn er wenigstens „subjektiv“ geschrieben hätte, müßten wir mit ihm „nur“ darüber streiten, daß er die existierende kommunistische Bewegung inhaltlich nicht als Trägerin der Perspektive meint. Aber nein, es gab objektiv keine Perspektive. Das heißt doch, es gab kein Proletariat inmitten der Widersprüche des Imperialismus. Dutschke verwechselt die Kategorien objektiv und subjektiv.



Wie Marx einstens Hegel, will Dutschke — ein neuer Marx — Lenin auf die Füße stellen.

Der „linke Radikalismus“, die Kinderkrankheit im Kommunismus

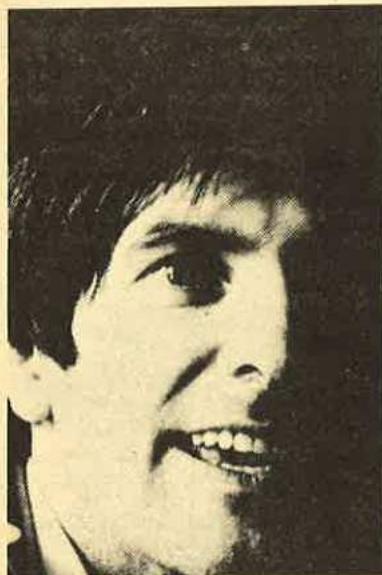
kung und sehr oft einer unglaublich krasse und raschen Verschlechterung der Lebenshaltung und dem Ruin ausgesetzt ist, leicht in extremen Revolutionarismus verfällt, aber nicht fähig ist, Ausdauer, Organisiertheit, Disziplin und Standhaftigkeit an den Tag zu legen. Der durch die Schrecken des Kapitalismus „wild gewordene“ Kleinbürger ist eine soziale Errscheinung, die ebenso wie der Anarchismus allen kapitalistischen Ländern eigen ist. Die Unbeständigkeit dieses Revolutionarismus, seine Unfruchtbarkeit, seine Eigenschaft, schnell in Unterwerfung, Apathie und Pharaozum zu umzuschlagen, ja sich von dieser oder jener bürgerlichen „Modetollheit“ fortreißen zu lassen – all das ist allgemeine, abstrakte Anerkennung dieser Wahl



Sowjetische Kolkhozfrauen 1974: „Lenin hat Marx‘ Hinweise über die Bedeutung des Artels, der Genossenschaft, gerade für Rußland beachtend, den Bauern empfohlen, die Lösung des unvermeidlichen Übergangs zur Großproduktion auf dem genossenschaftlichen Weg zu versuchen.“



Mao 1938: „Dies alles hat bei Dutschke im Hintergrund die Bauernorientierung Mao Tse-Tungs.“



„Hat Dutschke sich nicht ein bißchen zu wenig vor die Brust genommen?“



„Solschenizyns „Archipel Gulag“ ist Dutschke nicht mehr wirkungsvoll genug.“

Zweitens heißt die Einschätzung der Revolutionen der dritten Welt als sozialistische Perspektive doch, Bewegungen, die von nationaler Bourgeoisie oder Kleinbourgeoisie geführt werden, über den gleichen Leisten zu schlagen mit jenen, die von revolutionären Sozialisten geführt werden. Demnach wären etwa Sadat und Cabral prinzipiell gleiche Größen.

Doch selbst, wenn wir diese Einwände nicht hätten, wo ist – drittens – die Logik zwischen einleitender Frage und Dutschkes Antwort? Wieso folgt aus einem – einmal angenommen – neuen revolutionären Aufschwung die Orientierung ausgerechnet auf Oppositionelle des Kommunismus und nicht auf diesen Aufschwung selbst? Wobei Dutschke – wie das Buch selbst zeigt – teilweise ja direkte Renegaten meint. Die Logik wäre nur zwingend, wenn es Dutschke bei uns um die

Verhinderung der Revolution und im Sozialismus um die Konterrevolution ginge.

Aber Dutschke gibt sogar noch eine „subjektive“ Begründung für seine Oppositionellen-Liebe: „Subjektiv: dieses Buch wurde etwa vor drei Jahren begonnen, als Einleitung zu einer Sammlung von Kritiken an Georg Lukacs. Es stellte sich aber heraus, daß vom Revolutionär Lukacs nicht ohne gründlichste Beschäftigung mit Lenin gesprochen werden kann, weil Lenin immer mehr in den Mittelpunkt seines politischen Denkens rückte.“

Fragen wir wieder, wo hier die Logik ist? Wenn jemand sich mit Lukacs und Lukacs-Kritik befaßt und dabei erkennt, daß dazu die Beschäftigung mit Lenin unabwendbar ist – wieso folgt daraus, daß man sich mit Gegnern des Kommunismus befassen muß?

Das ist alles bla bla. Dutschke wollte sein antimarxistisches Eintrittsbillet fürs höhere Lehramt produzieren. Das ist alles – und das eben ist nicht neu.

Nun könnte uns jemand für kleinlich halten. Er mag meinen, eine unlogische Stelle spreche doch wohl nicht gegen ein ganzes Buch. Zugegeben. Aber es ist eben so, daß beinahe jede Seite von Dutschkes Buch – ach was, ein Buch ist es nicht, es ist ein Anti-Buch! – solche Unlogik zeigt. Nehmen wir einmal Seite 21, zumal dort wieder eine philosophisch wesentliche Frage zur Sprache kommt und dabei eben Dutschkes Individualismus seine irrationale Wurzel besonders deutlich zeigt. Es soll die Position von Marx skizziert werden, „um nicht in die Gefahr zu geraten, geschichtliche Prozesse ihrer subjektiven Seite, der menschlichen Aktivität, des menschlichen Handelns zu berauben. Sonst würden alle geschichtlichen Abläufe zu mechanischen Unvermeidlichkeiten gemacht werden. Die Kategorie der ‚objektiven Möglichkeiten‘ (Lukacs), das heißt, die gesellschaftliche Szenerie des aktiven Handelns würde dann ihren Sinn verlieren, wenn geschichtliche Prozesse deterministisch ablaufen, der Mensch wäre dann nicht geschichtliches Subjekt, sondern wäre nichts weiter als Objekt.“ (Seite 21)

Was sagt Dutschke hier im Klartext? Erstens, daß er sich Determination nur als mechanische Unvermeidlichkeit vorstellen kann. Zweitens, daß es für Marx, weil es im Marxismus mechanische Unvermeidlichkeiten nicht gibt, keine Determination gibt. Aber was ist das Indeterminierte? Was ist das Ursachlose? Das Wunder. Marx wäre demnach also ein Theoretiker des Wunders, ein Theologe? Ich sehe davon ab, daß Lukacs‘ Kategorie der „objektiven Möglichkeiten“ sich nicht deckt mit Dutschkes farblosen „gesellschaftlichen Szenerien des aktiven Handelns“.

Nein, Dutschke hat keinen Deut von der Dialektik objektiver und subjektiver Faktoren im Geschichtsprozeß begriffen.

Wir haben uns bisher nicht mit der Frage befaßt, ob Dutschkes Behauptung zutreffend ist, Lenin hätte den massenhaft bürgerlichen Charakter der Bevölkerung des zaristischen Rußlands nicht beachtet, die besonderen Bedingungen Rußlands zugunsten des westeuropäischen Musters ignoriert. Gorter war 1920 Lenins übrigens das Umgekehrte vor.

Dutschke versteht von Geschichte so wenig, daß ihm die Frage gar nicht ankommt, wie denn der Sieg der Oktoberrevolution und der Sieg über Intervention und Konterrevolution in dem riesigen russischen Reich mit seinen über 100 Millionen Bauern möglich gewesen wäre ohne festes Bündnis von Arbeitern und Bauern. Die Bolschewiki haben doch gerade unter Lenins Führung nach der Februar-Revolution ihre Programmatik gegenüber der Bauernfrage weiterentwickelt. Dabei ging sie von der realen Lage aus, daß die Bauern nach dem Boden verlangten, den sie bearbeiteten. Gerade die Beachtung dieser Tatsache war eine der mächtigsten Triebkräfte für die Oktoberrevolution und ihren Sieg, auch für ihren Sieg über die Konterrevolution und Intervention. Freilich hat Lenin, Marx‘ Hinweise über die Bedeutung des Artels, der Genossenschaft, gerade für Rußland beachtend, den Bauern empfohlen, die Lösung des unvermeidlichen Übergangs zur Großproduktion auf dem genossenschaftlichen Weg zu versuchen. Und zugleich hat Lenin völlig richtig davor gewarnt, die gewaltige kleinbürgerliche Woge zu ignorieren, die, von den Massen der kleinen Bauern und Handwerker ausgehend, das Land überschwemmen konnte.

Gerade dies ist es wohl, was den Dutschke und Co, den Gegnern des proletarischen Sozialismus, den Wanderpredigern der anarchistischen Utopie nicht in den Kram paßt. Darum Dutschkes „Versuch, Lenin auf die Füße zu stellen“. Nun, Marx stellte einstens Hegel vom Kopf auf die Füße. Unter uns ist ein neuer Marx – Dutschke heißt er – der selbiges mit Lenin vorhat.

Dutschke schreibt in seinem Buch über nicht wenige Probleme. Die Fülle von Zitaten mag Studenten beeindrucken, Wissen und Gelehrsamkeit vortäuschen. Leider ist hier nicht der Ort, mehr als bereits geschehen, zu belegen, daß Dutschkes Sachkenntnis nicht hinreicht und seine logische Kraft unzulänglich ist, so daß insgesamt eine Arbeit zu stande kam, über die ein leider gebildeter Reaktionär, Hans-Dietrich Sander in Springers „Welt“ (5. 10. 74) schrieb: „Solche Leute werden bei uns Professoren. So sind sie, die Linken.“ Dutschkes antikommunistisches Anti-Buch wird von der Reaktion gegen linke Intellektuelle benutzt. Dies ist die Logik der Reaktion, der Dutschke die Prämissen lieferte!



Unsere Politik



Dokumente des MSB Spartakus

Seit Anfang des Jahres gibt es das Buch „Unsere Politik, Dokumente des MSB Spartakus“. An Hand der verschiedenen Verbandsdokumente demonstriert es den langen und nicht unkomplizierten Weg von der Ausarbeitung der Grundlinien der Strategie und Taktik und der Schaffung der organisatorischen Grundlagen für die marxistische Studentenbewegung mit dem 1. Bundeskongress im Mai 1971 bis zum 2. Bundeskongress im Februar 1973, der die Aufgabe stellen konnte, den Charakter des MSB Spartakus als der marxistischen Massenorganisation der Studenten quantitativ und mit dem Studentenaktionsprogramm auch qualitativ stärker auszuprägen. Den Kampf um die Realisierung dieser Aufgaben demonstrieren die Dokumente nach dem 2. Bundeskongress bis zum Dortmunder Meeting im November 1973. Mit dem Referat dieses Meetings schließt das Buch ab.

Ich bestelle

... Exemplar „Unsere Politik“ Dokumente
des MSB SPARTAKUS

Name

Einsenden an

MSB Spartakus

Adresse

53 Bonn

Hochschule

Postfach



Für den Studenten Friedrich Schiller gab es keine Krankenversicherung ...

Die Barmer bietet allen Studenten, die eine Angestelltentätigkeit ausüben, einen sofortigen umfassenden Krankenversicherungsschutz im In- und Ausland.

Die Barmer kostet monatlich DM 17,-, mit Familienangehörigen monatlich DM 19,-.

Die Beiträge fließen an die Versicherten in Form von Leistungen wieder zurück. Gewinne, Tantiemen, Dividenden gibt es nicht.

Die Barmer als größte Krankenversicherung für Angestellte ist in rd. 1 700 Orten im Bundesgebiet und in Berlin vertreten. Natürlich auch in allen Universitäts- und Hochschulstädten. Bei einem Universitätswechsel ergeben sich also keinerlei Versicherungsprobleme.

BARMER
ERSATZKASSE

überall im Bundesgebiet
und in
Westberlin

Demokratische Erziehung

Die erste Anzeige war kaum erschienen, nur wenige Prospekte verteilt, und schon waren Hunderte von Abonnements und weit mehr Bestellungen von Probeexemplaren beim Verlag eingegangen. Die ersten Reaktionen auf die Ankündigung der neuen, vom Pahl-Rugenstein Verlag herausgegebenen Zeitschrift „Demokratische Erziehung“, die ab Januar 1975 zweimonatlich erscheinen soll, zeigen das spontane Interesse und die großen Erwartungen in dieses neue Projekt des Verlages.

Viele Bestellungen sind mit guten Wünschen für den Start der Zeitschrift verbunden. „Als Kinderkrankenschwester und Pädagogikstudent tätig, warten wir schon lange auf eine Pädagogikzeitschrift, die den gesamten Erziehungs- und Bildungsbereich erfassen will, zugleich auch links und nicht ultralinks (wie etwa Erziehung und Klassenkampf) orientiert ist.“ „Man darf Ihnen schon jetzt bescheinigen, daß Sie einem seit Jahren bestehenden Interesse aller fortschrittlichen und demokratischen Kräfte mit Ihrer neuen Publikation Rechnung tragen.“ Das sind Zitate aus den ersten Bestellungen.

Wie wird diese neue bildungspolitische und erziehungswissenschaftliche Zeitschrift ausschneien, wen will sie erreichen, welche politischen Ziele stellt sie sich?

Die Herausgeber bestimmen die inhaltlichen Schwerpunkte und das politische Profil der Zeitschrift. Unter ihnen sind Erziehungswissenschaftler, Soziologen, Psychologen, Sozialpädagogen, Lehrer, Elternvertreter, Gewerkschafter, Studenten und Jugendvertreter, so unter anderem die Professoren Frank Benseler, Dankwart Danckwerts, Frank Deppe, Helga Deppe-Wolffinger, Horst Holzer, Karl Lingelbach und Gerwin Schefer, der Lehrer Horst Böthge, das CFW-Hauptvorstandsmitglied Alfred Degen, die Sprecherin der Elterninitiative Schulnotstand, Frau Lottermann.

Die Zusammensetzung des Herausgeberkreises macht deutlich: hier soll keine rein akademische Pädagogikzeitschrift entstehen, sondern eine Plattform mit dem politischen Anspruch, die Zusammenarbeit der verschiedenen an einer Demokratisierung von Bildung und Erziehung Interessierten zu fördern und gemeinsame Orientierungen und Alternativen für die verschiedenen Bereiche zu entwickeln.

Gerade für die im Bildungs-, Erziehungs- und Wissenschaftsbereich Tätigen ist es wichtig, sich den politischen Horizont nicht auf die unmittelbaren Probleme der eigenen Berufspraxis beschränken zu lassen, sondern die Zusammenhänge und Gemeinsamkeiten ihrer Probleme, z. B. als Lehrer, mit den Aufgaben einer grundlegenden Reform der Berufsausbildung und den dazu von Gewerkschaftlern entwickelten Alternativen zu erkennen und daraus konkrete Handlungsalternativen zu entwickeln. „Demokratische Erziehung“ gibt den verschiedenen demokratischen Initiativen und Strömungen Raum, die auch durch die Herausgeber repräsentiert werden, die von der Notwendigkeit überzeugt sind, daß man für demokratische Reformen im Bildungswesen, die wirklich im Interesse der Bevölkerungsmehrheit liegen, selber eintreten muß.

Die Ausweitung des Bildungswesens und die entsprechenden Prioritäten in den öffentlichen Haushalten, ein einheitliches Volksbildungswesen, das den Kindern der Arbeiter und Angestellten eine umfassende Bildung und den Werktätigen Weiterbildungsmöglichkeiten bietet, das zur aktiven, demokratischen Wahrnehmung der eigenen Interessen durch die arbeitenden Menschen erzielt, dies kann nur durch größeren Einfluß der Betroffenen auf Inhalte und Institutionen der Bildung und Erziehung erreicht werden. Deshalb will „Demokratische Erziehung“ auf die Zusammenarbeit der im Erziehungs- und Bildungsbereich Tätigen mit der Arbeiterbewegung in unserem Lande hinwirken.

Das Interesse an Fragen der Bildungspolitik und Erziehungswissenschaft ist keine Modeerscheinung. Ihre gesellschaftliche Bedeutung, und zugleich die Möglichkeit, dort fortschrittliche Alternativen durchzusetzen, wächst.

Dies festzustellen, hat nichts mit pseudorevolutionären, schon bei den Frühsocialisten des 19. Jahrhunderts, ebenso wie bei den pseudorevolutionären Verfechtern der „antiautoritären“ Erziehung oder der „Entschulung“ gescheiterten Vorstellungen von einer grundlegenden Veränderung der Gesellschaft über die Erziehung zu tun.

Vielmehr wächst unter dem Druck der Konkurrenz mit dem offensichtlich überlegenen Bildungs- und Wissenschaftssystem der sozialistischen Länder und der Notwendigkeit, die Menschen für die Ziele des bei uns herrschenden Systems zu aktivieren, auch der

würdigkeit. In den zahllosen Diskussionen um „antiautoritäre, emanzipative, kritische Erziehung“ spiegelt sich die Suche nach Alternativen wider.

„Demokratische Erziehung“ will die großen Möglichkeiten zu demokratischen Veränderungen in den Lehrinhalten und Ausbildungszwecken, in der Struktur unseres arbeiterfeindlichen Bildungswesens aufzeigen und nutzen, die sich jetzt ergeben. Während sozialdemokratische Kultusminister wie Gergensohn in NRW willig den Beschwörungsformeln der bildungspolitischen Exorzisten folgen und verschreckt die Lehrpläne gegen das Eindringen von Inhalten abdichten wollen, die der

Demokratische Erziehung

Seit
Eine politisch-kulturelle
Zeitschrift für alle politisch
Erziehenden. Sie erscheint
Jahrestag 1975.
Für Wiss.-Kultur und Bildung,
für Leben und Schule.
Für alle im Erziehungsberuf.

Inhaltlich über politisch-kulturelle
Erziehungen und über die
Bildungspolitik des 1. und 2. Kindes.
Ausgewogen zwischen politisch-kultureller
Analyse und sozialdemokratischer
Aktivität zur Demokratie.
Im Abonnement DM 12,-
Wiederbeschaffung DM 1,-
Einzelnummer DM 1,-

Pahl-Rugenstein Verlag Köln

1/75



Karl Heinz Heinemann, Redakteur und Mitherausgeber der „Demokratischen Erziehung“.

Zwang zur „Modernisierung“ unseres Bildungswesens. Bildung und Erziehung werden zu einem neuralgischen Punkt sowohl für die Heranbildung eines effektiv verwertbaren Potentials an Arbeitskräften als auch für die Aufrechterhaltung der Herrschaftsstrukturen in unserem Land. Angesichts der ständig fehlenden Mittel für die notwendigen Erweiterungen im Bildungsbereich wächst die Empörung unter den Betroffenen. Alte Theorien und Leitbilder der Pädagogik und Bildungstheorie verlieren an Glaub-

sozialen Lage von Arbeiterkindern entsprächen und die Reformansätze verleugnen, unter denen sie selbst einmal, nicht zuletzt unter dem Druck aus ihrer eigenen Partei, angetreten sind, will „Demokratische Erziehung“ für die Verteidigung und Erweiterung der demokratischen Ansätze in der Bildungs- und Erziehungspraxis eintreten.

Sie will damit der Gefahr begegnen, daß angesichts des Zurückweichens ehemalige Gallionsfiguren „fortschrittlicher“ sozialdemokratischer Bildungspolitiker

vor dem Druck der Reaktion sich Resignation ausbreitet und der Rückzug in die „pädagogische Provinz“ angetreten wird.

Dazu reicht es nicht mehr, die Misere zu analysieren und die Ursachen im kapitalistischen System aufzuzeigen. Es fehlt vielmehr die praktische politische Orientierung, die Entwicklung demokratischer Alternativen in der Bildungspolitik, die es etwa Lehrern ermöglichen, gemeinsam mit den Kollegen, den Schülern, aber auch den Eltern gegen die Auswirkungen der Bildungsmisere in ihrem Bereich vorzugehen und Alternativen zu arbeiterfeindlichen Lehrinhalten, zu einer unwissenschaftlichen Ausbildung zu verankern. Bedeutet das nun, daß die Zeitschrift stärker theoretisch orientiert sein wird?

Im Vordergrund stehen die aktuellen politischen Fragen, die Probleme der bildungspolitischen und erziehungswissenschaftlichen Auseinandersetzungen:

Wie kann der Kampf gegen die Berufsverbote, wie kann die Solidarität mit den um ihre Befreiung von Imperialismus und Faschismus kämpfenden Völkern in die eigene Praxis im Bildungs- und Erziehungsbereich eingebbracht werden?

Wie können wir an unserem Ort, an unserer Schule konkret nachweisen, daß das Gerede von der Lehrerschwemme Unsinn ist, welches Zahlenmaterial können wir vorlegen, um den Lehrerbedarf an unserer Schule zu berechnen und als Forderung zu vertreten? Zur Beantwortung solcher Fragen wird „Demokratische Erziehung“ Material vorlegen, sie wird kurze Kommentare und Berichte veröffentlichen. Sie wird Nachrichten und Informationen analysieren und systematisieren, nicht um einer vordergründigen „Schmackhaftigkeit“ willen, sondern um den Lesern echte Orientierungshilfen zu bieten.

Die Probleme der langfristigen Bildungsplanung werden in der wissenschaftlichen und politischen Diskussion des nächsten Jahres eine wichtige Rolle spielen: Bildungsgesamtplan, Schulentwicklungspläne, Rahmenpläne zum Hochschulausbau — hier sollen Weichen für die Zukunft gestellt werden, hier ist das Eintreten für Alternativen, die am Bedarf und den Bedürfnissen der arbeitenden Bevölkerung orientiert sind, dringend notwendig. „Demokratische Erziehung“ wird sich dieses Themas annehmen; nicht, ohne auch „linke“ bildungswirtschaftliche Ansätze kritisch zu untersuchen, die versuchen, alle Widersprüche im Ausbildungssektor keimfrei aus der Marxschen Warenanalyse abzuleiten.

Die Reform der Berufsausbildung ist ein vordringliches bildungspolitisches Thema. Hier prallen die Interessengegensätze der Arbeiter und Lehrlinge einerseits und der Unternehmer und ihrer

Verbände auf der anderen Seite besonders deutlich aufeinander. Welche Chancen bestehen für eine Integration von Berufs- und Allgemeinbildung? Wie gehen die Ausbilder heute ihre verantwortungsvolle Aufgabe an? Die Zeitschrift wird diese Fragen untersuchen.

Die globalen politischen Veränderungen der letzten Jahre haben, ob gewollt oder nicht, ihre Konsequenzen für die politische Bildung. Daß Kindern heute weitaus schwerer als vor zwanzig Jahren der „Russenschreck“ einzujagen ist und sie so diesem System gefügt gemacht werden können — dieser Tatsache muß die offizielle politische Bildung bei uns einfach Rechnung tragen. Mit welchen Mitteln und Zielen tut sie das? Wo wird heute überall „politische Bildung“ praktiziert? Welche vordringlichen Aufgaben stellen sich für eine demokratische politische Bildung, die zur Völkerverständigung und Wahrnehmung der verfassungsmäßigen demokratischen Rechte erzieht? Auch damit wird sich „Demokratische Erziehung“ beschäftigen.

Auch in die bildungspolitischen Auseinandersetzungen an den Hochschulen wird die Zeitschrift eingreifen. Insbesondere die Probleme der Studienreform und der Lehrerausbildung, neuer Erfahrungen und Modelle, werden untersucht.

Sie wird die Erfahrungen und Ansätze der demokratischen Bewegungen anderer Länder auf bildungspolitischem und pädagogischem Gebiet, etwa aus Italien und Frankreich, darstellen und Aufsätze aus der Bildungspolitik und Erziehungswissenschaft der sozialistischen Länder veröffentlichen.

Dies kann natürlich kein umfassender Katalog der Vorhaben der neuen Zeitschrift sein. Aber aus diesen Informationen, die uns der Redakteur und Mitherausgeber Karl Heinz Heinemann gab, wird deutlich, daß die Zeitschrift in der bildungspolitischen und -theoretischen Diskussion eine Rolle spielen wird.

Das erste Heft, das Mitte Januar erscheint, beschäftigt sich unter anderem in mehreren Aufsätzen mit dem Thema „Hauptschule“. Neben einer Analyse der politischen Auseinandersetzungen um die Hauptschule und ihre Zukunft stehen Aufsätze über die Entwicklung von der Volksschule zur Hauptschule, über die Möglichkeiten eines fortschrittlichen Literaturunterrichts in der Hauptschule, über Unterrichtsziele in der Wirtschaftslehre der Hauptschule und über Möglichkeiten der Zusammenarbeit von Lehrern und Eltern.

Lottemi Doermann analysiert die Tätigkeit und Perspektiven der verschiedenen Elterninitiativen. Die Nummer wird weitere aktuelle Aufsätze, auch zu internationalen Themen, enthalten. Man darf darauf gespannt sein.

neu vds:

bericht zur sozialen lage der studenten

erhältlich beim AStA
und beim vds - Verband
Deutscher Studentenschaften
53 Bonn · Kaiserstr. 71



24

Ich bestelle ab Nr.
bis auf Widerruf — jedoch
mindestens für 1 Jahr
(Jahresabo: 8,- DM und Porto)

Name: _____

Anschrift: _____

Unterschrift: _____

Studentenmagazin

rote blätter

MSB Spartakus

53 Bonn

Postfach

Der Schoß ist fruchtbar noch..

Eine fiktive Kriminalgeschichte gibt den Rahmen ab für Engelmanns Tatsachenroman: Donald Hartnell, ein junger Rechtsanwalt, fliegt von New York nach München, um dort nach einem Gemälde von Caspar David Friedrich zu suchen. Sein Auftraggeber David Seligmann, der rechtmäßige Besitzer des Bildes, mußte einst wegen seiner jüdischen Herkunft aus dem faschistischen Deutschland fliehen. Seine Eltern und Geschwister waren von den Nazis ermordet worden. In dem Friedrich-Bild hatte der alte Seligmann wertvolle Familiendokumente versteckt — Hartnell soll die Dokumente ausfindig machen und sie David Seligmann zurückbringen.

So beginnt die Handlung des Romans — wie gesagt, eine erfundene Story. Was aber Donald Hartnell und seine Helfer bei ihrer Suche nach dem einst von den Nazis beschlagnahmten Gemälde ausfindig machen, das ist nicht fiktiv, dabei geht es um harte Fakten aus der jüngsten Vergangenheit und der Gegenwart Deutschlands: um die faschistische Vergangenheit namhafter Persönlichkeiten der BRD nämlich.

Die Dokumente und Zusammenhänge, die Engelmann in seinen Roman eingebaut hat, entlarven die politische Vergangenheit von Männern wie Ex-Bundeskanzler Kiesinger, dem CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß, dem BDA-Präsidenten Hanns Martin Schleyer, dem CDU-Bundestagsabgeordneten Otto Freiherr von Fircks und manchem anderen. Diese Männer, die ihre ersten politischen und beruflichen Meriten als aktive Nazis verdienten, sitzen heute an den Hebeln der wirtschaftlichen und politischen Macht in der Bundesrepublik. Ihre Hauptaufgabe sehen sie heute wie damals im erbitterten Kampf gegen demokratische Bestrebungen im eigenen Land, gegen die Politik der friedlichen Koexistenz mit sozialistischen Ländern, im Eintreten für einen militärischen Antikommunismus, der selbst der Bonner SPD/FDP-

Koalition sozialistische Bestrebungen nachsagt, um sie zu diffamieren.

Diese Vertreter der äußersten Reaktion werden sogar noch für ihre Verdienste um „Wiederaufbau“ und „Demokratie“ offiziell gewürdigt, wie Engelmann am Beispiel des Dr. Fritz Ries, Konsul ehrenhalber, zeigt. Ries, aktives NSDAP-Mitglied seit 1933,

Großen Bundesverdienstkreuz, 1972 gar mit dem Stern dazu ausgezeichnet.

Dem Roman-Rechtsanwalt Donald Hartnell, der als politisch naiver Amerikaner nach München gekommen war, gehen bei der Entdeckung derartiger Zusammenhänge die Augen auf. Nach seiner Rückkehr in die USA schreibt er seiner Helferin, der jungen Dolmetscherin Christa Trützschler: „... als Sie mich konfrontierten mit der Tatsache, daß ehemalige Gestapo-Helfer, SS-Führer und ‚Arisier‘ nicht nur zu den Reichen und Mächtigsten der Bundesrepublik gehören, sondern unheilvoll weiterwirken können im alten Nazi-Geist, getarnt hinter Bezeichnungen wie ‚christlich‘, ‚demokratisch‘ oder ‚sozial‘, mit geheimen Giftpäckchen, die als gemeinnützig anerkannt sind und sogar noch mit dem Großen Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet.“ Seine Konsequenz: Er wird Mitarbeiter einer Stiftung, die naziistische und andere reaktionäre Kräfte in der BRD und anderswo bekämpft.

Engelmanns Tatsachenroman verbindet also eine erfundene Rahmenstory mit Enthüllungen über reale politische Zusammenhänge und Persönlichkeiten der BRD. Über die ästhetische Qualität dieser literarischen Technik mag man streiten, zumal die Rahmenstory bisweilen etwas dünn wirkt. Im übrigen wird man Engelmanns Buch nicht einfach konsumieren: Die aufgedeckten Zusammenhänge sind ein unmittelbarer Anstoß zum Kampf gegen die alten, neuen und versteckten Nazis, um die es im Buch geht; die Notwendigkeit, sich selbst politisch zu engagieren, ist eine offenkundige Lehre des Buches. Insofern ist es weit mehr als ein Roman, nämlich ein Beitrag zur Stärkung der demokratischen Bewegung in der BRD.

Die von Engelmann beim Namen genannten Vertreter der bundesdeutschen äußersten Rechten haben die politische Wirksamkeit des Buches erkannt. Sie versuchen, die politische Kampfansage Engelmanns an alte und



Bernd Engelmann; Großes
Bundesverdienstkreuz,
Tatsachenroman,
Autorenedition 1974,
236 Seiten, 22,— DM.

hatte im faschistischen Deutschland seinen 120-Mann-Betrieb Flügel & Polter zu einem Konzern mit 10 000 Beschäftigten erweitert; sein wichtigstes Mittel: Konkurrenzbetriebe in jüdischem Besitz wurden auf sein Betreiben hin „arisiert“, d. h., gegen ein Spottgeld den Besitzern weggenommen und in Tochterfirmen von Flügel & Polter umgewandelt. Der erfolgreiche Unternehmer Ries, laut Gestapo-Gutachten „politisch einwandfrei und zuverlässig“, konnte nach 1945 in der BRD seine Fähigkeiten weiter entfalten. Heute ist er unter anderem Vorstandsvorsitzender der PEGULAN-Werke AG und Mitglied des Beirats der Commerzbank AG. Der Gipfel seiner Karriere: 1967 wurde Ries mit dem

**Ihr aber lernet,
wie man sieht
statt stiert.**

**Und handelt,
statt zu reden
noch und noch.**

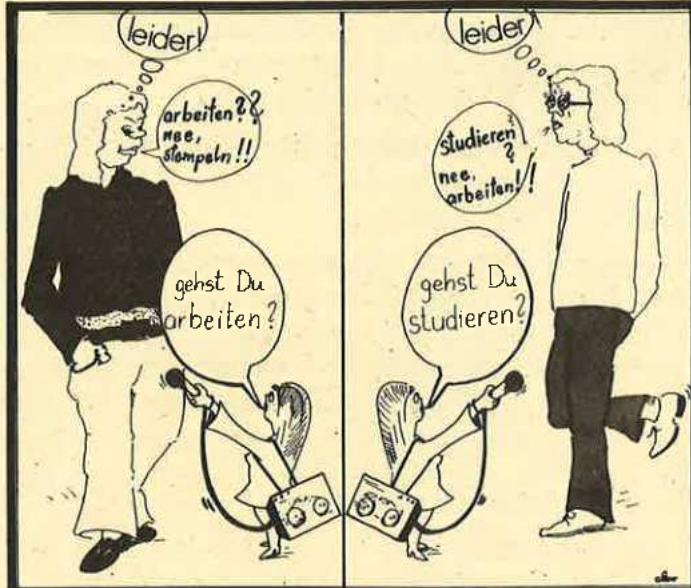
**So was hätt einmal
fast die Welt regiert!**

**Die Völker wurden
seiner Herr, jedoch
daß keiner uns zu
früh da triumphiert -**

**Der Schoß ist
fruchtbar noch,
aus dem das kroch!**

**Bertolt Brecht,
Der aufhaltsame
Aufstieg des
Arturo Ui**

neue Nazis mit juristischen Mitteln zu unterlaufen. Fritz Ries, eine der Hauptpersonen des Romans, hat eine Klage gegen Engelmann eingereicht. Der Zweck: Engelmann finanziell zu schädigen, die Massenmedien einzuschüchtern und von einer Weiterverbreitung des Buches und der darin enthaltenen Fakten abzuhalten. Man sollte „Großes Bundesverdienstkreuz“ selbst lesen, dann versteht man, warum die Herren Engelmanns Enthüllungen fürchten.



oder: numerus clausus auf der ganzen Linie

**Helmut Kolbe u. a.
Sicherheit des Arbeits-
platzes?**

Verlag Marxistische Blätter GmbH,
Frankfurt/M., Marxismus aktuell
57, 83 Seiten TB, DM 4.—

Die gesellschaftliche Praxis der kapitalistischen Länder Westeuropas widerspiegelt, daß in den Arbeitskämpfen der letzten Zeit — vor allem in Frankreich, Großbritannien und Italien, aber auch in der Bundesrepublik — stärker Forderungen hervortreten, die von der Sorge um die Arbeitsplätze bestimmt werden.

Die Autoren befassen sich mit dieser Seite der Lage der Arbeiterklasse in der Bundesrepublik, analysieren die objektiven Grundlagen und die unter staatsmonopolistischen Bedingungen auftretenden Faktoren, die zu verstärkter Unsicherheit der Arbeitsplätze führen. Es wird nachgewiesen, daß die zunehmende Gefährdung der Arbeitsplätze, der beruflichen Existenz und Entfaltung Ausdruck und Ergebnis staatsmonopolistischer „Bewältigung“ des wissenschaftlich-technischen Fortschritts ist.

**Hans Tammer
BRD-Monopole auf Kurs zu
internationalen Dimensionen**

Verlag Marxistische Blätter GmbH,
Frankfurt/M., Marxismus aktuell
71, 186 Seiten TB, DM 7,50.

Mit diesem Taschenbuch wird ein wichtiger Beitrag zur Analyse der sich in der ökonomischen Basis und der Herrschaftsstruktur des BRD-Imperialismus vollziehenden Prozesse geleistet.

Die Arbeit kennzeichnet die wichtigsten Erscheinungsformen und Merkmale der Monopolisierungsprozesse im Bereich der Industrie, vermittelt einen Gesamtüberblick über die Veränderungen in den Herrschaftsstrukturen der Konzerne und zeigt die wichtigsten Entwicklungstendenzen auf.

Im Zusammenhang mit den Zentralisierungsvorgängen im Bereich der Industriekonzerne wird der internationale Charakter der Monopolisierungswelle und die damit verbundene neue Stufe der internationalen monopolistischen Kapitalverpflichtung und Arbeitsaufteilung herausgearbeitet.

**Gerns Steigerwald Weiß
Opportunismus heute**

Verlag Marxistische Blätter GmbH,
Frankfurt/M., Marxismus aktuell
76, 234 Seiten, DM 9,50.

Die Autoren skizzieren die Ursachen und Erscheinungsformen des Opportunismus heute in Verbindung mit der politischen Praxis der Bundesrepublik und in Auseinandersetzung mit dem Opportunismus in Gestalt des „demokratischen Sozialismus“, Trotzkismus und Maoismus sowie ihrer politischen Träger (SPD, JUSOS, Offenbacher Büro, KBW u. a. m.).

Das geschieht konkret in den Abschnitten: Etappen der Entwicklung des Opportunismus und Revisionismus, Quellen des Opportunismus in der Gegenwart, Der „demokratische Sozialismus“ — eine Variante der bürgerlichen Politik, Zur Ideologie des „Sozialistischen Büros“, Maoismus — links verkleideter Antimarxismus, Trotzkismus in der Gegenwart.

Der Kampf gegen den Opportunismus und des Ringens um die Aktionseinheit der Arbeiterklasse.

**Gerns Steigerwald
Probleme der Strategie des
antimonopolistischen Kampfes**
Verlag Marxistische Blätter GmbH,
Frankfurt/M., Marxismus aktuell
53, 157 Seiten TB, DM 6.—

Das vorliegende Buch behandelt, ausgehend von den subjektiven und objektiven Bedingungen des Klassenkampfes unter den Verhältnissen des staatsmonopolistischen Kapitalismus, die Notwendigkeit und Möglichkeit des Zusammenschlusses aller demokratischen Kräfte unter Führung der Arbeiterklasse.

**Bessau/Dähne Heinemann/Jung
Inflation heute**

Preissteigerung — Geldentwertung — Gewinner und Verlierer
Verlag Marxistische Blätter GmbH,
Frankfurt/M., Marxismus aktuell
51, 112 Seiten TB, DM 4.—

**Max Schäfer
Wer herrscht in der BRD?**
Verlag Marxistische Blätter GmbH,
Frankfurt/M., Marxismus aktuell
73, 136 Seiten TB, DM 5,50.

**Norbert Lehmann/Ernst Lüdemann
Erdöl und Energiekrise im
Kapitalismus**
Verlag Marxistische Blätter GmbH,
Frankfurt/M., 29 S. TB, DM 1,50.

collectiv-Buchhandlungen

51 Aachen, Löhergraben 4
Adam Kuckhoff-Buchhandlung
Inh. Heinr. Kolberg
Tel. (02 41) 3 61 91

66 Bremen, Obere Brücke 3
Buchhandl. Ludwig Feuerbach
Tel. (09 51) 2 71 62

**507 Bergisch-Gladbach, Bensberger
Straße 128**
Buchhandl. Wissen und Fortschritt
Inh. Krol-Eyring
Tel. (02 20) 3 52 25

48 Bielefeld, Bahnhofstr. 4
Helmut Weber
Literaturvertrieb
53 Bonn, Oxfordstr. 17
Progress-Buchhandlung
Tel. (02 21) 65 84 33

33 Braunschweig, Adolfstr. 1
Wissen u. Fortschritt Buchhdg /Fil.
28 Bremen 1, Richtweg 4
DEIN BUCH Volksbuchhandlung
Tel. (04 21) 32 33 34

61 Darmstadt, Lauteschlägerstr. 3
Buchhandl. Wissen und Fortschritt
Tel. (06 15) 7 52 30

46 Dortmund, Kampstr. 80
Büchershop Angela Davis
Tel. (02 31) 14 52 89

4 Düsseldorf, Ackerstr. 3
Heinrich-Heine-Buchhandlung
Tel. (02 11) 35 38 83/84

8520 Erlangen, Schiffstr. 5
Libresso-Buchzentrum
Sabine Weber

43 Essen 1, Viehofer Platz 14

Karl-Liebknecht-Buchhandlung

Tel. (02 01) 23 20 14

8 Frankfurt/Main, Goethestr. 31-33

Buchzentrum, Tel. (06 11) 28 10 90

6 Frankfurt/Main, Schumannstr. 56

Buchhandlung Johanna Kirchner

Tel. (06 11) 75 10 46

28 Freiburg, An der Mehlwaage 2

Buchhandlung Walter Heibster

Tel. (07 61) 2 51 36

63 Gießen, Schiffenberger Weg 1

Buchhdg. Wissen u. Fortschritt GmbH

Tel. (06 41) 7 89 48

34 Göttingen, Burgstr. 24

Wissen u. Fortschritt Buchhdg /Fil.

2 Hamburg 13, Johnsallee 67

Internationale Buchhandlung GmbH

Tel. (040) 4 10 45 72

3 Hannover-Linden, Limmerstr. 106
Wissen und Fortschritt Buchhandl.
Inh. Hans Feist, Tel. (05 11) 45 45 10

69 Heidelberg, Plöck 64a
Buchhandlung collectiv GmbH
Tel. (06 21) 1 26 33

35 Kassel, Werner-Hilpert-Str. 5
Wissen und Fortschritt GmbH/Filiale

Tel. (05 61) 1 56 42

23 Kiel, Falckstr. 16

collectiv-Buchhandlung

Tel. (04 31) 4 24 50

5 Köln, Fleischmengergasse 31

Buchhandl. Wissen und Fortschritt

ehemals rot. Bürgerstube

Tel. (02 21) 21 57 70

415 Krefeld, St.-Anton-Str. 66

Buchhandlung Ross Luxemburg

Inh. Horst Willems

Tel. (02 15) 77 14 74

65 Mainz, Bilmhödstr. 15

Bücherzentrum Süd-West

Tel. (06 11) 2 49 16

68 Mannheim, U 2, 3

Buchhandl. Wissen und Fortschritt

Tel. (06 21) 1 56 64

355 Marburg, Am Grün 56

Buchhandlung Wissen und Fortschritt

GmbH, Filiale, Tel. (06 41) 2 64 12

8 München 40, Türkenerstr. 66

Buchhandlung Libresso München

Tel. (08 9) 28 17 67

44 Münster, Steinfurter Str. 15

Karl-Liebknecht-Buchhandlung

W. Hendriks

Tel. (02 51) 2 80 77

85 Nürnberg, Weinmarkt 12a

Libresso-Buchzentrum S. Weber

Tel. (09 11) 22 15 07

29 Oldenburg, Am Damm 26

DEIN BUCH Volksbuchhandlung

84 Regensburg, Glockengasse 7

Libresso Buchzentrum

Sabine Weber

66 Saarbrücken, Nauwieser Str. 13

Ichenen demuth-buchladen

Inh. Nora Kozmienksy

Tel. (06 81) 3 65 59

59 Siegen, Freudenbergstr. 18

Buchhandl. Wissen und Fortschritt

Tel. (02 71) 5 47 66

7 Stuttgart, Wilhelmsplatz 1

Buchhandl. Hornung u. Steinbach

Tel. (07 11) 24 65 80

58 Trier, Lindenstraße 10

Buchhandlung W. A. Bastigkeit

im Karl Marx-Zentrum

56 Wuppertal-Elberf., Gathe 55-57

Friedrich-Engels-Buchhandlung

Tel. (02 11) 45 28 53

Bundesdeutsche Gegenwart —

verursacht vom Profitinteresse der kleinen radikalen Minderheit von Monopolherren (1,7 % d. Bevölk.) und ihrer Vasallen in Parteien und Regierung.
Aber dagegen kann man etwas tun!

Argumente zur Aktion Preisstop und Arbeitsplatzsicherung gibt es in jeder collectiv-Buchhandlung.
Das hier ist eine kleine Auswahl:



**Gerns Steigerwald
Probleme der Strategie des
antimonopolistischen Kampfes**

Verlag Marxistische Blätter GmbH,
Frankfurt/M., Marxismus aktuell

53, 157 Seiten TB, DM 6.—

Das vorliegende Buch behandelt, ausgehend von den subjektiven und objektiven Bedingungen des Klassenkampfes unter den Verhältnissen des staatsmonopolistischen Kapitalismus, die Notwendigkeit und Möglichkeit des Zusammenschlusses aller demokratischen Kräfte unter Führung der Arbeiterklasse.

**Bessau/Dähne Heinemann/Jung
Inflation heute**

Preissteigerung — Geldentwertung — Gewinner und Verlierer
Verlag Marxistische Blätter GmbH,
Frankfurt/M., Marxismus aktuell

73, 136 Seiten TB, DM 5,50

**Max Schäfer
Wer herrscht in der BRD?**

Verlag Marxistische Blätter GmbH,
Frankfurt/M., Marxismus aktuell

73, 136 Seiten TB, DM 5,50

**Norbert Lehmann/Ernst Lüdemann
Erdöl und Energiekrise im
Kapitalismus**

Verlag Marxistische Blätter GmbH,
Frankfurt/M., 29 S. TB, DM 1,50.

Konzert für CHILE

patrício castillo
franz josef degenhardt
floh de cologne
inti illimani
dieter kittner
franz xaver kroetz
heide michels
reinhold ohngemach
isabel perra
quillapayún
dieter süberkrüp

2 LPs / empf. V. 29,-
Reinerlös für die Chilehilfe



An Verlag „pläne“ GmbH,
46 Dortmund, Ruhrallee 62

Hiermit bestelle ich Exemplare des Doppel-Albums
Konzert für Chile (2 LPs / empf. V. 29,- DM)
per Nachnahme zuzüglich Versandkosten.

Name

Anschrift

Datum Unterschrift

Am 31. Mai 1974 veranstaltete das Antiimperialistische Solidaritätskomitee zusammen mit dem Verlag „pläne“ in der Essener Gruga-Halle ein Solidaritätskonzert zu Ehren des von der faschistischen Militärjunta ermordeten chilenischen Volkssängers Victor Jara.

10.000 waren gekommen, um dieses hervorragenden Künstlers und Kämpfers der Unidad Popular zu gedenken.

Die teilnehmenden Künstler verzichteten auf ihre Gage, um dieses Konzert zu ermöglichen. Das ASK hat jetzt im Verlag „pläne“ ein Doppel-Album der Veranstaltung herausgegeben. Auch hierfür verzichteten alle Beteiligten auf ihr Honorar. Der Reinerlös aus dem Verkauf des Albums geht an das Chile-Solidaritätskonto Dr. Erich Wulff, PschK Ffm. 527055 – 602.

Konzert für CHILE

live-Mitschnitt des
Solidaritätskonzerts
"Für Victor Jara"



Kleinanzeigen!

Mit Beginn dieser Ausgabe können in den roten blättern Kleinanzeigen veröffentlicht werden. Zu allen Themen: Verkauf von Büchern, Suchanzeigen für wissenschaftliche Materialien, Bekanntschachtsanzeigen usw. Für Abonnenten kostenlos. Sonst 6,- DM pro Anzeige (gegen Voreinsendung).

Hochschuldidaktik

Suche Informationen und Material — evtl. Genossen/in für gemeinsame Diplomarbeit SS 76. M. Schomers, 5 Köln 41, Luxemburger Str. 220, Tel. 44 28 69.

Russischstudent

suche alte russische Romane (russisch oder deutsch), sowie Arbeiten zur russischen Literatur- und Sprachwissenschaft.

Verkaufe

für 150 DM antike Laute mit sehr schönen Verzierungen und handgeschnitztem Wirbelkasten. Für beide Anzeigen: Interessenten wenden sich an: Harald Klöcker, 5 Köln 41, Takustr. 5.

FACIT 36

MSB SPARTAKUS
Beiträge zur marxistischen Theorie und Politik

10. Jahrgang
Oktober 1974

Wissenschaft und Ausbildung im Interesse der Monopole oder der arbeitenden Bevölkerung?

- Wissenschaft und Arbeitnehmerkasse
- Naturwissenschaften und soziologische Kultur
- Gibt es eine Lehrerfortbildung?
- Reform der Berufsausbildung?
- Psychische Probleme bei Studenten
- Zur Reform der Lehrerausbildung
- China, Ein Jahr danach
- Ford-Forum: Nach einem SLH



erscheint zweimonatlich in der Weltkreis-Verlags-GmbH, 46 Dortmund

Herausgeber: Facit e. V., 53 Bonn, Poppelsdorfer Allee 58a

Redaktionsadresse: Facit e. V., 53 Bonn, Poppelsdorfer Allee 58a

Der Preis des Einzelheftes beträgt 2,50 DM, im Abonnement beträgt der Preis nur 2,- DM. Ein Jahresabonnement (6 Hefte) beträgt 12,- DM + Porto (bei Vorauszahlung nach Erhalt des ersten Heftes). Bei Gruppenabnahmen ab 10 Expl. gilt ebenfalls der ermäßigte Abonnementspreis.

Bestellungen und Anzeigen an:

Weltkreis-Verlag
46 Dortmund, Brüderweg 16,
Tel. (02 31) 57 20 10.

Postscheck-Kto.: Weltkreis-Verlags-GmbH,
Dortmund, PSchA Frankfurt: 20 3290/600

Druck: Plambeck & Co Druck und Verlag
GmbH, Neuss.

WIR



Es gibt zwei Sorten Spartakisten
(a) den **Überzeugten**...



Das Schöne an den Spartakisten ist: man kann sie überall treffen.

Man erkennt sie daran, daß sie in jeder Situation stets politisch handeln.



Spartakisten haben für ihre Mitmenschen immer ein freundliches Wort...



..und kommen gewöhnlich erst spät zur verdienten Ruh!

ht reisen

In Zusammenarbeit mit der sowjetischen Fluggesellschaft Aeroflot und dem sowjetischen Jugendreisebüro sputnik bieten wir preisgünstige Fahrten für Jugendliche (bis 35 Jahre) an.

Achttägige Fahrten:

4 Tage Leningrad und 4 Tage Moskau	585,- DM
5 Tage Leningrad und 3 Tage Wilnus	565,- DM
3 Tage Leningrad, 2 Tage Kalinin und 3 Tage Moskau	578,- DM
3 Tage Leningrad, 2 Tage Nowgorod und 3 Tage Moskau	583,- DM
3 Tage Leningrad, 2 Tage Pskow und 3 Tage Moskau	587,- DM
5 Tage Leningrad und 3 Tage Riga	556,- DM
3 Tage Leningrad, 2 Tage Riga und 3 Tage Moskau	622,- DM
3 Tage Leningrad, 2 Tage Tallin und 3 Tage Moskau	622,- DM

Viertägige Fahrten:

4 Tage Leningrad	358,- DM
2 Tage Leningrad und 2 Tage Pskow	388,- DM
3 Tage Leningrad und 1 Tag Nowgorod	414,- DM
2 Tage Leningrad und 2 Tage Tallin	414,- DM

Im Preis enthalten:

Hin- und Rückflug ab Hamburg
 (bei Vier-Tages-Fahrten Rückflug bis Berlin-Schönefeld).
 Vollpension, Unterbringung im Jugendhotel, Besichtigungen,
 Begegnungen mit sowjetischen Jugendlichen,
 Besuch von Jugendklubs etc.

Reisetermine:

Dezember:	20., 27.
Januar:	3., 10., 17., 24., 31.
Februar:	7., 14., 21., 28.
März:	7., 14., 21., 28.

Weitere Termine 1975 bitte bei uns anfordern:

REISEBÜRO HANSA-TOURIST GMBH
2 Hamburg 76
Hamburger Straße 132
Telefon (040) 299 60 10 oder 299 60 45

